

**Veröffentlichungen
aus dem Staatsarchiv der
Freien Hansestadt Bremen**

Herausgegeben
von Friedrich Prüser

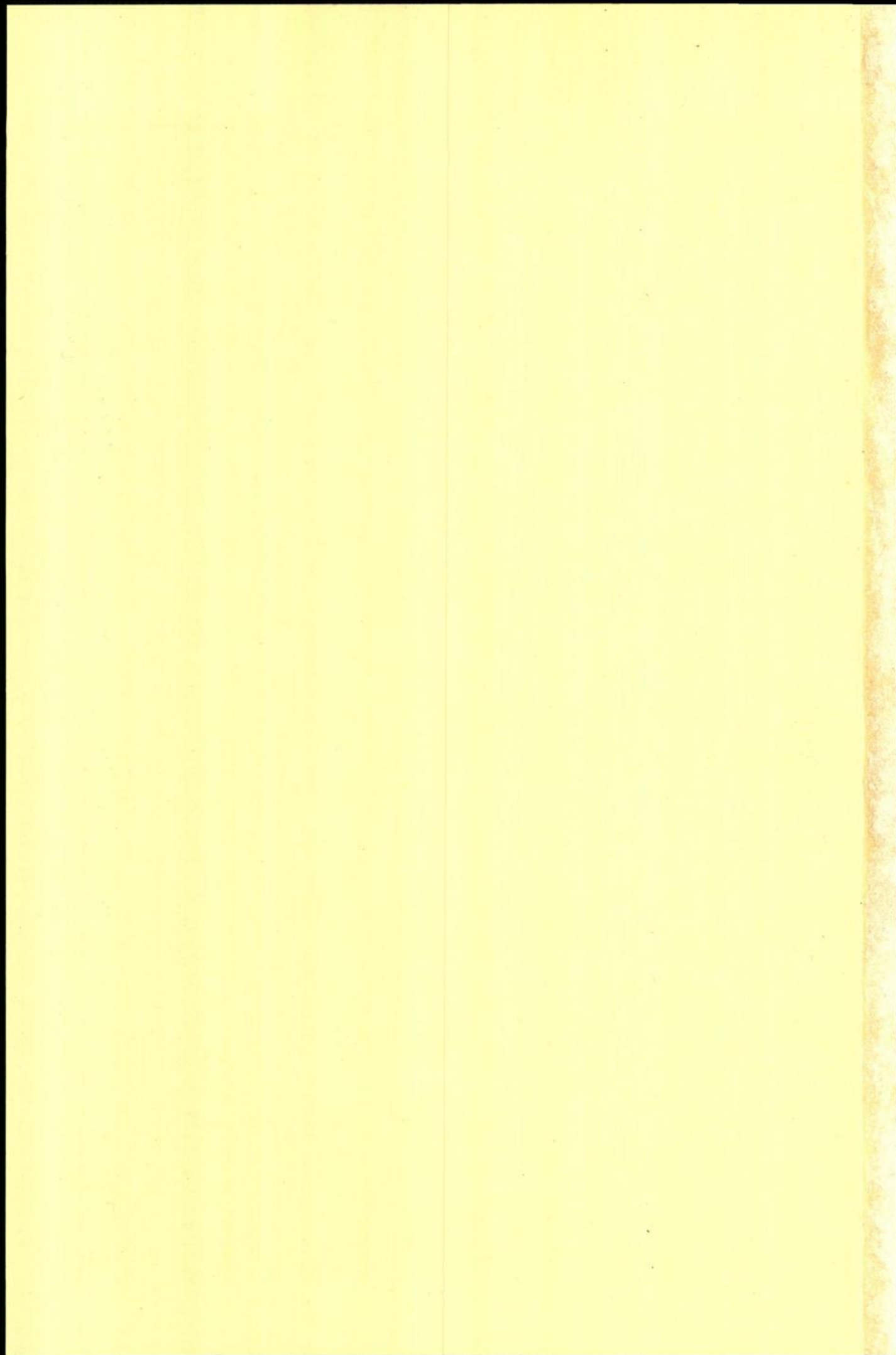
HEFT 23

HELMUT LUCKE

Bremen im Schmalkaldischen Bund

1540 – 1547

**CARL SCHUNEMANN / VERLAG / BREMEN
1955**



ACTS OF PARLIAMENT

RELATIVE TO THE

1801

ACTS OF PARLIAMENT
RELATIVE TO THE
1801

1801

SCHRIFTEN
DER WITTHEIT ZU BREMEN

REIHE F:
VERÖFFENTLICHUNGEN AUS DEM STAATSARCHIV
DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

HEFT 23

**Veröffentlichungen
aus dem Staatsarchiv der
Freien Hansestadt Bremen**

Herausgegeben
von Friedrich Prüser

HEFT 23

HELMUT LUCKE

Bremen im Schmalkaldischen Bund

1540 – 1547

CARL SCHÜNEMANN / VERLAG / BREMEN
1955

Vorbemerkung des Herausgebers

Die Entstehung der hier im Druck vorliegenden Doktorarbeit habe ich von Anfang an mit besonderer Anteilnahme verfolgt, — behandelt sie doch ein Thema, das mir selber schon einmal gegeben worden war, von meinem verehrten Lehrer, Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Busch in Marburg. Er wollte damit eine Arbeit fortsetzen lassen, die ein anderer junger, leider im ersten Weltkrieg gefallener Bremer, Max Richter, über die Jahre 1537—1540 der Zugehörigkeit Bremens zum Schmalkaldischen Bund geschrieben hatte. Weil seinerzeit, in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre, für die Benutzung der Quellenstoffe aber gewisse Behinderungen bestanden, habe ich unter der Überschrift „England und die Schmalkaldener“ einen anderen Kreis behandelt, der sich in seinem Thema gelegentlich mit dem hier dargestellten berührt, ihn ergänzt, erklären hilft. Erschienen ist er unter tätiger Mithilfe von Geheimrat Professor Dr. Hans Schubert in Heidelberg als Band XI der vom Verein für Reformationgeschichte herausgegebenen „Quellen und Forschungen zur Reformationgeschichte“ (Leipzig 1929).

Indessen drängte die Richtersche Arbeit über „Bremen im Schmalkaldischen Bund“ dann doch nach einem Abschluß. Kein Geringerer als Karl Brandi war es, der mir diesen Wunsch bei Gelegenheit eines seiner letzten Besuche in Bremen zu verstehen gab. Ich freue mich, ihn mit der vorliegenden Arbeit erfüllt zu sehen. Bringt sie auch nicht allzuviel Neues hinsichtlich des äußeren Verlaufs der Ereignisse, die zu der heldenmütigen Verteidigung Bremens im Schmalkaldischen Kriege führten und diesen selber betrafen, so dürfte es doch recht verdienstlich sein, eine auf sicheren Grundlagen beruhende Darstellung des Wesensgefüges des Bundes und seines Einflusses auf den Gang der kriegerischen und politischen Verwicklungen gegeben zu haben.

Friedrich Prüser

Vorwort

Bereits 1914 erschien von Max Richter eine Marburger Dissertation unter dem Titel „Bremen im Schmalkaldischen Bund 1537—1540“. Diese Arbeit behandelt unter Benutzung umfangreicher Archivalien vier wichtige Jahre in der Geschichte der Stadt wie des Bundes, vor allem Bremens Fehde mit Balthasar von Esens. Mit dem Vertrag vom 1. Dezember 1540, der diesen Krieg beendete, setzte auch der Verfasser den Schlußpunkt unter seine Arbeit.

Wenn nun nach einem Menschenalter wieder eine Abhandlung dem Thema „Bremen im Schmalkaldischen Bund“ gewidmet sein soll, so geschieht das aus dem Bemühen heraus, an Richter anknüpfend, die vierziger Jahre des 16. Jahrhunderts darzustellen, um mit dem Zusammenbruch des Schmalkaldischen Bundes im Kriege von 1547 dem Thema einen endgültigen Abschluß zu geben.

Die Jahreswende 1540/1541 bedeutet eben nur einen Einschnitt; nicht weniger bedeutend erscheinen die folgenden Jahre, wo der Bund seinen äußeren Höhepunkt in der Vertreibung Herzog Heinrichs des Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel und Bremen seine schwerste Zeit, aber auch glänzendste Bewährung im Schmalkaldischen Krieg erlebt. Diesen Ereignissen vornehmlich soll diese Arbeit gewidmet sein, zumal die Gesamtdarstellungen der bremischen Geschichte im allgemeinen nur mit einigen Sätzen von 1540/1541 hinüberleiten zum Schmalkaldischen Krieg, für den die Quellen unvergleichlich zahlreicher sind als für die vorhergehenden Jahre.

Stadtgeschichte im Rahmen der Bundesgeschichte ist das Ziel dieser Arbeit, d. h. daß die Geschehnisse beider Mächte im allgemeinen nur so weit dargestellt werden sollen, wie sie in Wechselbeziehung zueinander stehen oder als Hintergrund füreinander unentbehrlich scheinen.

Wie die Reformationsgeschichte überhaupt, so hat auch diese Periode auf Grund der Mannigfaltigkeit und Bedeutung der Ereignisse, des bunten Wechsels von Spannungen und Entspannungen, der kaum lösbaren Verquickung von religiösen und politischen Momenten lebhafteste Anteilnahme in der Geschichtsschreibung gefunden, wobei der Schmalkaldische Krieg im Vordergrund steht.

Das Schwergewicht des Bundes lag im Kurfürstentum Sachsen und in der Landgrafschaft Hessen, die die Bundeshauptleute stellten; nord- und süddeutsche Herrschaften und Städte waren gleichermaßen in ihm vertreten. Da sich die entscheidende Phase des Schmalkaldischen Krieges aber im Oberland abspielte, Straßburg hier in Sturm und Bucer dem Bund bedeutende

Persönlichkeiten stellte, Augsburg, Ulm und Württemberg einen starken finanziellen Rückhalt boten, zudem die wichtigsten Quellen dieser Zeit in Hessen, beim Führer des oberländischen Kreises, und im Oberland selbst ihre Grundlage haben, sind die umfassenderen Darstellungen aus der Geschichte des Bundes vornehmlich nach Süden ausgerichtet. So wurden z. B. die nicht unbedeutenden Bestände des Bremer Archivs aus dieser Zeit kaum bei den Darstellungen berücksichtigt — von wenigen örtlichen Arbeiten abgesehen —, obwohl sich von hier aus vielleicht manche ungenügende oder sogar ungerechte Behandlung der niedersächsischen Städte in der Darstellung ihres Verhältnisses zum Bund berichtigen ließe.

Die Darstellung beruht vornehmlich auf ungedrucktem Quellenmaterial der Archive Aurich, Braunschweig, Bremen, Hamburg und Hannover; die wichtigsten Quellen der übrigen schmalkaldischen Archive, soweit sie, wie das Politische Archiv des Landgrafen von Hessen, gedruckt vorliegen, konnten aber ebenfalls benutzt werden.

Ich möchte dankbar betonen, daß ich in den genannten Archiven bereitwilligst jede Unterstützung erfahren habe. Besonders verpflichtet bin ich Herrn Professor Dr. Fritz Fischer, der die Arbeit, die 1951 von der Universität Hamburg als Dissertation angenommen worden ist, betreut hat, und dem Direktor des Bremer Staatsarchivs, Herrn Dr. Friedrich Prüser, für die Anregung zu dieser Arbeit, für ihre Förderung und ihren Druck in den Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen.

Helmut Lucke

Quellen und Literatur

A. Quellen:

1. Ungedruckte Quellen:

Staatsarchiv Aurich

- B. I. f. Nr. 751 (zit. A. A.)
(Ausw. Angel. Bremen. Nachrichten über die Belehnung Carls V. der Stadt Bremen mit den Herrschaften Esens und Wittmund 1541 bis 1554.)

Stadtarchiv Braunschweig

- B. III. 5. Schmalkaldischer Bund.
Bd. 7 (zit. Bra. A. 7)
(Verhandlungen des Reichstages zu Regensburg 1541 usw.)
Bd. 8 (zit. Bra. A. 8)
(Akten, die Braunschweiger und Frankfurter Bundestage 1542 betr.)
Bd. 9 (zit. Bra. A. 9)
(Verhandlungen und Verträge zu Speyer, 14. Januar 1542, Naumburg, 16. Oktober 1541 usw.)
Bd. 10 (zit. Bra. A. 10)
(Verhandlungen und Verträge zu Eisenach, 11. Juni 1543, Schmalkalden, 15. Juni 1543 usw.)
Bd. 11 (zit. Bra. A. 11)
(Verhandlungen auf dem Reichstag zu Nürnberg, angefangen am 28. Januar 1543)
Bd. 12 (zit. Bra. A. 12)
(Verhandlungen und Verträge zu Speyer, Gotha, Arnstadt 1544. Sequestration der herzoglich-braunschweigischen Lande usw.)
Bd. 13 (zit. Bra. A. 13)
(Herzog Heinrich des Jüngeren Rüstungen. Correspondenz zwischen den Bundesgenossen)
Bd. 14 (zit. Bra. A. 14)
(Reichstag zu Worms Dezember 1544—Juli 1545 usw.)
Bd. 15 (zit. Bra. A. 15)
(Herzog Heinrich des Jüngeren Rüstungen, Kampf mit dem Herzog und Gefangennehmung desselben)
Bd. 16 (zit. Bra. A. 16)
(Verträge und Beschlüsse 1545 und 1546, u. a. Tage zu Frankfurt, Hannover, Worms, Regensburg, Arnstadt)
Bd. 17 (zit. Bra. A. 17)
(Verhandlungen und Verträge zu Ulm 1546, Braunschweig 1547 mit den Grafen von Mansfeld und Oldenburg, Korrespondenz zwischen den Bundesgenossen, Herzog Erichs von Braunschweig-Calenberg Niederlage an der Drakenburg)

- Bd. 19 (zit. Bra. A. 19)
 (Bestand und Zusammensetzung der sächsischen und hessischen gegen Herzog Heinrich den Jüngeren gebrauchten Truppen, Muster- und Besoldungsrolle 1542)
- Bd. 20 (zit. Bra. A. 20)
 (Berechnungen über Einnahmen und Ausgaben des Landgrafen Philipp behufs des Krieges wider Herzog Heinrich den Jüngeren 1545)
- Bd. 20a (zit. Bra. A. 20a)
 (Berechnungen über Einnahmen und Ausgaben des Kurfürsten von Sachsen behufs des Krieges wider Herzog Heinrich den Jüngeren 1545)
- Bd. 21 (zit. Bra. A. 21)
 (Bericht über des Kurfürsten und Herzog Moritz' Truppen, Verweisungen des Kriegsvolks auf die Städte usw.)

Staatsarchiv Bremen

- T. 1. c. 1. b. Bremen im Schmalkaldischen Bund
2. (zit. Br. A. b. 2.)
 (Von 1537 bis zur Verjagung des Herzogs Heinrich von Braunschweig).
 3. (zit. Br. A. b. 3.)
 (Von 1542 bis zum Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges).
 4. (von 1546—1555)
 - a. (zit. Br. A. b. 4. a.)
 (Generalia et diversa).
 - b. (zit. Br. A. b. 4. b.)
 (Belagerung und Befreiung Bremens 1547. Einnahme der Stifte Bremen und Verden und deren Folgen 1547—1560).
 - c. (zit. Br. A. b. 4. c.)
 (Aussöhnung Bremens mit Kaiser und Reich 1547—1555).
 - d. (zit. Br. A. b. 4. d.)
 (Reclamationen und Entschädigungsansprüche an Bremen).
- W. 9. a. (zit. Br. A. W. 9. a.)
 (Briefe von England).
- ad W. 19. a. Nr. 2. (zit. Br. A. ad W. 19. a.)
 (Acta, die nach Junker Balthasars Tode mit Esens und Wittmund belehnten Grafen von Rietberg betr. und den Streit darüber mit den Grafen von Ostfriesland 1540—1550).
- Z. 1. c. 2. (zit. Br. A. Z. 1. c. 2.)
 (Erzstift und Verhältnisse Bremens zu den Inhabern unter Erzbischof Christoph 1511—1558).
- Renner, Johann, Bremer Chronica, Tom. II, Ms. 1583. P. 1. s. 3. b. (zit. Renner).

Staatsbibliothek Bremen

- Acta Bremensia Manuscripta, Bd. 3 (zit. A. Br. Ms.).
- Schene (Herbord) und Rienesberg (Gerd), Bremer Chronik, Ms. B. (bis 1547).
 (Mehrere hs. Exemplare ohne bedeutende Abweichungen, zit. Rienesberg-Schene).

Staatsarchiv Hamburg

- Ad. Cl. I. Lit. GJKLc (zit. Hbg. A. Cl. I.).
 (Einige Aktenstücke in cop. betr. Hamburgs Teilnahme am Schmalkaldischen Bund usw.).

- Cl. I. Lit. Mc. 1 (zit. Hbg. A. Mc. 1).
(Legationes und Korrespondenz mit Hamburger Reichstagsabgesandten.
1. Reichstage von 1540—1547).

Staatsarchiv Hannover

- S t a d e** Br. Arch. Des. 105b. (Erzb. Bremisches und Cap. Archiv).
I. 3. Fach 11, Nr. 6, 7, 8 (zit. H. A. 105b. 11).
I. 4. Fach 18, Nr. 3, 4 (zit. H. A. 105b. 18).
C e l l e Br. Arch. Des. 10. Nr. 12 (zit. H. A. 10).
(Verhandlungen der Regentschaft zu Celle mit den Grafen Mansfeld und Oldenburg usw. 1547).
Des. 22. Varia 23 (zit. H. A. 22).
Des. 93. Nr. 8, 9, 10 (zit. H. A. 93).
C a l. Br. Arch. Des. 16. A. 27. (zit. H. A. 16).
(Akten Herzog Erichs II. betr. den Krieg in Niedersachsen 1547).

2. Gedruckte Quellen:

a) Akten, Briefe, Urkunden:

- Akten und Urkunden, Niederländische, zur Geschichte der Hanse und zur deutschen Seegeschichte, bearbeitet von Rudolf H ä p k e, Bd. 1 (1531—1557), München, Leipzig 1913 (zit. N. A.).
Archiv, Politisches, des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen, bearbeitet von Friedrich K ü c h, 2 Bd., Leipzig 1904 und 1910 (zit. K.).
Briefe und Akten zur Geschichte des 16. Jahrhunderts. Beiträge zur Reichsgeschichte (1546—1551), Bd. 1, München 1873, bearbeitet von A. v. D r u f f e l (zit. Druffel).
Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmütigen von Hessen mit Bucer, herausgegeben von Max L e n z, 3 Teile, Leipzig 1880, 1887, 1891 (zit. Lenz, Ph. u. B.).
von Bucholtz, F. B., Geschichte der Regierung Ferdinands des Ersten. Urkundenband, Wien, 1838.
Chronik, Hadler, Quellenbuch zur Geschichte des Landes Hadeln, herausgegeben von Heinrich R ü t h e r, Neuhaus 1932 (zit. H. Ch.).
Correspondenz des Kaisers Karl V., herausgegeben von Karl L a n z, Bd. 2 (1532 bis 1549), Leipzig 1845 (zit. Lanz).
Correspondenz, Politische, der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation, Bd. 2 und 3, bearbeitet von Otto W i n c k e l m a n n, Straßburg 1887 und 1898; Bd. 4 in 2 Halbbänden, herausgegeben von Harry G e r b e r, Heidelberg 1931 und 1933 (zit. P. C.).
Hortleder, Friedrich, Der Römischen Keyser- und Königlichen Majesteteten, auch des Heiligen Römischen Reichs Geistlicher und Weltlicher Stände usw. Handlungen und Ausschreiben usw. von den Ursachen des Teutschen Kriegs usw., 3 Bd., Frankf. a. M. 1617/1618.
Kämmereirechnungen der Stadt Hamburg, herausgegeben von Karl K o p p m a n n, Bd. 6 und 7, Hamburg 1892, 1894 (zit. Kämmereirechn.).
Korrespondenz, Politische, des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen, herausgegeben von E. B r a n d e n b u r g, I. und II. Abt., Leipzig 1900—1903 (zit. Brandenburg).
Lünig, J. Chr., Teutsches Reichs-Archiv, Leipzig 1714 (zit. Lünig).

- Nuntiaturberichte aus Deutschland, Bd. 5, 6, 7 (1539—1544), bearbeitet von Ludwig Cardauns, Berlin 1909/1910 und 1912; Bd. 8, 9, 10 (1545—1548), bearbeitet von Walter Friedensburg, Berlin 1898, 1899, 1907 (zit. N. B.).
 Staatspapiere zur Geschichte des Kaisers Karl V., mitgeteilt von Karl Lanz, Stuttgart 1845 (zit. Staatspapiere).
 Urkundenbuch der Grafschaft Oldenburg (1482—1550), herausgegeben von Gustav Rühning, Oldenburg 1927 (zit. O. U.).

b) Chroniken:

- Beninga, Eggerik, Volledige Chronyk van Oostfrieslant, Emden 1723 (geschr. vor 1562).
 Chytraeus, David, Chronicon Saxoniae, pars secunda (1524—1549), Rostock 1590 bis 1593.
 Dilichius, Wilhelm, Urbis Bremae et praefecturae quas habet typus et chronicon, Zweite Ausgabe, Cassel 1604 (zit. Dilich).
 Hamelmann, Hermann, Oldenburgische Chronik, herausgegeben von Gustav Rühning, Münster 1940 (1. Druck 1595).
 Lappenberg, Johann Martin, Hamburger Chroniken in niedersächsischer Sprache, Hamburg 1861.
 Spangenberg, Cyriacus, Chronicon oder Lebensbeschreibung und Thaten aller Bischöffe des Stiffts Verden usw., Hamburg 1720 (zit. Spangenberg, C. V.).
 Tratziger's Chronica der Stadt Hamburg, herausgegeben von Lappenberg, Hamburg 1865.

B. Literatur:

- Albers, Hermann, Die Anleihen der Stadt Bremen vom 14. bis zum 18. Jahrhundert. Veröff. a. d. Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Heft 3, Bremen 1930.
 de Avilla, Donluis, Warhafftige beschreibung des Teutschen kriegs usw., übers. von Phillip Magnus Herzog zu Braunschweig-Lüneburg, Wolffebüttel Ao. 1552.
 Baumgarten, Hermann, Zur Geschichte des Schmalkaldischen Kriegs. In: Hist. Zs. 36 (1876).
 Beneke, Otto, Das Hamburger Schiffsgeschwader zu Bremens Beistand 1547. In: Mittheilungen d. Vereins f. hamburgische Gesch. 9 (1886—1887).
 Berentelg, Hugo, Der Schmalkaldische Krieg in Nordwestdeutschland, Diss., Münster, Rostock 1908.
 Bessel, Georg, Bremen — Die Geschichte einer deutschen Stadt, Leipzig 1935.
 von Bippen, Wilhelm, Aus Bremens Vorzeit (S. 131—153: Bremen im Schmalkaldischen Krieg), Bremen 1885 (zit. Aus Br. Vorzeit.).
 von Bippen, Wilhelm, Die Epochen der bremischen Geschichte. In: Brem. Jb. 14 (1888) (zit. Epochen).
 von Bippen, Wilhelm, Geschichte der Stadt Bremen, Bd. 2, Bremen 1898.
 Brandenburg, Erich, Die Gefangennahme Herzog Heinrichs von Braunschweig durch den Schmalkaldischen Bund (1545), Leipzig 1894.
 Brandenburg, Erich, Moritz von Sachsen, Leipzig 1898 (zit. Brandenbg., Moritz).
 Brandenburg, Erich, Kaiser Karl V. In: Meister der Politik, herausgegeben von Erich Marcks und Karl Alexander von Müller. Bd. 2, 2. Aufl., Stuttgart, Berlin 1923 (zit. Brandenbg., K. V.).
 Brandi, Karl, Karl V. Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Quellen und Erläuterungen, München 1937 und 1940 (zit. Brandi, K. V.).

- Brandi, Karl, Die deutsche Reformation, Leipzig 1927 (zit. Brandi, Reform.).
- Bruns, Friedrich, Die Vertreibung Herzog Heinrichs von Braunschweig durch den Schmalkaldischen Bund, 1. Teil, Vorgeschichte. Diss., Marburg 1889.
- Capelle, Richard, Die Stände des Erzstifts Bremen im 16. Jahrhundert, Jb. „Männer vom Morgenstern“, Jg. 18 (1920).
- Christmann, Curt, Melanchthons Haltung im Schmalkaldischen Krieg, Berlin 1902. Historische Studien Ebering, Heft XXI.
- Duntze, Johann Hermann, Geschichte der freien Stadt Bremen, Bd. 3 (1522—1640), Bremen 1848.
- Egelhaaf, Gottlob, Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert bis zum Augsburger Religionsfrieden, Bd. 2 (1526—1555), Stuttgart 1892.
- Frese, August, Der Prozeß um die Herrschaft Delmenhorst vor dem Reichshofrat usw. In: Jb. f. d. Gesch. d. Herzogtums Oldenburg, Bd. 21 (1913).
- Gebauer, Johannes Heinrich, Die Stadt Hildesheim als Mitglied des Schmalkaldischen Bundes. In: Niedersächsisches Jb. f. Landesgesch., Bd. 19 (1942).
- Gerber, Harry, Die Kriegsrechnungen des Schmalkaldischen Bundes über den Krieg im Oberland des Jahres 1546. Arch. f. Reformationsgesch., Bd. 32 (1935), 33 (1936), 34 (1937).
- Glagau, H., Landgraf Philipp von Hessen im Ausgang des Schmalkaldischen Krieges. In: Historische Vierteljahrschrift 8 (1905).
- Goos, Max, Hamburgs Politik um die Mitte des 16. Jahrhunderts. In: Zs. d. Vereins f. hamburgische Gesch., Bd. 10 (1899).
- Häpke, Rudolf, Die Regierung Karls V. und der europäische Norden, Lübeck 1914.
- Hartung, Fritz, Karl V. und die deutschen Reichsstände von 1546—1555, Halle a. S. 1910. Historische Studien Richard Fester 1.
- Hasenclever, Adolf, Die Politik der Schmalkaldener vor Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges, Diss., Berlin 1901 (zit. Hasenclever, Polit. Schmalk.).
- Hasenclever, Adolf, Die Politik Karls V. und des Landgrafen Philipp von Hessen vor Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges, Januar bis Juli 1546, Marburg 1903 (zit. Hasenclever, K. V.).
- Havemann, Wilhelm, Geschichte der Lande Braunschweig-Lüneburg, Bd. 2, Göttingen 1855.
- Heidrich, Paul, Karl V. und die deutschen Protestanten am Vorabend des Schmalkaldischen Krieges, 2 Teile: Die Reichstage der Jahre 1541—1546, Frankf. Historische Forschungen Heft 5/6, Frankfurt a. M. 1911/1912.
- v. Heinemann, Otto, Geschichte von Braunschweig und Hannover, Bd. 2, Gotha 1886.
- Kannengießner, Paul, Karl V. und Maximilian Egmont, Graf von Büren. Ein Beitrag zur Geschichte des Schmalkaldischen Krieges. Freiburg i. B. und Leipzig 1895.
- Kirch, Hermann Joseph, Die Fugger und der Schmalkaldische Krieg, München 1915.
- Kohlmann, Johann Melchior, Kriegsmuth und Siegesfreude der Protestantischen Stadt Bremen im Jahre 1547 usw. Beiträge z. Bremischen Kirchengesch., Heft 3, Bremen 1847.
- Koldewey, Friedrich, Die Reformation des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel unter der Regierung des Schmalkaldischen Bundes 1542—1547. In: Zs. d. Historischen Vereins f. Niedersachsen 1868 (zit. Koldewey, Reformation).
- Koldewey, Friedrich, Heinz von Wolfenbüttel, ein Zeitbild aus dem Jahrhundert der Reformation. Schriften d. Vereins f. Reformationsgesch. 2, Halle 1883 (zit. Koldewey, Heinz v. Wolfenb.).
- Krabbe, Hamburgs Teilnahme an den Handlungen der Schmalkaldischen Bundesverwandten usw. In: Zs. d. Vereins f. hamburgische Gesch. 1 (1841).
- Le Mang, R. L., Die Darstellung des Schmalkaldischen Krieges in den Denkwürdigkeiten Karls V., 3 Teile, Jena, Leipzig, Dresden 1890—1900.

- Lenz, Max, Die Kriegführung der Schmalkaldener gegen Karl V. an der Donau. In: Hist. Zs. 49 (1883) (zit. Lenz, Kriegf.).
- Lenz, Max, Der Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges. In: Kleine historische Schriften 2 (1920) (zit. Lenz, Ausbr.).
- Losius, Johann Justus, Gedächtnis Christoffs von Wrißberg, Hildesheim 1742.
- Mentz, Georg, Johann Friedrich der Großmütige, Teil 2, Jena 1908.
- Miesegaes, Carsten, Chronik der freyen Hansestadt Bremen, Teil 3, Bremen 1833.
- Ranke, Leopold v., Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, 6 Bd., Akademieausgabe, München 1925.
- Richter, Max, Bremen im Schmalkaldischen Bund, 1537—1540. Ein Beitrag zur Geschichte des Schmalkaldischen Bundes. Diss., Marburg 1914.
- Roller, Christian Nikolaus, Versuch einer Geschichte der kaiserlichen und Reichsfreyen Stadt Bremen, Teil 3, Bremen 1800.
- Rosendahl, Erich, Geschichte Niedersachsens im Spiegel der Reichsgeschichte, Hannover 1927.
- Rüthning, Gustav, Oldenburgische Geschichte, Bd. 1, Bremen 1911.
- Schaafhausen, Friedrich Wilhelm, Die Geldwirtschaft des Schmalkaldischen Bundes, Masch. Diss., Göttingen 1921.
- Schäfer, Dietrich, Geschichte von Dänemark, Bd. 4 (1533—1559), Gotha 1893.
- Schmidt, Hans-Achim, Landsknechtswesen und Kriegführung in Niedersachsen 1533—1545. In: Niedersächsisches Jb. f. Landesgesch., Bd. 6 (1929).
- Sleidan, Johann, Reformationsgeschichte, aus dem Lateinischen übersetzt, herausgegeben von Johann Salomon Semler, 4 Teile, Halle 1771—1773 (geschr. 1555).
- Thuanus, Jacob August, Historiarum sui temporis opera, Lib. IV, Offenbach 1609.
- Waldeck, O., Die Publizistik des Schmalkaldischen Krieges in bezug auf die Fragen nach dem Grund des Krieges und nach dem Recht des Widerstandes gegen den Kaiser, Diss., Marburg, Leipzig 1909.
- Warnkönig, L. A., Aufzeichnungen Kaiser Karls V., Leipzig 1882.
- Wiarda, Tileman Dothias, Ostfriesische Geschichte, Bd. 3, Aurich 1793.
- Wiedemann, Friedrich Wilhelm, Geschichte des Herzogtums Bremen, Bd. 2, Stade 1866.
- Wolters, Theodor, Erzbischof Christophs Kampf um das geistliche Fürstentum in den Stiftern Bremen und Verden, Diss., Hamburg 1939.

Anm.: Chroniken und Literatur werden (wenn nicht anders vermerkt) nach dem Verfasser zitiert.

In den Anmerkungen wurden folgende Abkürzungen verwandt:

Br.	= Bremen, Bremer
Bra.	= Braunschweig, Braunschweiger
Chr.	= Christoph, Erzbischof von Bremen
Ges.	= Gesandte
H.	= Herzog Heinrich
Hbg.	= Hamburg
Jo. Fr.	= Johann Friedrich, Kurfürst von Sachsen
K.	= Karl V.
Kop.	= Kopie
Konz.	= Konzept
Lü.	= Braunschweig-Lüneburg
Nachr.	= Nachrichten
Or.	= Original
Ph.	= Philipp, Landgraf von Hessen

1.

Bremens allgemeine Lage in den vierziger Jahren und sein Verhältnis zu den Nachbarstaaten

Die politische Lage der Stadt Bremen wird in dieser Zeit durch ihre Stellungnahme zur Reformation bestimmt. Schon früh, seit dem Jahre 1522, hatte sie Eingang gefunden, und bald war die Stadt zum Vorkämpfer und Vermittler der neuen Lehre im Raum zwischen Elbe und Ems geworden. In den umliegenden Herrschaften wie in Hoya oder in Ostfriesland, im Erzstift und selbst in den Bistümern Münster und Osnabrück bemühten sich bremische Prediger erfolgreich um Ausbreitung und Ordnung der evangelischen Lehre¹⁾. Diese Tatsache hatte weitgehende politische Folgen und bestimmte Bremens Verhältnis zu seinen Nachbarn, insbesondere zu seinem Stadtherrn, dem Erzbischof Christoph von Braunschweig-Wolfenbüttel. Denn Bremen war im 16. Jahrhundert noch keine freie Reichsstadt²⁾, doch auf dem Wege dorthin, wurde schon gelegentlich von Reichs wegen als solche behandelt³⁾ und usurpierte vor allem in Verbindung mit der Reformation mehr und mehr die Rechte des Stadtherrn. So unterzeichnete der Bremer Rat 1529 die Protestation von Speyer, verbot seinen Bürgern den Besuch des Doms, weil in ihm noch katholischer Gottesdienst stattfand, und erließ 1534 aus eigener Machtvollkommenheit eine neue Kirchenordnung⁴⁾, wodurch er die kirchlichen Rechte des Erzbischofs, bzw. des Dompropstes an sich nahm. Ihre Krönung fanden diese Bestrebungen durch die Verleihung der großen kaiserlichen Privilegien des Jahres 1541, durch die, „unter Billigung der Reichsgewalt, gewissermaßen die letzten Abhängigkeiten der Stadt von ihrem Landesherrn gelöst“ wurden⁵⁾.

Erleichtert wurde diese Entwicklung durch das geringe menschliche und politische Format des Erzbischofs, der mit den Ständen seines Stifts ebenso in gespanntem Verhältnis lebte wie mit der Stadt und seinem kaiserlichen

1) Vgl. Rotermund, Vom Anfang der Reformation im Erzstift Br. und Verden usw., Lüneburg 1825. — Veeck, Die Reformation in Br., Berlin 1917. — Br. A. b. 3. 14. 1543, Juni 13. Bischof von Münster an Br. Or. Bischof Franz begehrt bremische Prediger für Osnabrück.

2) Die endgültige Erhebung in die Reichsstandschaft erfolgt erst 1646.

3) Schon 1467 wird die Stadt Br. bei einem Anschlag für Türkenhilfe unter den Reichsständen aufgeführt. Lünig, Partis gen. contin., I., p. 86.

4) Vgl. J. Fr. Iken, Die Br. Kirchenordnung von 1534, Brem. Jb., 2. Serie, Bd. 2 (1891).

5) Friedrich Prüser, Das große Privileg von 1541. Br. Nachr. 19. April 1941. Vgl. v. Bippin II, S. 113.

Oberherrn. Seine Stellung war infolge seines politischen Ehrgeizes und seiner großen Schulden ständig gefährdet, und oft war er zu bedenklichen Mitteln gezwungen, um sich überhaupt zu halten⁶⁾. Die tatsächliche Macht glitt ihm daher auch im Stift aus den Händen und ging infolge der Zugeständnisse, zu denen er aus Geldnot immer wieder gezwungen wurde, mehr und mehr an die Stände über⁷⁾. Selbst die durch die neue Kirchenordnung in Bremen geschaffene Lage mußte er 1534 anerkennen.

Was der Erzbischof an Rechten in der Stadt verlor, gewann vor allem der Rat, dessen Stellung durch die „Neue Eintracht“ von 1534 gefestigt worden war. Danach lag in seiner Hand die gesamte Verwaltung und Rechtsprechung, wenn er gewollt hätte, ohne jede Mitwirkung der Bürgerschaft. Der Rat, der sich selbst ergänzte, bestand entsprechend den vier Quartieren der Stadt und den vier Gohen des bremischen Gebiets aus vier Bürgermeistern und 24 Ratsherren, von denen zwei Bürgermeister und zwölf Ratsherren bei halbjährlicher Ergänzung die Regierungsgeschäfte leiteten⁸⁾. Diese Körperschaft ist es, die uns in Bremen in den Quellen dieser Zeit fast ausschließlich entgegentritt; in ihrer Hand lag die Politik, lagen die oft schwerwiegenden Entscheidungen. Die gesamte Bürgerschaft aber ist es, die in diesen unruhigen Jahren auf den Mauern und an den Landwehren stand und ihre Stadt verteidigte, die die großen wirtschaftlichen Opfer brachte und deren entschlossene Haltung die feste Grundlage bildete, auf die sich die oft sehr kühne Politik des Rates stützen konnte.

Die Stellung der Stadt zu ihrem Landesherrn ist gleichermaßen von politischen wie religiösen Beweggründen bestimmt, ohne daß der Vorrang des einen oder anderen immer erkennbar wäre. Bremens Lage ist damit der Magdeburgs vergleichbar (und ähnlich der Braunschweigs), und von hier aus erscheint es natürlich, daß gerade diese beiden Städte schon bei der Gründung des Schmalkaldischen Bundes eine Rolle spielten, die Einungsurkunde von 1531 mit siegelten⁹⁾, dann zu den eifrigsten Vertretern einer aktiven Bundespolitik gehörten und endlich, als im Schmalkaldischen oder „Teutschen Krieg“ (wie die Zeitgenossen ihn nannten) für den Bund die Bewährungsstunde schlug, trotzig standhielten und erst Jahre nach Beendigung des Krieges den Weg zu einer Versöhnung mit dem Kaiser fanden, da sie mit der religiösen Freiheit zugleich ihre politische zu verteidigen hatten.

Wir dürfen diesen politischen Zug in der Haltung Bremens nicht über-

⁶⁾ Capelle, S. 54: 1545 verwandte Christoph die von den Ständen erlegte Türkensteuer für sich. Eine kurze Zusammenfassung über das Leben und das Treiben Christophs gibt neuerdings Friedrich Prüser in der Neuen Deutschen Biographie; sie wird in Bd. III erscheinen.

⁷⁾ Vgl. Capelle, S. 44 f.

⁸⁾ Vgl. Karl Müller, Die staats- und verfassungsrechtliche Entwicklung in Br. bis zum Jahre 1848. Br. 1931.

⁹⁾ Vgl. Richter, S. 4.

sehen, ebensowenig die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die — durch den Charakter der Stadt als „See- und Hansestadt“ bedingt — ein weiträumiges Denken und Politik auf lange Sicht erforderten.

Trotzdem spricht aus den bremischen Zeugnissen dieser Zeit, ebenso wie aus den Handlungen und Entscheidungen der Stadt, ein solch großer religiöser Ernst, eine solche Einsatzbereitschaft für die „reine Lehre“ und das „wahre godlike word“, der sich letztlich alle wirtschaftlichen Rücksichten beugen müssen, daß wir aufs Ganze gesehen die Sache der Religion als beherrschend in Bremens Haltung bezeichnen dürfen.

Das Verhältnis Bremens zu Oldenburg war im allgemeinen ein leidliches, wenn nicht ein gutnachbarliches. Streitigkeiten über Schiffahrts- und Fischereirechte auf Ochtum, Hunte und Weser waren 1541 zugunsten Bremens entschieden worden¹⁰). Der regierende Graf Anton I. hatte sich aber durch einen Angriff auf das Bistum Münster 1538 den Landgrafen von Hessen zum Feind gemacht¹¹). Der schärfste Gegner des Schmalkaldischen Bundes in Norddeutschland, Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, ein Schwager Antons, hatte ihn dabei unterstützt¹²). Die Bindung des Oldenburgers an seinen Schwager verstärkte sich, als dieser dem Grafen später gegen die Ansprüche seiner Brüder den Rücken stärkte und wesentlich zu einem Abfindungsvertrag beitragen konnte¹³). Entsprechend nahm Anton den Herzog nach dessen Vertreibung 1542 bei sich auf¹⁴); Antons Brüder aber suchten 1544 um Aufnahme in den Schmalkaldischen Bund nach, um für ihre erneut erhobenen Forderungen Unterstützung zu finden¹⁵). So wurde Antons Hinneigung zur habsburgisch-katholischen Partei und damit seine Abwendung von der Linie, die Bremen verfolgte, mehr und mehr deutlich. Wir finden ihn darum 1545 auf der Seite Heinrichs und im Schmalkaldischen Krieg auf der des Kaisers, als regsamen Unterstützer der damaligen Belagerung Bremens.

Durch den Besitz der Herrschaft Delmenhorst, die Oldenburg Ende des 15. Jahrhunderts an Münster verloren hatte, war auch Franz von Waldeck Nachbar der Stadt Bremen. Seit 1530 Bischof von Minden, war er zwei Jahre später auch zum Bischof von Münster und von Osnabrück gewählt worden.

Nähere Beziehungen zu Bremen ergaben sich eigentlich erst zu Beginn der vierziger Jahre, als sich Franz von der strengen katholischen Richtung, die besonders die Domkapitel von Münster und Osnabrück vertraten, abwandte und die Reformierung seiner Stifter erstrebte. So erklärt sich die reformatorische Tätigkeit bremischer Prediger in seinem Einflußbereich,

¹⁰) O. U. 720. 1541, Juli 20. — Vgl. Richter, S. 27.

¹¹) Vgl. Rühning I, S. 363.

¹²) Vgl. Richter, S. 26.

¹³) O. U. 730—732. 1542, Juni 8.

¹⁴) Vgl. Rühning I, S. 364.

¹⁵) O. U. 749—750. 1544, Juli 8.

besonders in der Stadt Osnabrück¹⁶⁾. Zollerleichterungen für bremische Kaufleute in Delmenhorst wie im Amt Wildeshausen waren die wirtschaftlichen Folgen der neuen Interessengemeinschaft¹⁷⁾, die sich noch enger gestaltete, als Franz 1542 Philipp von Hessen bei der Vertreibung Herzog Heinrichs von Braunschweig durch Truppen unterstützte¹⁸⁾ und damit offen in das Lager der Schmalkaldener einschwenkte.

Im Schmalkaldischen Krieg versuchte der Bischof eine neutrale Stellung einzunehmen, mußte es aber erleben, daß seine freundschaftliche Haltung Bremen gegenüber von Graf Anton zum Anlaß genommen wurde, das Haus Delmenhorst für Oldenburg zurückzuerobern. Nach dem Verlust Delmenhorsts versuchte Franz seine Stellung gegenüber dem Kaiser durch Truppenstellung und Geldunterstützung zu verbessern¹⁹⁾, konnte es aber nicht verhindern, daß die reformatorische Bewegung, die er in seinen Bistümern nicht aus religiösem Eifer gefördert hatte, sondern weil er ein erbliches Fürstentum erstrebte, durch den für die Protestanten unglücklichen Ausgang des Schmalkaldischen Krieges einen starken Rückschlag erlebte und er selbst der Ketzerei angeklagt wurde.

Zwischen den Niederlanden und ihrem Handelsrivalen Dänemark versuchte Bremen eine neutrale Stellung einzunehmen. Rücksichten auf ihren Handel zwangen die Stadt dazu, war sie doch gleichermaßen bei der Ostfahrt auf das Wohlwollen Dänemarks wie bei der Westfahrt auf das der Niederlande angewiesen. Christian III. von Dänemark stand seit 1538 im Bund mit den Schmalkaldenern; im Kriege gegen Esens hatte Bremen aus der dänischen Geldhilfe sogar eine Unterstützung von 10 000 Gulden erhalten, so daß gemeinsamer Glaube und gemeinsame Vorteile die Stadt enger an Dänemark banden. Das sich in den Niederlanden äußernde Mißtrauen, daß Bremen die dänische Sache begünstige, ist von hier aus erklärlich. Für die Stadt konnte daher nichts wichtiger sein als ein Friede zwischen beiden Mächten; doch hatten sie im Mai 1542 vergeblich in Bremens Mauern über eine Verlängerung des Waffenstillstandes von 1537 verhandelt²⁰⁾.

Als Maria, die Regentin in den Niederlanden, Bremen und die wendischen Städte daher aufforderte, jegliche Schifffahrt mit den nordischen Ländern, Schleswig-Holstein und Hamburg einzustellen, andernfalls sie als Feinde betrachtet würden²¹⁾, stieß sie auf die energische Ablehnung der Stadt. Der König von Dänemark habe ihrem Handel keine Vorschriften gemacht, betonte der Rat; aber ebensowenig, wie sie ihm Folge geleistet hätten, gedächten sie ihren jahrhundertlangen Verkehr mit dem Norden und dem Osten einzustellen, da schwere Schädigungen ihrer arbeitsamen Bevölkerung

¹⁶⁾ Vgl. S. 13.

¹⁷⁾ Br. A. b. 3. 14. a. a. O.

¹⁸⁾ Br. A. b. 3. 46. 1545, Febr. 16, Worms: Rechng. d. Bra. Zuges.

¹⁹⁾ Vgl. Frese, S. 178 ff.

²⁰⁾ Vgl. Schäfer VI, S. 456.

²¹⁾ N. A. 418. 1542, Sept. (9).

damit verbunden seien. Sie wollten sich aber immerhin so weit fügen, daß bremische Schiffe nicht voll beladen von den Niederlanden nach Dänemark segeln sollten²²⁾. Die feste Haltung des Rats und seine Warnung, Feindseligkeiten gegen seine Bürger vorzunehmen, hatten die gewünschte Wirkung. In einem Erlaß der Regentin wurde der bremische Verkehr nur so weit beschränkt, als daß keine Güter aus dem dänischen Gebiet in die Niederlande gebracht werden sollten²³⁾.

Im Rahmen der Bundespolitik trat Bremen für eine Unterstützung Dänemarks in seinem Kriege gegen die Niederlande ein²⁴⁾; ebenso unterstützte es 1544 die dänischen Versuche, Christians Bruder Friedrich zum Koadjutor und Nachfolger im Erzstift zu bestimmen. Erzbischof Christoph lehnte sich entsprechend an die Niederlande an. Den Bemühungen der Regentin hatte er es zu verdanken, wenn der Kaiser 1544 verfügte, daß die oben erwähnten Privilegien der Stadt nicht zum Nachteil des Stadtherrn oder des Stiftes gebraucht werden dürften, was praktisch ihre Aufhebung bedeuten konnte²⁵⁾.

Das Eintreten Bremens und der Schmalkaldener für die dänische Nachfolge war vor allem von der Furcht bestimmt, daß Christoph das Stift in burgundische Hände spielen könnte²⁶⁾. Wenn wir auch Häpke²⁷⁾ zustimmen müssen, daß der Norden oder die deutsche Küste „nicht vornehmlich“ das Ziel der Machtentfaltung Karls waren, so war doch das Mißtrauen der Schmalkaldener nicht unbegründet. Über Utrecht, Friesland, Overyssel, Drenthe, Groningen und Geldern dehnte Karl die burgundische Oberhoheit nach Osten aus²⁸⁾, und dasselbe Schicksal der Säkularisation, das Utrecht erlitten hatte, glaubte man für das Erzstift befürchten zu müssen. Von den dreißiger Jahren bis zum Schmalkaldischen Krieg tauchen immer wieder im Briefverkehr der protestantischen Stände Gerüchte über solche Absichten des Kaisers auf²⁹⁾. Burgundische Werbungen im bremischen Gebiet, deren Ziel meist nicht erkennbar war, beunruhigten die Gemüter³⁰⁾.

Nach der 1543 erfolgten Einnahme Gelderns fürchtete Christian von Dänemark, daß Karl sich mit seinem Heer zur Weser wenden würde³¹⁾. Statt dessen brachte das folgende Jahr Dänemark den Frieden mit dem Kaiser; die Ratifizierungsurkunden sollten im Juli in Bremen ausgetauscht

²²⁾ N. A. 425. 1542, Dez. 4: Br. an die Regentin.

²³⁾ N. A. 432. 1543, Jan. 11.

²⁴⁾ Br. A. b. 4. a.: Instruktion d. Br. Gesandten f. d. Tag in Schmalkalden, ohne Datum (Aug. 1543?), Konz.

²⁵⁾ Br. A. Z. 1. c. 2. 1544, März 10.

²⁶⁾ Vgl. Wolters, S. 72.

²⁷⁾ S. II.

²⁸⁾ Vgl. Häpke, S. 62.

²⁹⁾ Vgl. z. B. Richter, S. 25 f.

³⁰⁾ v. Bippen, Brem. Jb. 15 (1889), S. 40: 1538—1539. — Br. A. b. 3. 1543, Februar 17: Br. an Ph. Konz. K. 1717, 1543, Febr./März.

³¹⁾ Vgl. Häpke, S. 221. — Schmidt, S. 218.

werden³²⁾. Als Karl im Schmalkaldischen Krieg alle Macht in seinen Händen hielt, da zeigte sich, daß alle diese Befürchtungen übertrieben waren.

Ähnliche Zwistigkeiten wie mit den Niederlanden ergaben sich für Bremen mit Frankreich, als 1545 englische Kommissare in der Stadt weilten, um von hier aus England mit Getreide und Truppen zu versorgen³³⁾. Auch hier antwortete der Rat auf die französischen Beschwerden³⁴⁾ klar und bestimmt im Sinne einer betonten Neutralität³⁵⁾. Die größere innerliche Bindung war aber die an England, das jahrelang in Bündnisverhandlungen mit den Schmalkaldenern gestanden hatte und unter anderem auch mit Bremen ein Profanbündnis erstrebte³⁶⁾.

2.

Das Ergebnis der esensschen Fehde und die Verhandlungen auf dem Reichstag zu Regensburg 1541

Am Beginn des neuen Jahrzehnts stand Bremens Kampf mit Balthasar von Esens, dem mächtigsten der ostfriesischen Häuptlinge, der die Sicherheit des bremischen Handels an der Wesermündung seit Jahren gefährdet hatte¹⁾. Bremen gelang es, die Reichsacht und die Hilfe des Schmalkaldischen Bundes gegen ihn zu erwirken. Da nur eine Religionsfrage *casus foederis* war, erforderte es der Vorteil der Stadt, für den Krieg religiöse Beweggründe in den Vordergrund zu rücken, wo wirtschaftspolitische Belange ausschlaggebend waren. Als Drahtzieher hinter den Kulissen, die Balthasars Feindseligkeiten gegen Bremen nährten, wurden Erzbischof Christoph und sein Bruder Herzog Heinrich bezeichnet²⁾, die hier, wie in allen späteren Verwicklungen, ihre Hand im Spiele hätten, um Bremen, das Bollwerk der reinen Lehre, die „Herberge der Gerechtigkeit“, wie es in protestantischen Kreisen hieß, niederzuzwingen³⁾. Ein Beweis ließ sich dafür nicht erbringen,

³²⁾ Br. A. b. 3. 30. 1544, Mai 23: Friedensvertrag. Kop.

³³⁾ Br. A. W. 9. a. 1545, Jan. 13: Beglaubigung f. William Wattson. Or.

³⁴⁾ Br. A. W. 9. a. 1545, Aug. 14. Or.

³⁵⁾ Br. A. W. 9. a., ohne Datum, Konz.

³⁶⁾ Vgl. Friedrich Prüser, England und die Schmalkaldener (1535—1540), Quellen u. Forschg. z. Ref.-Gesch., Bd. XI, Leipzig 1929.

¹⁾ Vgl. Richter, S. 67 ff.; v. Bippen, a. a. O.

²⁾ Vgl. v. Bippen, a. a. O., S. 42.

³⁾ Richter, S. 51, Anm. 4 — 1539, Juni 9: Br. an Ph.: „Dat Balthasar nicht allene von deme Ertze Bischopp tho Bremen vnde Hertogen Hinrike van Brunswick to dussen synen datlickenn vornhemende angeweyset, dan ock sustes van den Burgundischenn darto gefordert, gehanthawet vnde gestercket werde, welckent ock also myt apentlicker vnde schinbarer daet ertoget vnde bewiset.“ — Vgl. die Br. Denkschrift für den Bundestag zu Arnstadt 1539, gedruckt bei v. Bippen, a. a. O., S. 65 f.

nur ein Teil der Bundesverwandten erkannte daher den Krieg als Religions-
sache an.

Wenn die materielle Hilfe des Bundes daher nicht entscheidend war, der moralische Rückhalt, den die Stadt bei den Einungsverwandten fand, war in dieser Fehde von ebensolcher Bedeutung wie bei den unmittelbaren Auseinandersetzungen mit dem Erzbischof und seinen Helfern. Der siegreiche Abschluß des Krieges, fast ausschließlich das Verdienst der Stadt Bremen, hatte andererseits die Stellung der Schmalkaldener in Norddeutschland gefestigt und den Wert der Stadt als nördlichen Eckpfeiler des Bundes unter Beweis gestellt.

Der Friedensvertrag vom 1. Dezember 1540 brachte der Stadt Sicherheit für ihre Schifffahrt, wirtschaftliche Vorteile in dem eroberten Lande und eine Kriegsentschädigung, dazu die Oberlehnsherrschaft im Harlinger Land. Der neue Lehnsinhaber Graf Johann von Rietberg, bzw. seine Mutter als Vormünderin, mußten sich darüber hinaus verpflichten, die Regierung des Landes im protestantischen Sinne zu führen⁴⁾. Es war für Bremen sicher ein stolzer Tag, als die Gräfin und ihr Sohn in den Mauern der Stadt aus der Hand des Rates die Belehnung empfangen⁵⁾ und im Frühjahr 1541 zwei Ratsherren die Lehnsinhaber nach Esens begleiteten, um die festen Häuser und das Land in Eid und Pflicht zu nehmen⁶⁾. Diese unter schweren geldlichen Opfern gewonnene Stellung für die Zukunft zu bewahren, war die Aufgabe, der sich Bremen und mittelbar die Schmalkaldener gegenüber-sahen. Das Jahr 1541 bedeutet hier zunächst noch einen kräftigen Schritt vorwärts.

Der bremische Anspruch auf die Oberlehnsherrschaft im Harlinger Land blieb nicht ohne Widerspruch. Bald nach Abschluß des Lehnsvtrages trafen Gesandte der Gräfin von Ostfriesland in Bremen ein, um den Rat aufzufordern, sich der Lehnrechte und Regalien, die den Grafen von Ostfriesland zuständen, nicht anzunehmen, andernfalls sie Klage bei Kaiser und Reich erheben würde⁷⁾. Bremen erklärte dagegen, daß der letzte Besitzer, Balthasar von Esens, im Reichsbann gestorben sei und die Stadt die Länder in rechtmäßigem Kriege erworben hätte⁸⁾. Sicherheitshalber holte der Rat noch ein Gutachten der bremischen Vertreter am kaiserlichen Kammergericht ein, ob es nötig sei, die Belehnung von Kaiser und Reich förmlich zu empfangen. Obwohl dies verneint wurde und die Ansprüche Ostfrieslands als unberechtigt erklärt wurden⁹⁾, bewarb sich Bremen auf dem Regensburger Reichstag doch um die Bestätigung des Lehnsvtrages durch den Kaiser.

4) Vgl. Richter, S. 87 ff.

5) Vgl. v. Bippen II, S. 110.

6) Rienesberg-Schene, 1541, März 18.

7) Beninga, 1541, Hlg. Dreikg. Tg. (Jan. 6).

8) Wiarda III, S. 3.

9) Br. A. ad W. 19. a. 1541, März 13. Speyer: Adam Werner v. Themar an Br.

Auf die bremischen Gesandten, den Bürgermeister Diedrich Vasmer und den Ratsherrn Johann Havemann¹⁰⁾, die am 15. März von Bremen nach Regensburg aufbrachen, wartete eine Fülle von Aufgaben. Zunächst war es also die Lehnsfrage, die es zu klären gab. Sie fand am 10. Mai durch die kaiserliche Bestätigung des Vertrages die von Bremen gewünschte Lösung. Trotzdem mußte die Stadt noch jahrelang seinen hier bestätigten Anspruch vor dem Kammergericht verteidigen, bis der Schmalkaldische Krieg der bremischen Herrschaft wie den ostfriesischen Ansprüchen gleichermaßen ein Ende setzte und Karl — seit 1543 Herr von Geldern — sich in dieser Eigenschaft zum Oberlehnherrn der Grafen von Rietberg machte und die von ihm selber gegebene Bestätigung der bremischen Oberhoheit für ungültig erklärte¹¹⁾.

An eine solche Entwicklung dachte in Regensburg aber noch niemand, zeigte sich der Kaiser, aus außenpolitischen Gründen, doch zunächst äußerst gnädig gegen die Protestanten, so besonders gegen Bremen. Den zweiten und weit wichtigeren Teil ihres Auftrages konnten die bremischen Gesandten daher erfolgreicher erledigen, als man hatte hoffen können.

Erzbischof Christoph, der ebenfalls auf dem Reichstag anwesend war, hatte in einer Bittschrift an den Kaiser vom 18. März schwere Klagen gegen seine Stadt erhoben. Sie hätte ihm „gehorsam, dinst vnnd gebur geweigert“, Stift und Untertanen mit Kriegsvolk bedrängt, sei vom wahren Glauben abgegangen und befände sich im Bündnis im Ungehorsam gegen den Kaiser. Er forderte daher die Aufhebung aller Privilegien und Freiheiten der Stadt und bat um die Erlaubnis, feste Häuser an der Weser und vor der Stadt errichten zu dürfen, da er nicht nur für seine Länder Gefahr und Verderben besorgen müsse, sondern ebenso für Kais. Maj. Erblande und gemeine deutsche Nation. Die damit verknüpfte Bitte, Wasser- und Landzoll erheben zu dürfen, ließ erkennen, daß es auch hier nicht allein um die Religion ging¹²⁾.

Wenn wir uns an die außenpolitischen Nöte und den Geldmangel des Kaisers in diesen Monaten erinnern, an den geringen Einfluß des Erzbischofs und seine Mittellosigkeit, können wir verstehen, daß das Ergebnis der Verhandlungen so ganz anders war, als die Supplik es wünschte. In einem ausführlichen Schreiben an den Kaiser rechtfertigte sich der Rat gegenüber den Anklagen¹³⁾ und erreichte bis zum Ende des Reichstages im Juli unter Einsatz großer Geldmittel¹⁴⁾ eine Reihe bedeutender Privilegien. Sie gaben

¹⁰⁾ Rienesberg-Schiene (1541, Donnerstag n. Himmelf.) u. Dilich (1541) nennen außerdem Diedrich v. Mandelsloh; v. Bippen erwähnt ihn nicht. Nach Renner (II, S. 301) wurde M. erst 1542 in den Rat gewählt.

¹¹⁾ Vgl. Richter, S. 94 ff.

¹²⁾ Br. A. b. 2. 6. 1541, März 18: Suppl. Chr.'s an K. Kop.

¹³⁾ Renner II, S. 295 ff., 1541, April 9.

¹⁴⁾ Die Gesamtkosten berechnet v. Bippen (II, S. 115) auf etwa 7000 Mark (= 170 000 Mark der Währung des Bismarckschen Reiches).

der Stadt neben der Gewährleistung alter Freiheiten das Münzrecht, das sie bisher nur pfandweise vom Erzbischof innegehabt hatte, bestätigten die Herrschaft Bremens über sein Landgebiet und über Neuenkirchen, Blumenthal, Bederkesa und Lehe sowie die Verfügung und die Jurisdiktion über die Weser und ihre unteren Nebenflüsse, damit das *dominium Visurgis* samt freier Schifffahrt und Fischerei der Stadt zusprechend, überließen ihr auch das Gerichtswesen und gestanden ihr einen Stapel für Korn, Mehl, Wein und Bier endgültig zu¹⁵⁾. Aber nicht nur in eigener Sache waren die bremischen Gesandten in Regensburg. Auf dem Reichstag selbst hatten sie zwar nicht Sitz und Stimme; aber bei den dortigen Verhandlungen der Schmalkaldischen Bundesverwandten und den Religionsgesprächen sollten sie ihre Heimatstadt vertreten.

Was dem Kaiser gegenüber einer Einzelstadt wie Bremen möglich war, ihr gegen klingende Münze weitgehende Rechte einzuräumen, war gegenüber den Schmalkaldenern als Gesamtheit unmöglich, nicht zuletzt, weil die katholischen Reichsstände ihm dabei die Gefolgschaft versagten. Auf dem Bundestag zu Naumburg um die Jahreswende 1540/1541 hatten die Einungsverwandten beschlossen, in Regensburg Türkenhilfe nur gegen die Erfüllung ihrer Hauptforderungen — Gewährung eines beständigen Friedens und Neubesetzung des Kammergerichtes — zu bewilligen. Die Treue zum Reich, das von den Türken stark bedroht schien, und die Furcht, die Gnade des Kaisers gänzlich zu verlieren, ließ die Protestanten aber im Laufe der monatelangen Verhandlungen von diesem Vorsatz abweichen. Sie gewährten Karl eine eilende Hilfe und erreichten dafür nur, daß ihren Forderungen in einer geheimen Deklaration stattgegeben wurde, die im Gegensatz zum offiziellen Reichstagsabschied stand¹⁶⁾. Der Abschied der Bundesverwandten vom 1. August, der auch von Vasmer und Havemann unterzeichnet worden ist, klingt trotzdem verhältnismäßig zuversichtlich. So sollte z. B. die Zahl der Rittmeister und Hauptleute des Bundes in Zukunft herabgesetzt werden. Im übrigen hoffte man, im nächsten Jahr in Speyer mehr zu erreichen¹⁷⁾.

Der bremische Anteil an den schmalkaldischen Verhandlungen ist nicht bekannt, läßt sich aber in den Hauptpunkten auf Grund der später immer wieder geäußerten Grundeinstellung der Stadt erschließen. Der Wunsch nach beständigem Frieden konnte kaum irgendwo größer sein als in Bremen, denken wir nur zurück an die Unruhen und Händel der vergangenen Jahre. Eine unparteiische Besetzung des Kammergerichtes war schon im Hinblick auf das gespannte Verhältnis zum Erzbischof für die Stadt eine Lebensfrage,

¹⁵⁾ Vgl. v. Bippen II, S. 112 ff. — Friedrich Prüser in dem Begleittext zum Faksimiledruck des Schifffahrts- und Fischereiprivilegs vom 20. Juli 1541. Bremen 1941.

¹⁶⁾ Br. A. b. 2. 11. 1541, Juli 29: Abschied, Kop.

¹⁷⁾ Br. A. ad b. 2., Bra. A. 7. 1541, Aug. 1: Der einungsverw. Stände Abschied. Kop. Zu den Reichstagsverhandlungen vgl. Heidrich, S. 7—53.

wenn wir auch annehmen können, daß die neu erworbenen Privilegien ein starkes Gefühl der Sicherheit geweckt hatten.

In der Frage der Türkenhilfe war Bremen nicht gleicher Meinung mit den Bundeshauptleuten und den Reichsständen unter den Schmalkaldenern. Diese versuchten Bremen und die anderen nicht reichsunmittelbaren Stände zur Leistung der Türkenhilfe unmittelbar an die Bundeskasse zu bewegen, weil sie mit Recht die Meinung vertraten, daß die Größe der Hilfe die Macht und Einheit des Bundes gegenüber dem Reich beweise¹⁸⁾. Bremen war in dieser Frage aber jeder Neuerung abgeneigt. Man erinnerte sich in diesem Fall nur zu gern daran, daß man einen Landesherrn hatte und daß Reichssteuern vom Erzstift geleistet wurden, und das hieß, daß die Stadt davon befreit war. Auf diesem Standpunkt blieb die Stadt all diese Jahre hindurch. Sie war hier „einhelliger Meinung“ mit Hamburg¹⁹⁾, und auch die sächsischen Städte Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim, Hannover und Einbeck instruierten ihre Gesandten für den Frankfurter Tag des Jahres 1543 in gleichem Sinne²⁰⁾. Obwohl eine Türkenhilfe für Bremen also keine Belastung bedeutete, trat die Stadt bei den Verhandlungen nicht für die bedingungslose Bewilligung ein, sondern gehörte zu den ganz wenigen Städten, die Sachsen und Hessen zur Seite standen, als sie hartnäckig die Friedensforderungen der Protestanten zur unabänderlichen Voraussetzung für jede Hilfeleistung erklärten und sich mit geheimen Versicherungen nicht abspeisen lassen wollten. So hören wir es jedenfalls vom Reichstag zu Speyer, der ein halbes Jahr später die gleichen Fragen behandelte²¹⁾.

Noch erfolgloser als die eigentlichen Reichstagsverhandlungen verlief bekanntlich das Religionsgespräch. Es war eine Fortsetzung des schon im November in Worms begonnenen Kolloquiums, wo Bremen mit Magdeburg und nominell auch Hamburg durch den Bremer Ratsherrn Daniel von Büren, den Bremer Theologen Johann Timann und den Magdeburger Prediger Nicolaus von Amsdorf eine der elf protestantischen Stimmen vertrat. Timann war auch in Regensburg dabei; aber außer der Tatsache, daß er in Worms geeignete Äußerungen Augustins über die Rechtfertigung allein durch den Glauben zusammenstellen²²⁾ und in Regensburg ein Gutachten über die Abendmahlslehre abgeben sollte²³⁾, wissen wir von den langwierigen Verhandlungen bremischerseits nichts.

¹⁸⁾ Br. A. b. 3. 21. 1543, Sept. 28: Einungsverw. aus Frankf. an Br. Or.

¹⁹⁾ Br. A. b. 3. 1. Ohne Datum (1542?).

²⁰⁾ Bra. A. 10. 355 ff. 1543, Sept. 18.

²¹⁾ Heidrich, S. 80: Neben Br. werden Frankfurt, Konstanz u. Eßlingen genannt. Br. vertreten durch Joh. Havemann u. den Sekretär Martinus Michaelis, Br. A. b. 2. 15.

²²⁾ Vgl. Sander, Br. Vertritt. bei den deutschen Religionsgespr. von 1540—1541. Brem. Jb., Bd. 26 (1916). — N. B. VI, 100 ff. Verz. d. Teiln. am Wormser Kolloquium. Timann vertritt Br. auch 1545 in Worms, Iken, a. a. O., S. XX.

²³⁾ Lenz, Ph. u. B. III, S. 24.

Ein für die Zukunft bedeutendes Ergebnis aber hatten diese Monate. Karl V. mußte sich hier endgültig überzeugen lassen, daß sich auf dem friedlichen Wege der Vermittlung die Glaubensgegensätze nicht mehr überbrücken ließen. Mit Waffengewalt die alte Ordnung wieder aufzurichten, mußte sein nächstes Ziel sein, sobald die außenpolitische Entwicklung ihm dafür freie Hand ließ. Vorerst war daran nicht zu denken, vielmehr sollte in der nächsten Zukunft die Sache der Schmalkaldener eine weitere Stärkung erfahren, als es ihnen gelang, ihren alten Feind im Norden, Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, auszuschalten.

3.

Bremen und die Praktiken Herzog Heinrichs des Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel bis zu seiner Vertreibung 1542

Die Reformation hatte in Norddeutschland in den dreißiger Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Im Herzogtum Sachsen wie in Brandenburg und dem kleinen Braunschweig-Calenberg wurde 1539/1540 die Reformation eingeführt, so daß als großes weltliches Territorium im Norden nur noch Braunschweig-Wolfenbüttel der alten Lehre erhalten blieb. Sein Herzog, Heinrich der Jüngere, der das Land seit 1514 regierte, hatte „so ausschließlich wie kaum ein anderer zeitgenössischer Fürst die Erweiterung und Kräftigung seiner territorialen Stellung im Auge“¹⁾.

Sein Charakter kann hier nicht weiter Gegenstand unserer Betrachtung sein. Der jahrelange Federkrieg mit seinen protestantischen Gegnern, besonders mit Philipp von Hessen, in den auch Luther mit seiner Schrift „Wider Hans Worst“ eingriff, hat auf beiden Seiten zu groben Entstellungen und häßlichen Übertreibungen geführt, so daß sich ein unparteiisches Bild daraus nicht gewinnen läßt. Zweifellos waren die Angriffe gegen Heinrichs Charakter nicht aus der Luft gegriffen, „und doch war er nicht schlechter als die meisten seiner Standesgenossen“²⁾, denken wir nur an Philipp von Hessen. Auf jeden Fall war der „unruhige Mann“, wie ihn die Zeitgenossen nannten, äußerst regsam in der Verfolgung seiner Ziele und hartnäckig, wenn es galt, Verlorenes zurückzugewinnen.

Religiöse, besonders dogmatische Fragen waren ihm im Grunde gleichgültig, dafür wollte er „ungern ein Pferd satteln“³⁾. Der Reformation aber stand er feindlich gegenüber, weil er ein eifriger Anhänger des Kaisers war, und wegen der sozialen Unruhen, die sie im Gefolge hatte. Den Schmal-

1) Bruns, S. 11.

2) Koldewey, Heinz v. Wolfenb., S. V.

3) Koldewey, a. a. O., S. 2.

kaldenern war er feind, weil sie der Festigung und Ausweitung seiner Landesherrschaft hindernd im Wege standen⁴⁾.

So hatte sich die Stadt Braunschweig von seiner Herrschaft fast völlig frei gemacht und dabei Rückhalt beim Schmalkaldischen Bund gefunden. Heinrichs Versuche, Goslar in Abhängigkeit zu bringen, sollten an demselben Hindernis scheitern, und auch dem Ausgreifen nach Norden schob der Bund einen Riegel vor.

Entsprechend schloß sich Heinrich 1538 mit seinen Glaubensgenossen im „Nürnberger Bund“ zusammen und war als Hauptmann seines norddeutschen Kreises eine seiner aktivsten Stützen. Durch ein Mandat vom 5. Mai 1537 hatte sich Heinrich vom Kaiser zum „Konservator“ der Stifter Bremen und Verden ernennen lassen⁵⁾, um „de rechten waren evangeliesschen lere by uns und umbher gruntlich tho dempffen und uthtoraden“, wie sich die Stadt Bremen bei den Bundesgenossen beklagte⁶⁾. Die Stiftstände beider Konfessionen protestierten dagegen; die schmalkaldischen Bundeshauptleute drohten mit bewaffneter Intervention und zwangen den Herzog, von der Durchführung seiner Pläne abzustehen. „Seit 1537 galt Bremen, wenigstens für Philipp von Hessen“, daher „als Stützpunkt schmalkaldischer Macht gegenüber nordwestdeutschem Katholizismus und habsburgisch-wolfenbüttelscher Expansion“⁷⁾.

Daß Bremen alle Kräfte gegen solche Bestrebungen, die das Stift in eine starke Hand gebracht hätten, in Bewegung setzte, ist selbstverständlich⁸⁾, glaubte es doch, daß neben den religiösen Beweggründen das kaiserliche Mandat „principalick darto gegeben ende erholden (sy), dath men der beyden strome alsze der Elve unde der Wesszer, beyde baven unde bonedden, mechtlich wille wesen“⁹⁾, und daß Heinrich und die Burgundischen diese Flüsse „als enen slotell der sze“ betrachteten¹⁰⁾.

Bremen war besonders seit dem Privileg von 1541 Herr der Weser, hatte das Recht der freien Schifffahrt bis Münden an der Fulda und „von der Hoy (Hoya) an bisz an die Saltzen see“ und in den Nebengewässern das Fischerei- und Aufsichtsrecht¹¹⁾. Jede Einschränkung dieser Rechte, wie es ein für Herzog Heinrich gegebenes kaiserliches Privileg vom 31. März 1540 bedeutete, das ihm freie Beförderung seines Salzes nach der See und auf den

⁴⁾ Vgl. Rosendahl, S. 233 f. Im allgemeinen hat die Reformation zur Ausbildung der Territorialherrschaft wesentlich beigetragen.

⁵⁾ Vgl. Richter, S. 8 ff.; Häpke, S. 61.

⁶⁾ v. Bippen, Brem. Jb. 15, Beil. 2. Beziehungen H.s zu Bremen lassen sich schon wesentlich früher feststellen. 1525 hatte H. das Stift zuerst in seinen „Schutz und Schirm“ genommen. Richter, S. 9.

⁷⁾ Richter, S. 2.

⁸⁾ Br. unterstützte 1545 selbst den Erzbischof, als die Gefahr der Sequestration des Stiftes bestand.

⁹⁾ Häpke, S. 61, Anm. 4.

¹⁰⁾ Bruns, S. 26.

¹¹⁾ O. U. 720. a. a. O.

Flüssen zusicherte, oder das Unternehmen Heinrichs, in Holzminden Befestigungen anzulegen, mußte auf den Unwillen Bremens stoßen, nicht minder aber auf den des Landgrafen von Hessen¹²⁾.

Für Hessen war die Weser die Verkehrsader zur See, Bremen das Ausfallstor seines Handels¹³⁾ und zugleich der Vermittler der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des fruchtbaren Friesland¹⁴⁾. Kleine Schikanen Heinrichs gegen den hessisch-bremischen Schiffsverkehr ließen keinen Zweifel, was man im Kriegsfall zu erwarten hatte¹⁵⁾; besonders war für Hessen eine Proviantsperrung zu fürchten¹⁶⁾. Nach anfänglich freundschaftlichem Verhältnis war Philipp bald Heinrichs entschiedenster Gegner geworden. In Bremen fand er einen immer bereiten Helfer, wenn es darum ging, der gemeinsamen Bedrohung entgegenzuwirken.

Die Stadt lag in diesen Jahren wie eine Insel in dem Meer der um sie herumwogenden Landsknechtshaufen, der Vergardungen und Werbungen, die Jahr für Jahr Kommissare und Werbeoffiziere aus ganz Europa in den norddeutschen Gebieten veranstalteten¹⁷⁾. Die Tatsache, daß sich hier so schnell wie kaum sonst in Europa ein ansehnliches Heer versammeln ließ, machte das Gebiet besonders wertvoll. Selbst für die Aufstellung von reisigen Truppen, die in den Kriegen dieser Zeit noch entscheidende Bedeutung hatten, bot der Pferdereichtum Nordwestdeutschlands die Mittel, während der Überfluß an Lebensmitteln und die Schwäche der meisten norddeutschen Herrschaften die Werbungen begünstigten, bzw. sie überhaupt erst ermöglichten.

Eine Bedrohung aus diesem Raum war daher für jeden gegeben, der von irgendeiner Seite feindliche Absichten zu befürchten hatte, und wer hatte das in dieser bewegten Zeit nicht? Jederzeit konnte man eines Angriffes gewärtig sein, dem man nur unter Einsatz großer Geldmittel begegnen oder wenigstens die Überraschung nehmen konnte. Dies geschah einmal durch Kundschafter, die die gardenden, d. h. sich einen Herrn suchenden Haufen ständig mißtrauisch beobachteten und die meist „unbekannten Herrn“, auf die die Truppen verpflichtet wurden, zu ermitteln suchten. Vermutungen und abenteuerlichen Gerüchten war dabei, wie wir schon

¹²⁾ P. C., S. 38 f. Vgl. K. 578, 1541, März, Juni.

¹³⁾ Vgl. Bruno Jacob, Hessisch-bremischer Warenaustausch, Monatsschrift „Die Weser“, 20. Jhg., Heft 5.

¹⁴⁾ K. 1712. 1539, Mai.

¹⁵⁾ H. erhöhte 1541 trotz kaiserlichen Verbots den Weserzoll für hessische Schiffe um das Sechs- bis Achtfache und hielt ein nach Br. bestimmtes Salzschild in Holzminden fest. Erst auf kaiserliches Gebot erfolgte die Freilassung. K. 578. 1541, März, Juni.

¹⁶⁾ Vgl. Hüpke, S. 61, Anm. 5. Kornversorgung Hessens durch Br.

¹⁷⁾ Br. A. b. 3. 10. 1543, Febr. 17: Br. an Ph. Konz.: schwedische und burgundische Werbungen, vgl. K. 1717. — Br. A. W. 9. a. 1545, Aug. 14: Frankreich an Br. Or.: englische Werbungen. — Berentelg., S. 6 f.: pfälzische Werbungen 1546. — Schmidt, S. 218: bayrisch-württembergische Werbungen.

gesehen haben, weitester Spielraum gegeben. Wenn wir die Kriegsrechnungen des Schmalkaldischen Bundes daraufhin durchsehen, begegnen uns ansehnliche Posten für die Bezahlung solcher Kundschafterdienste.

Wirksamer, aber kostspieliger war es, durch Sprengung der versammelten Truppen feindliche Angriffsabsichten zu vereiteln, indem man mit Hilfe von Geld Meutereien anzettelte oder feindliche Truppenteile auf die eigene Seite zog. Am wirksamsten war selbstverständlich die Aufstellung einer „Gegengarde“ oder wenigstens die Vorbereitung einer solchen durch Zahlung von Wartegeldern an Rittmeister und Hauptleute, die man als Seele jeder Truppenwerbung sich an der Hand zu halten suchte.

Herzog Heinrich war ein Meister dieses kalten Krieges in allen seinen Formen. Er fand dabei Rückhalt bei seinem Bruder Christoph und zwang die Schmalkaldener trotz ihrer Neigung zur Passivität und ihrer Abneigung gegen Entschlüsse, die mit Kosten verbunden waren, immer wieder zu irgendwelchen, allerdings lange Zeit nur halben Gegenmaßnahmen. Welche Bedeutung es daher für den Bund hatte, in der Stadt Bremen im Norden einen festen und entschlossenen Stützpunkt zu haben, liegt auf der Hand. Niemand hat das so klar erkannt wie Philipp von Hessen. Seine eifrigen Bemühungen, Bremen z. B. im Kriege gegen Balthasar Hilfe zu verschaffen, waren ausschließlich von dieser Erkenntnis bestimmt.

Schon 1539 schien der Krieg mit Heinrich unmittelbar bevorzustehen. Im März wurde Bernhard von Mila, später sächsischer Statthalter in Wolfenbüttel, nach Bremen gesandt, um mit der Unterstützung des Rates von dort aus Gegenwerbungen zu unternehmen, wozu Bremen und Lüneburg das nötige Geld vorstrecken sollten¹⁸⁾. Heinrichs Truppen — „offiziell“ herrenlos — planten einen Überfall auf die Stadt; als ihnen Proviantlieferungen versagt wurden, zogen sie jedoch, ohne den Angriff wirklich zu unternehmen, nach Süden ab. Philipp sah damals schon die Zeit gekommen, den Unruheherd durch Besetzung Wolfenbüttels und der Stifter Bremen und Verden ein für allemal auszuschalten, wobei Bernhard von Milas Truppen und denen der Stadt Bremen der Angriff in den Rücken des Gegners als Aufgabe zufallen sollte¹⁹⁾.

Der Frankfurter Anstand von 1539 bewirkte noch einmal die friedliche Entladung der gespannten Atmosphäre. Der Bund war ja immer nur zu gern bereit, sich von der friedfertigen Gesinnung seiner Gegner überzeugen zu lassen, wenn man dadurch Geld sparte, und zwar diesmal zu einem Zeitpunkt, als Bernhard von Mila in Bremen durch Trennung der feindlichen Truppen 10 000 bis 11 000 Mann zu seiner Verfügung hatte²⁰⁾. Die beste Gelegenheit, das braunschweigische Problem zu lösen, blieb damit ungenutzt. Bremen traute dem Frieden nicht und war daher eifrig bemüht, die Be-

¹⁸⁾ Vgl. Richter, S. 35 f., gemeint ist das Herzogtum Lüneburg.

¹⁹⁾ Vgl. Richter, S. 39.

²⁰⁾ Vgl. Richter, S. 42.

festigungen der Stadt instand zu halten²¹⁾. Zu erneuter unmittelbarer Bedrohung kam es jedoch bis zur Vertreibung Herzog Heinrichs nicht mehr: man sank „in den latenten Kriegszustand der vorhergegangenen Monate zurück“²²⁾, wenn auch im Frühjahr einige Tausend gardender Knechte, die einen Einfall in das Land Hadeln unternahmen, die Stadt nicht zur Ruhe kommen ließen²³⁾ und man in Hessen auch diesmal für Stift und Stadt Bremen und selbst für die Lehnsherrschaften Esens und Wittmund fürchtete.

Heinrich hatte sich mit seinen Praktiken jetzt mehr den Städten Braunschweig und vor allem Goslar zugewandt, das ringsum von seinem Gebiet umschlossen war. Hier waren die Streitigkeiten sehr alt; „seit den Tagen Heinrichs des Löwen liebäugelten die Welfen mit dem Besitz der Reichsstadt Goslar“²⁴⁾, mit dem ihrer reichen Silbergruben und Forsten. Gegenüber den wiederholten Klagen der bedrängten Städte konnte man auch im Oberland die Ohren nicht verschließen. Herzog Heinrich fahre mit seiner Bedrückung der Städte Goslar, Braunschweig und Bremen derart fort, daß „unserm thail also still zesitzen und zuozesehen je ufs höchst sorglich und besweerlich sein wölte“, schrieb der Rat der Stadt Straßburg 1540 an den Landgrafen Philipp²⁵⁾ und empfahl, die Kurfürsten und Fürsten des Reiches über Heinrichs Praktiken aufzuklären. Zu dieser Aufklärungsarbeit gehörten Flugblätter, die zu hunderten gedruckt und verteilt wurden²⁶⁾. Auch an den Kaiser selbst und an den Erzbischof von Lund, einen seiner Diplomaten, gingen die Klagen, daß der Braunschweiger die drei Städte „sehr belestige“ und „inen sovil uberlast“ tue²⁷⁾. Diese Belästigungen — Gefangensetzung von Bürgern, Sperrung der Lebensmittelfuhr und dergleichen — verschärften die Lage, zumal es Heinrich gelang, einen gegen Goslar angestregten Prozeß mit der Ächtung der Stadt zu beenden. Die Folge war, daß der Bundestag der Schmalkaldener in Naumburg Ende 1540 Braunschweig eine sofortige Unterstützung zusprach. Die geforderte Hilfe für das geächtete Goslar stieß dagegen auf die Ablehnung der oberländischen Stände; selbst Hamburg nahm eine abwartende Haltung ein, und nur die „nächstgesessenen Stände“, also wohl Braunschweig, Göttingen, Hannover und vielleicht Lüneburg, traten für eine Hilfe ein. Bremen war bei den Verhandlungen nicht beteiligt²⁸⁾, wir wissen nicht, warum; einige Monate später aber äußerte sich

²¹⁾ Br. A. b. 2. 18. 1540/1544: Berechnungen von Auslagen Daniels von Büren für Arbeiten an den Befestigungswerken.

²²⁾ Richter, S. 48.

²³⁾ Renner II, S. 294. — H. Ch. Nr. 660.

²⁴⁾ Brandi, Reform., S. 296.

²⁵⁾ P. C., S. 8: 1540, Januar 14.

²⁶⁾ So durch Jo. Fr. in Regensburg 1541 — Mentz II, S. 306. Die durch ihre ständigen Wiederholungen und endlosen Aufzählungen von Schimpfworten ermüdenden Schriften sind — im Ton etwas gemildert — gedruckt bei Hortleder Bd. II.

²⁷⁾ Lenz, Ph. u. B. I, S. 474.

²⁸⁾ Vgl. Bruns, S. 48 f.

der bremische Bürgermeister Diedrich Vasmer in Regensburg zustimmend zu dieser Frage, „es sei fast dasselbe, ob Goslar mit offener Gewalt oder unter dem Schein des Rechtes beschwert würde“²⁹⁾.

Wichtig war für die Absichten der Schmalkaldener, daß sich der Kaiser — auf Türkenhilfe angewiesen — bestimmen ließ, die Acht gegen Goslar zeitweilig aufzuheben³⁰⁾. Heinrich nahm davon kaum Notiz. Während er sich Braunschweig gegenüber mäßigte³¹⁾, sollten sich gegen Goslar seine „streifenden rotten . . . also halten, das man entsetzen vor inen haben muß“³²⁾. Nichts konnte Philipp besser in seine Pläne passen, ging es doch darum, Heinrich möglichst ins Unrecht zu setzen. Wie bedenkenlos der Landgraf dabei vorging, zeigt die Aufforderung an Goslar im Juni 1542, dem Herzog noch mehr Gelegenheit zu Gewalttätigkeiten zu geben³³⁾.

Obwohl der Bund schon im Frühjahr 1541 wieder zum Krieg entschlossen war, dauerte es bis zum Sommer des folgenden Jahres, bis der entscheidende Schlag erfolgte. Auf den Bundesversammlungen während der Reichstage von Regensburg und Speyer war das Thema zwar immer wieder behandelt und die Pflicht, den bedrängten Städten zu helfen, anerkannt worden; die praktischen Folgerungen aber ließen auf sich warten. Es geschah auf Antrieb der Bundeshauptleute, daß man sich endlich über die ständigen Einwände hinwegsetzte.

Mitte Juni 1542 wurden die Kriegsräte des Bundes zum 8. Juli nach Eisenach geladen³⁴⁾. Wir wissen nur, daß Bremen dort vertreten war, wie es überhaupt kaum eine Tagung in diesem Jahrzehnt gibt, zu der Bremen nicht pflichtschuldigst einen oder meistens sogar mehrere Vertreter entsandt hätte. Sicher war es in Eisenach Bremens Kriegsrat Seboth (Segebade) Fridag, der wenig später mit sieben gerüsteten Pferden am Kriegszug teilnahm³⁵⁾.

Die letzten Entschlüsse der Fürsten wurden gefaßt, bevor die Kriegsräte versammelt waren. Am 18. Juli empfing Heinrich die Fehdebriefe des Kurfürsten und der Stadt Braunschweig, am folgenden Tage die Hessens und Goslars³⁶⁾.

Der Herzog dachte an keinen Widerstand, er ließ seine festen Häuser mit starker Besatzung zurück und verließ sein Land, um Bundesgenossen zu werben, während die protestantischen Truppen ins Land fielen, „um es zunächst greulich zu verwüsten“³⁷⁾. Der Einzug in Wolfenbüttel am 13. August beendete den Krieg, ehe er richtig begonnen hatte.

²⁹⁾ Bruns, S. 81.

³⁰⁾ Vgl. Koldewey, Heinz v. Wolfenb., S. 11, 1541, Jan.

³¹⁾ Bruns, S. 64: Bericht Bra.'s v. 11.—16. März 1541.

³²⁾ Bruns, S. 64, Anm. 3: 1541, März 11. H. an Balthasar Stechau.

³³⁾ Lenz, Ph. u. B. III, S. 160, Anm. 1.

³⁴⁾ P. C. III, S. 268 f.

³⁵⁾ Bra. A. 19.

³⁶⁾ Vgl. Egelhaaf II, S. 410. — Hortleder II, S. 771 ff.

³⁷⁾ Brandi, Reform., S. 296.

Die Heeresmacht der Verbündeten war auch von einer solchen Stärke, daß ein Widerstand kaum Erfolg gehabt hätte und den oberländischen Städten, die sowieso protestierten, daß man über ihren Kopf hinweg gehandelt hatte³⁸⁾, wegen der Kosten angst und bange wurde³⁹⁾. Die Hauptmasse der Truppen stellten Johann Friedrich und Philipp, schon um durch ein schnelles Sammeln der Knechte den Vorteil der Überraschung zu wahren. Die Aufforderung Philipps an Bremen und Lüneburg, die Werbung von Knechten in ihrem Gebiet zu gestatten, hatte Lüneburg abgelehnt. „Mit Freuden aber griff die Stadt Bremen zu. Eifrig nahm die Stadt an den Kriegsvorbereitungen teil, warb selbst Knechte an und schoß Geld vor“⁴⁰⁾.

Da, von Einzelbelegen abgesehen, kaum Unterlagen über die Finanzen der Stadt in dieser Zeit erhalten sind, wird sich nie ein lückenloses Bild über Bremens geldliche Leistungen gewinnen lassen. Die Feststellung Schaafhausens⁴¹⁾, daß „in Cassel denkbar schlecht gerechnet und Buch geführt wurde“, wird jeder, der sich mit den Akten befaßt, ohne Bedenken auf die gesamte Finanzwirtschaft des Schmalkaldischen Bundes ausdehnen. Der Bremer Ratsherr Hinrich Trupe bestätigt im September 1542 (wohl auf dem Tag zu Braunschweig) den Empfang von 634 Gulden und 7 Groschen „herkommende von wegen deßjennen, so ein erb. Radt . . . up itlige Landtzknechte anher gegen Brunsvig tho ferdigen, vorlecht heft“⁴²⁾. Da wir auch von Hamburg hören, daß es an dem Feldzug beteiligt war⁴³⁾, war das Gerücht, das im Frühjahr 1542 im Oberland umging, begründet, „das die handtstett (!) wider hertzog Hainrich in ristung stan“⁴⁴⁾.

Den Mangel an Büchsenmeistern beim Heer konnte Bremen lindern, indem es nach Aufforderung der Hauptleute zwei seiner Büchsenmeister für den Feldzug zur Verfügung stellte⁴⁵⁾. Bedeutender war aber wohl die Geldhilfe der Stadt, die Ende Mai dem Landgrafen 6000 „gute reinsche goltgulden“ vorstreckte⁴⁶⁾.

Bei den Zahlungen der regelmäßigen Bundesbeiträge war Bremen dagegen

³⁸⁾ Vgl. Schaafhausen, S. 66.

³⁹⁾ P. C. III, S. 287. 1542, Juli 27. Ulm an Straßburg.

⁴⁰⁾ Diese Angabe Schmidts (S. 213) nennt leider nicht die Quelle, läßt sich also nicht nachprüfen.

⁴¹⁾ S. 4.

⁴²⁾ Diese Summe erscheint als 601 fl. 6 gr., verwandt für etliche Hauptleute und Kriegsknechte, in der sächsischen Kriegsrechnung als Zahlung an Br. (Bra. A. 19). „Etliche Hauptleute“ würde auf mehrere Fähnlein hindeuten, die Summe erscheint dann aber als Besoldung zu gering; vielleicht war es ein Handgeld, dem am Musterplatz Sold und Vertrag zu folgen hatte.

⁴³⁾ Tratziger, S. 280: „... darunter die von Hamburg auch waren“.

⁴⁴⁾ Lenz, Ph. u. B. III, S. 202.

⁴⁵⁾ Vgl. Renner II, S. 302: Franz Renner u. Hans von Ritberge.

⁴⁶⁾ Br. A. b. 2. 16. 1542, Mai 23. Ph. verpflichtete sich, die Summe bis Exaudi 1544 zurückzuzahlen, ließ die Frist dann immer weiter verlängern, zuletzt im Juli 1546 (K. 1719). Es ist fraglich, ob sie jemals zurückgezahlt wurde.

säumig. Es erlegte zwar den ersten Doppelmonat in Höhe von 6400 Gulden⁴⁷⁾, dagegen den zweiten nicht, der vor allem für den Braunschweiger Zug herangezogen wurde⁴⁸⁾. Dies hatte seinen guten Grund, waren die Stände doch der Stadt 12 000 Gulden schuldig, davon 5000 für die Abtreibung von Garden, wie man gerade in Speyer (April 1542) ausdrücklich bestätigt hatte⁴⁹⁾.

Daß Bremen seine eigenen Mauern während des Feldzuges nicht ungeschützt ließ, versteht sich von selbst. Graf Anton und Erzbischof Christoph waren unsichere Nachbarn. Dieser war schon Ende Juli aus dem Feldlager von Philipp ermahnt worden, sich bei dem bevorstehenden Zug ruhig zu verhalten, wofür dem Stift Frieden zugesichert wurde⁵⁰⁾. Tatsächlich rührte auch Christoph keine Hand für seinen Bruder, saß vielmehr „in grossen Sorgen und Ängsten“, wie der Chronist berichtet⁵¹⁾, und beeilte sich, nach dem Siege in einer förmlichen Verschreibung dem Landgrafen zu versichern, daß er weder seinem Bruder geholfen habe, noch es in Zukunft zu tun gedanke⁵²⁾. Ähnlich verpflichtete sich Anton, der seinen Schwager zunächst bei sich aufgenommen hatte⁵³⁾, am 24. August zur unbedingten Neutralität⁵⁴⁾. Die Drohungen Philipps⁵⁵⁾ zwangen Heinrich, das Land Oldenburg zu verlassen und sich nach Bayern zu begeben.

Der Braunschweiger Feldzug von 1542 hat von den Zeitgenossen wie von späterer Forschung schärfste Kritik erfahren⁵⁶⁾. Zweifellos war mit der Vertreibung Heinrichs die Braunschweiger Frage durchaus nicht gelöst, vielmehr

⁴⁷⁾ Die Höhe eines Doppelmonats betrug nach Br. A. b. 4. a. im Sächs. Kreis: Sachsen 28 000 fl, Lüneburg, Anhalt, Mansfeld, Nassau 14 000, Pommern 18 200, Br. 6340 (6400), Hbg. 17 400, Goslar 3940 (3740), Magdeburg 7140, Bra. 7140, Einbeck 1400, Göttingen 1940, Hannover 1200, Minden 800 (Hildesheim 1000) (Die Ziffern in Klammern nach Gerber, S. 247, Anm. 1), im Oberländ. Kreis: Hessen 28 000, Württemberg 18 200, Straßburg, Ulm, Augsburg je 10 000, Frankfurt 6000 usw. (Ebenso Lenz, Ph. u. B. II, S. 98).

⁴⁸⁾ Bra. A. 19.

⁴⁹⁾ Br. A. b. 2. 15. 1542, April 14. Or. Hinzu kommt eine kleine, gedoppelte Anlage (= reichlich 20 000 fl), die der Stadt für den Krieg gegen Balthasar bewilligt, aber nicht ausgezahlt worden war. Vgl. P. C. III, S. 272, 283, 294—295.

⁵⁰⁾ H. A. 105b. 18. 1542, Juli 28: Ph. an Chr. Or.

⁵¹⁾ Spangenberg, C. V. 1542.

⁵²⁾ H. A. 22. 1542, Sept. 3. Kop. — K. 1710, Juli, Sept.

⁵³⁾ Vgl. S. 15.

⁵⁴⁾ O. U. 734. 1542, Aug. 24.

⁵⁵⁾ Vgl. Hamelmann, S. 328: Ph., „der damals in dem Ansehen durch ganz Teutschland war, daß sich alle Fürsten und Herren, so nicht im Schmalkaldischen Bunde waren, vor ihme fruchteten“, drohte Anton, „die Morgensuppen mit ihme zu essen“.

⁵⁶⁾ Winckelmann (S. XV) spricht vom „ungemein zersetzenden Einfluß der braunschweigischen Fehde mit ihren Folgen auf den Bund“. — Mentz II, S. 379: die braunschweigische Frage habe „immer wieder zerstörende Wirkung im Bund“ ausgeübt. — Schaafhausen, S. 6: „Die Braunschweigischen Wirren trugen den Keim der Auflösung in ihn (den Bund)“.

wurden die Bundesglieder zu immer neuen Anstrengungen gezwungen, was vielfach zu Erbitterung und Uneinigkeit führte. Besonders Philipp warf man trotz aller gegenteiligen Versicherungen vor, daß er mit der Eroberung Braunschweigs eigennützige Ziele verfolgt habe⁵⁷⁾, wenn er auch materiell kaum viel dabei gewonnen hatte. Die Kriegskosten wurden nur unwillig getragen, zumal das eroberte Land, das man „in eine keineswegs geordnete Verwaltung“ genommen hatte⁵⁸⁾, sich und die Besatzung der festen Häuser nicht selbst unterhalten konnte und Zuschüsse erforderlich waren. Die Herzöge von Pommern und Ulrich von Württemberg, der mit Heinrich verwandt war, waren verstimmt und suchten das Land wenigstens den Kindern des Herzogs zu erhalten.

Die kaiserliche Politik schlachtete den Feldzug propagandistisch für sich aus und versuchte, wie man schon auf dem Braunschweiger Tag von 1542 befürchtete⁵⁹⁾, ihn zur Trennung der Einungsverwandten zu benutzen, ja Karl erklärte 1546 die Braunschweiger Fehde als den entscheidenden Kriegsgrund.

Dies alles zugegeben, liegen doch die Gründe für die Uneinigkeit des Bundes und sein endliches Versagen viel tiefer, in ihm selbst, in den verschiedenen, oft auseinanderstrebenden Interessen der Bundeshauptleute, der Fürsten und Städte, der Nord- und der Oberdeutschen, die sich immer nur zeitweilig auf einen Nenner bringen ließen. Wenn die hessischen Räte vom Reichstag in Speyer 1542, also vor dem „verhängnisvollen“ Feldzug, an ihren Herrn schrieben: „Es ist in Wahrheit in unserm, der Einungsverwandten Rat ein erbärmlich Ding und keine Beständigkeit, jedermann sieht auf seine Gelegenheit, und ist ein zerrüttet Wesen unter uns, der eine will da hinaus, der andere dort hinaus“⁶⁰⁾, so ist das keine Klage, die in ein bestimmtes Jahr einzuordnen wäre. Läge uns dieses Schreiben undatiert vor, könnten wir es ebenso gut für 1540 wie für 1543 oder 1546 ansetzen. Die braunschweigische Fehde machte nur diese inneren Gegensätze sichtbarer und mußte daher für alle Belastungen, Enttäuschungen und allen Ärger erhalten. Dabei hatten die Jahre vorher doch genugsam bewiesen, daß man auch ohne diese Gewaltmaßnahme weder im Norden Ruhe gehabt hätte, noch um eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Kaiser herumgekommen wäre. Die unglaublich günstige Lage, in der sich die Schmalkalder beim Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges befanden, wo sie den Sieg schon in der Hand hatten, wurde erst ermöglicht durch diesen Feldzug von 1542, der die letzte beachtenswerte katholisch-habsburgische Bastion im

⁵⁷⁾ Vgl. Hasenclever, K. V., S. 28. Ein Vorwurf, der verständlich war. Ph. schlug anfangs vor, den Bund bei der Fehde unter Umständen ganz aus dem Spiel zu lassen, da der Gewinn dann um so größer würde. Lenz, Ph. u. B. III, S. 157.

⁵⁸⁾ Brandi, Reform., S. 296.

⁵⁹⁾ Br. A. b. 3. 1. 1542, Aug. 26: Proposition des Bra. Tages.

⁶⁰⁾ Heidrich, S. 80.

Norden brach und daher den Zug der Bundeshäupter nach Süden und die Vereinigung der gewaltigen Heeresmasse des Bundes im Oberland erst ermöglichte. Auch wären kaum Leistungen an Truppen und Geld von den niederdeutschen Städten nach dem Süden erfolgt, wenn man eine feindliche Macht in unmittelbarer Nähe gewußt hätte.

Nachteile und Vorteile dieser Fehde mögen sich die Waage halten; nach jahrelangen, ermüdenden Verhandlungen war es aber endlich einmal ein tatkräftiges Unternehmen, das die entschlußfeindliche Bundespolitik unterbrach.

4.

Die Rückeroberungsversuche Herzog Heinrichs 1543—1545

Die Beseitigung des Unruheherdes in Norddeutschland hatte nicht den gewünschten Erfolg, im Gegenteil: ging es Herzog Heinrich vorher nur darum, seine Macht auszudehnen, so stand der Vertriebene jetzt vor der Aufgabe, das Land, das jahrhundertlang im Besitz seiner Familie gewesen war, zurückzuerobern. Hatten die Schmalkaldener vorher schon seine Hartnäckigkeit und Ausdauer kennengelernt, so durften sie sich jetzt erst recht keinen Augenblick sicher fühlen und sich ihres Besitzes freuen.

Gleich nach dem Feldzug versammelten sich die einungsverwandten Stände in Braunschweig. Entsprechend der Bedeutung des Tages entsandte Bremen gleich drei Vertreter, den Bürgermeister Arendt Esich, den Ratsherrn Hinrich Trupe und den Sekretär Martin Michaelis¹⁾. Wie schon in Regensburg und Speyer kämpften sie auch hier vergeblich um die Hilfgelder, die die Bundesstände der Stadt für den esenschen Krieg zugesprochen gehabt hatten²⁾. Bremen habe in diesem Krieg gesiegt und einen vorteilhaften Frieden abgeschlossen, das eroberte Land sei dem Bund nicht von Nutzen, bei der Bewilligung der Hilfe sei man nicht dabei gewesen — so und ähnlich lauteten die Entschuldigungen der einzelnen Stände³⁾. Obwohl die Hauptleute immer wieder mündlich und schriftlich für Bremen eintraten⁴⁾, wurden die bremischen Forderungen weiter vertagt, und die hohen Kosten des braunschweigischen Feldzuges rückten die Erfüllung jetzt erst recht in weite Ferne.

Die Vertreibung Heinrichs hatte die Stellung der Altgläubigen im Norden schwer erschüttert; besonders Erzbischof Christoph mußte befürchten, daß

¹⁾ Bra. A. 8. 280 ff. 1542, Dienstag nach Nativitatis (Mariae, 12. Sept.): Abschied des Tages zu Bra. Kop. — Br. A. b. 3. 1. 1543, Aug.—Sept.: Akten, die Bra. Zusammenkunft betr.

²⁾ Vgl. S. 30, Anm. 49.

³⁾ Vgl. Bra. A. 12. 1544, Juni 11: Abschied von Speyer. Kop.

⁴⁾ Vgl. Bra. A. 9. 355 ff. 1542, Juli 14: Joh. Fr. u. Ph. an Bra. Or.

ihm eines Tages das gleiche Schicksal blühen könnte. Diese Lage nutzte Bremen aus, indem es in Braunschweig eine Supplikation übergab, die eine weitere Reformierung der bremischen Kirchengüter erstrebte. Schulen, Prediger und Arme mußten in der Stadt von milder Hand unterhalten werden, da die Pfründen durch den Erzbischof entfremdet würden. Die Gesandten kündigten daher die Übernahme dieser Pfründen durch die Stadt, die Aufrichtung „christlicher Lehren und Zeremonien“ in den Pfarrkirchen und Klöstern der bremischen Gebiete und im Stift an, sowie die Einführung „christlicher Ordnung“ im Kloster Lilienthal und baten um die Zustimmung des Bundes.

Da die Kirchengüterfrage ein sehr heikler Punkt und eine Einigung mit den Altgläubigen hier am schwersten zu erzielen war, hatte der Bundestag in Schmalkalden 1540 verfügt, daß Kirchengüter nur zur Unterhaltung von Pfarren, Schulen, Armen, Spitälern und dergleichen verwandt werden dürften⁵⁾. Wir sehen, daß Bremen sich zumindest in der Begründung seiner Pläne an diese Bestimmung hielt.

Der Braunschweiger Abschied enthält keine ausdrückliche Billigung der bremischen Absichten; man wird dieser Frage auch kaum viel Zeit gegönnt haben, gab es doch wichtigere Fragen zu lösen, die für die nächsten Jahre das Bundesleben bestimmen sollten: die Rechnung des Braunschweiger Zuges, die Bestellung des Landes, die Rechtfertigung des Unternehmens vor Kaiser und Reich und die Abwehr zu erwartender Angriffe Heinrichs.

Wir können die ersten drei Punkte hier nur kurz umreißen, beim vierten müssen wir desto länger verweilen. Wie schon oben angedeutet, machte die Erledigung der Rechnung der „Braunschweiger Defension“, wie diese „Offensive“ von den Schmalkaldenern genannt wurde, unvorstellbare Schwierigkeiten. Was an Kraft, Zeit und Geld in den jahrelangen Verhandlungen vergeudet wurde, machte gewiß keinen kleinen Teil der Gesamtrechnung aus. Es hat wenig Sinn, diese Verhandlungen (deren Unterlagen fast vollständig vorliegen) hier im einzelnen zu verfolgen; es genügt zu wissen, daß die Stände, nachdem man den Fürsten einiges von ihren Forderungen abgerungen hatte, auf der Zusammenkunft in Worms im Frühjahr 1545 die Hauptrechnung abschließen konnten⁶⁾. Drei Jahre hatte man also dazu gebraucht.

⁵⁾ Vgl. Kurt Körber, Kirchengüterfrage und Schmalkaldischer Bund. Schrift. d. Ver. f. Ref.-Gesch., Bd. 111/112, Leipzig 1913. — Br. ging in dieser Frage auch ohne ausdrückliche Zustimmung seiner Einungsverwandten seinen Weg: säkularisiertes mittelalterliches Kirchengut hat es ausschließlich für Zwecke der Kirche, der Schule und der Armenpflege verwandt, so schon 1528 bei der Gründung der Lateinischen Schule; 1545 schloß es mit den bremischen Unterstiftern einen förmlichen Vertrag über derartige Verwendung solchen Gutes. Vgl. Friedrich Prüser, Die Güterverhältnisse des Wilhadi-Stephani-Kapitels in Bremen, II. Teil. Brem. Jb., Bd. 31, S. 108 ff.

⁶⁾ Br. A. b. 3. 46 ff. 1545, Febr.—Juli, Worms. — Br. befand sich in dem Ausschuß, der die Rechnungen in Worms zu bearbeiten hatte. — Bra. A. 14. 1545, Febr. 2: Protokoll.

Besonders die Bundeshauptleute wurden durch die kleinliche Behandlung ihrer Abrechnungen verärgert und verloren alle Lust an der Weiterführung ihres Amtes. Vieles hätte man sich ersparen können, wenn alle Gesandten für die Verhandlungen in dem Sinne beauftragt worden wären, wie es uns von Bremen bekannt ist: die Rechnung, die Braunschweiger Defension betreffend, sollten sie eins gegen das andere aufgehen lassen. Es sei ihres Erachtens, erklärte der Rat, daß den Ständen „mit Churfürsten vnd fursten . . . deshalb viel zu disputieren und die Ding gross anzuziehen nit gelegen sein will“, da man die Fürsten bei gutem Willen erhalten müsse. Daß sie etwas erobert und zum Teil noch in den Händen hätten, „das sei, was es wolle“. Sie glaubten, daß die Fürsten keinen großen Vorteil aus den Dingen ziehen würden. Könne die Summe gemindert werden „ohne Bewegung der Herren“, sollte es natürlich geschehen⁷⁾.

Das eroberte Land, mit dem man eigentlich nichts Rechtes anzufangen wußte, wurde einem vom Bunde eingesetzten Statthalter, Bernhard von Mila, und einem Verwaltungskörper unterstellt. Als Hauptaufgabe betrachteten die Schmalkaldener die Reformation des Landes. Diese wurde ebenso wie die Verwaltung mit „Härte und Eigennutz, Rücksichtslosigkeit und Brutalität“⁸⁾ durchgeführt. So wurden überall im Lande die Glocken aus Kirchen und Klöstern geraubt und eingeschmolzen. Der bremische Bürgermeister Diedrich Vasmer kaufte allein von der Glockenspeise fast 800 Zentner, war also wohl einer der Hauptabnehmer⁹⁾. Schon im September 1542 klagte daher Luther: „Laetissima ista victoria mihi et aliis rumoribus foedatur. Tanta enim et nostrorum et magnorum rapacitas narratur, ut mihi metus incidat, ne quando blandis conditionibus potius suum Mezentium¹⁰⁾ (Heinrich) repetant provinciales, quam istas ferant rapinas . . . Principes severissimam disciplinam servant, sed hoc indomitum genus hominum quid curet disciplinam“¹¹⁾.

Die anfängliche Hoffnung, in der Bevölkerung des Landes selbst mit der Zeit einen Rückhalt gegen Wiedereroberungsversuche des Herzogs zu gewinnen, verblaßte daher mehr und mehr. Rechtlich war der Braunschweiger Zug Landfriedensbruch; so wurde er jedenfalls vom Reichskammergericht betrachtet. Die Herren und Städte des Schmalkaldischen Bundes, darunter

⁷⁾ Br. A. b. 4. a. Ohne Datum (Anfang 1544), Konz.: Instruktion für den Rats Herrn v. Mandelsloh, Syndikus Rolwagen und Ratssekretär Gercken für den Tag zu Speyer. Auf seinem Recht blieb Br. allerdings bestehen, d. h. es forderte 1545 noch genau so hartnäckig die Bezahlung seiner Forderungen und die kleine gedoppelte Anlage wie 1540.

⁸⁾ Koldewey, Reform., S. 296.

⁹⁾ Bra. A. 14. 1544, ohne Datum: Bericht Bernhard v. Milas in Worms: 781 Ztr. 81 Pfund für 4102 fl 4 Ort.

¹⁰⁾ Vergil, Aeneis: grausamer etruskischer König. Vgl. Pauli-Wissowa, Real-Enzykl., Bd. 15, 2, Sp. 1511 ff.

¹¹⁾ Koldewey, a. a. O., Anm. 38.

auch Bremen, wurden daher zum 26. Februar 1543, als „ersten, andern, dritten, letzten, und endtlichen Rechtstag“, vor das Kammergericht zitiert¹²⁾.

Der Kampf der Schmalkaldener gegen das Reichskammergericht zieht sich durch die gesamte Geschichte des Bundes. Daß seine Entscheidungen, solange es nur von katholischen Richtern besetzt und auf alle den Protestanten feindliche Reichsabschiede verpflichtet war, in Religionsfragen nicht verbindlich sein konnten, darüber waren sich die Schmalkaldener einig. Schon 1533 hatten sie beschlossen, das Gericht wegen Parteilichkeit in diesen Fragen abzulehnen¹³⁾, und in der Folgezeit hatten sie immer wieder seine Reform gefordert, ohne doch mehr als lahme Versprechungen zu erhalten. Die Bundeshauptleute strebten deshalb eine völlige Ablehnung des Gerichtes an — also auch in weltlichen Streitfragen —, stießen dabei aber auf den Widerstand der Städte. Abgesehen von den vielen Mängeln, die dem Kammergericht anhafteten, war es doch eine Einrichtung, mit deren Hilfe Streitigkeiten friedlich beigelegt werden konnten und auch die Schwächeren Aussicht hatten, Recht zu erhalten. Bremen verhandelte seine Lehensansprüche im Harlinger Land gegen Ostfriesland vor dem Kammergericht, und wenn auch König Ferdinand und später selbst sein kaiserlicher Bruder die Entscheidung des Gerichtes gegen Bremen zu beeinflussen suchten¹⁴⁾, so war man doch für die Dauer des Prozesses vor kriegerischen Verwicklungen in dieser Frage sicher. Die Bundeshauptleute boten als Ausgleich den Beistand des Bundes auch in weltlichen Streitfragen an¹⁵⁾; aber war auf diese Hilfe im Notfall mehr Verlaß, als auf eine gerechte Entscheidung des Kammergerichtes? Vielleicht hat die Anklage wegen der Vertreibung Heinrichs den Ausschlag gegeben, daß man diese Bedenken zurückstellte. Während die Städte im Juli 1542 noch die völlige Ablehnung in eine bloße Protestschrift abgewandelt hatten, wurde im November beschlossen, das Kammergericht auch in weltlichen Angelegenheiten zurückzuweisen und seinen Unterhalt zu verweigern. Auch die bremischen Gesandten Vasmer und Gercken unterzeichneten diesen Entschluß¹⁶⁾; doch äußerte die Stadt im Frühjahr 1543 erneut ihre Bedenken gegen diesen Schritt wegen ihrer Belange im Prozeß gegen Ostfriesland¹⁷⁾. Noch 1545, bei den Bundesverhandlungen während des Reichstages zu Worms, kam es über diese Frage zu einer häßlichen Auseinandersetzung Bremens mit der Schwesterstadt Hamburg, die Bremen zu „vorungelimpfen“ suchte, wie der bremische Sekretär im Protokoll niederschrieb. Bremen habe zum Nachteil des Bundes trotz

¹²⁾ Br. A. b. 3. 1542, Okt. 9: Joh. Fr. u. Ph. an Br. Or. — Bra. A. 11. Anlage. 1542, Dez. 18. Kop.

¹³⁾ Vgl. Körber, a. a. O., S. 104.

¹⁴⁾ Br. A. ad W. 19. a. 1542, Aug. 15: Ferdinand an das Kammergericht. Or. — 1543, Sept. 27: K. an Kammergericht. Or.

¹⁵⁾ Br. A. b. 3. 7: Nürnberger Abschied 1543.

¹⁶⁾ Br. A. b. 3. 5. — Bra. A. 8. 354 ff.: Schweinfurter Bundestag.

¹⁷⁾ K. 1717. 1543, Mai. — Br. A. b. 3. 12. 1543, Mai 15: Antwort Ph.'s.

der erfolgten Ablehnung weiter am Kammergericht prozessiert und sich damit eines unchristlichen Verhaltens schuldig gemacht, so lautete der Vorwurf. Der Zorn der Hamburger ist verständlich, wenn wir hören, daß es Hamburg war, gegen das Bremen in einer Kornverkaufsfrage Klage beim Kammergericht führte. Der Prozeß hatte schon begonnen, als die Schmalkaldener beschlossen, das Gericht abzulehnen, und Hamburg hätte es für christlicher gehalten, wenn Bremen die Klage stillschweigend hätte fallen lassen. Wenn der lüneburgische Kanzler die Auseinandersetzung schließlich abbrach, weil der Streit nicht auf den Bundestag gehöre, dann brachte er zum Ausdruck, was auch der spätere Beobachter immer wieder spürt: daß nämlich das Eintreten für das Ansehen des Bundes und die wahre christliche Idee nur zu oft ein Mäntelchen waren, in das man eigene Interessen einhüllte¹⁸⁾.

In den kritischen Tagen des Jahres 1542, als es noch offen stand, ob sich der Krieg ausweiten, ob der Nürnberger Bund etwa für Heinrich eingreifen würde, gelang es den Schmalkaldenern, von König Ferdinand Sicherheit von Reichs wegen für dies Unternehmen zu erhalten¹⁹⁾. Sicher glaubte der König, das schmalkaldische Heer gegen die Türken verwenden zu können, wie Karl V. es zum Schutze der Niederlande einzusetzen hoffte²⁰⁾. Zur Verantwortung vor Kaiser und Reichsständen zeigten sich die Verbündeten jederzeit bereit; einer „Restitution“, die Heinrich beim Kaiser forderte²¹⁾, waren dagegen vor allem die Bundeshäupter völlig abgeneigt. Gott habe diesen Sieg verliehen, so sagten sie: es sei ihre christliche Pflicht, das Land, das sie „aus des Teufels Banden“ befreit hätten, der wahren Lehre zu erhalten. Weder die Verwendung der Herzöge von Bayern²²⁾ noch die Vermittlungsversuche des Herzogs Moritz von Sachsen²³⁾ führten hier einen Schritt weiter.

Gleich hartnäckig verhielten sich die Fürsten zunächst gegen die „Sequestration“, d. h. die Übergabe des Landes in kaiserliche Verwaltung. Diese schien den oberländischen Städten die beste Lösung, sich aller braunschweigischen Sorgen zu entledigen; die norddeutschen standen dagegen auf der Seite der Hauptleute²⁴⁾. Die „Sequestration“ würde im Grunde auf eine „Restitution“ hinauslaufen, Heinrich im Lande morden, rauben und brennen, „dj prediger als aufrurer vnd ketzer vmbringenn, erhencken vnd ertrencken“; auch im benachbarten Hildesheim wäre dann die Reformation gefährdet²⁵⁾. Trotzdem gewann der Gedanke der Sequestration immer

¹⁸⁾ Br. A. b. 3. 55. 1545, Jan. 14, April 11: Protokoll des bremischen Sekretärs. Or.

¹⁹⁾ Vgl. Hortleder II, S. 806. 1542, Aug. 24.

²⁰⁾ Lanz II, 495. 1542, Aug. 28: K. an Ferdinand.

²¹⁾ Br. A. b. 3. 18. 1543, Aug. 4: K. an die Ges. in Speyer. Kop.

²²⁾ Br. A. b. 3. 4. 1542, Sept. 27—Okt. 10. Kop.: Schreiben der Herzöge Wilhelm u. Ludwig v. Bayern. Antwort der Fürsten.

²³⁾ Br. A. b. 3. 25. 1543, Okt. 6—1544, Jan. 1. Kop. — Brandenburg, Moritz, S. 254 ff.

²⁴⁾ So Br.: Br. A. b. 4. a., ohne Datum (1544): Instruktion für Speyer, Konz.

²⁵⁾ Br. A. b. 3. 25. a. a. O.

mehr Raum, da die Mißerfolge in der Behandlung des Landes, die Kosten der Unterhaltung wie die Gefahr der Rückeroberung wuchsen. Am 1. Juli kam man in Worms darüber zu einer Verständigung mit dem Kaiser²⁶⁾. Die Bedingungen, die die Schmalkaldener daran knüpften, waren nicht unbedeutend²⁷⁾, und daß Karl darauf einging, können wir nur verstehen, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß für ihn der Krieg gegen die Protestanten beschlossene Sache war²⁸⁾, es also galt, die Schmalkaldener durch Entgegenkommen in Sicherheit zu wiegen. Ein genaues Eingehen auf diese Verhandlungen wäre sicher aufschlußreich, da die große Politik, etwa der Zug gegen Cleve 1543, der Krieg mit Frankreich 1544 und die Türkengefahr deutlich darauf eingewirkt haben²⁹⁾.

Unser Thema kann es aber nicht weiterführen, da Bremen — zwar immer dabei, wenn es etwas zu beraten und zu beschließen galt³⁰⁾, — doch hier nur eine untergeordnete Rolle spielen konnte, während es bei den kriegerischen Ereignissen, mehr noch als vor 1542, eine wichtige Stellung einnehmen sollte.

Nachdem die Bundeshauptleute schon im Oktober 1542 die Erlegung eines Doppelmonats angeregt hatten „wid(er) des von Braunschwigs kunfftigen practicken“³¹⁾, ließ man drei Monate später in einem Ausschreiben an die Städte Aufforderungen ergehen, Vorsichtsmaßregeln gegen Herzog Heinrich zu ergreifen³²⁾. Bremen wurde durch Bernhard von Mila mit beträchtlichen Pulvermengen versorgt³³⁾.

Darüber hinaus erhielt die Stadt, die ihren Sekretär zu diesem Zweck an Philipp gesandt hatte, die Erlaubnis, den dritten Doppelmonat in Anbe-

²⁶⁾ Vgl. Hasenclever, Polit. Schmalk., S. 6.

²⁷⁾ Vgl. Br. A. b. 3. 36. 1544, Juli 1: Bundestag Gotha. Instruktion d. Schmalk. Ges. an K. — P. C. III, S. 528. — Brandenburg, Moritz, S. 257. — Br. A. b. 3. 59. 1545, Juni 3—10: Specificatio, was in Worms wegen der Sequestration vorgefallen. Notiz.

²⁸⁾ Le Mang I, S. 5. Nach der Darstellung in K.'s Denkwürdigkeiten war er nach dem Erfolg im geldrischen Krieg 1543 endgültig zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

²⁹⁾ Die Schmalkaldener weigerten sich z. B., Türkenhilfe zu zahlen, bevor H. zur Ruhe gebracht sei. Brandenbg., P. K. 506. 1542, Aug. 22: Joh. Fr. an Moritz.

³⁰⁾ Br. ist vertreten 1542: Bra. (Aug.—Sept.), vgl. oben, S. 32, Schweinfurt (Nov.), vgl. oben S. 35. 1543: Schmalkalden (Juni—Juli): Jodocus Gercken, Bra. A. 10, 233 ff., u. Frankfurt (Sept., Okt.): Gercken, Br. A. b. 3. 21. 1544: Speyer (Jan.—Juli): Instruktion für v. Mandelsloh, Syndikus Joh. Rolwagen, Ratssekretär Gercken, Br. A. b. 4. a.: Rechnung aus Speyer nur für Rolwagen u. Gercken, Br. A. b. 3. 28. Gotha (einberufen nach Arnstadt, Juni bis Juli): Gercken, Br. A. b. 3. 36. Mühlhausen (Juli): Kriegsrat Segebade Fridag, Br. A. b. 3. 35. 1545: Worms (Dez. 44—Aug.): Vasmer, Rolwagen, Gercken, Bra. A. 14, 1545, Aug.

³¹⁾ Br. A. b. 3. 3. 1542, Okt. 9: Joh. Fr. u. Ph. an Br. Or.

³²⁾ K. 662. 1543, Jan.

³³⁾ Br. A. b. 3. 8. 1543, Jan. 20: Empfangsbestätigung für je 30 Faß Rohr- und Grobpulver (3022 u. 2948 lb).

tracht der Gardien um Bremen als Reserve in der Stadt zu behalten, damit man für eine etwaige Gegengarde das Geld nicht erst aus Braunschweig beschaffen müsse. Kein Ort sei so von Knechten umgeben, schrieb der Rat mit Recht in diesem Zusammenhang³⁴⁾. Da war einmal der schwedische Kanzler in Bremen, der für seinen König gegen aufständische Bauern 1500 Knechte geworben hatte³⁵⁾, und im Februar war der Kurfürst von der Pfalz in der Stadt, um Hilfe gegen Dänemark zu werben³⁶⁾. Bedenklicher erschien die Anwesenheit von burgundischen Befehlshabern, die etwa gleichzeitig dort waren und Reiter und Knechte in „großer Anzahl“ annehmen ließen, weil ihrem Vorgehen, „der hauffe werde gegen den König zu Frankreich versamlet“, wenig Glauben zu schenken war³⁷⁾. Der Verdacht, daß Herzog Heinrich hier seine Hand im Spiel habe, war diesmal nicht stichhaltig. Er befand sich im Gefolge des Kaisers und bald mit ihm auf dem Feldzug gegen Cleve, für den wohl auch die Truppen geworben waren. Seine Teilnahme am clevischen Feldzug geschah auf besonderen Wunsch Karls, dem Heinrichs gewaltsame Pläne im Augenblick gar nicht in sein politisches Spiel paßten, da ein Angriff auf Braunschweig eine Ausweitung des clevischen Krieges hätte zur Folge haben können³⁸⁾. Die Hoffnung, die Heinrich wohl mit dem Feldzug verband, daß ihm das kaiserliche Heer nach dem Sieg sein Land zurückerobern würde, erfüllte sich nicht, Karl plante für das nächste Jahr die Abrechnung mit Frankreich und durfte es mit den Schmalkaldenern daher noch nicht verderben.

Heinrich war nicht der Mann, abzuwarten, bis die Zeit reif war; er handelte auf eigene Faust ohne wirksame Unterstützung und daher letztlich mit ungenügenden Mitteln.

Johann Friedrich und Philipp rechneten jetzt mit einem Überfall für den Winter 1543/1544. Seit dem Herbst standen die Protestanten daher ständig in Rüstung und hielten Knechte auf Wartegeld³⁹⁾. Während der Schriftwechsel Bremens in den Jahren bis 1545 wohl eine ständige Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft spiegelt, aber nirgendwo Nervosität verrät, zeigt der Briefverkehr Philipps von Hessen, den wir doch bisher als den klarsten Kopf des Bundes kannten, steigende Unruhe. 1543 beginnend, besonders aber in den beiden folgenden Jahren, ergoß sich eine Flut von Briefen des Landgrafen in die Kanzlei seines Schwiegersohnes Moritz von

³⁴⁾ Br. A. b. 3. 11. 1543, Mai 3: Br. an Joh. Fr. u. Ph. Konz. — Br. A. b. 3. 12. Mai 25: Antwort Ph.'s. Or.

³⁵⁾ Br. A. b. 3. 10. 1543, Febr. 17: Br. an Ph. Konz. Antwort auf seine Anfrage wegen der Werbungen. Br. hofft, daß sie nicht ihrer „einung . . . werden zu gegen sein“. König Gustav bot der Stadt freigebig „immunitates“ und Handelsprivilegien dafür an — Dilich zum Jahre 1543.

³⁶⁾ Vgl. Häpke, S. 219 f., Febr. 28. Er erhielt eine nichtssagende Antwort.

³⁷⁾ Br. A. b. 3. 10. a. a. O.

³⁸⁾ Brandenbg., Moritz, S. 254: K. an Ferdinand.

³⁹⁾ Vgl. Schmidt, S. 218.

Sachsen, um von bedrohlichen Werbungen zu berichten, entsprechend einem zu Oschatz geschlossenen Verträge sich dessen Bereitschaft zur Hilfe ständig neu versichern zu lassen und ihn und seine Räte zur Bereithaltung von Hilfstruppen zu ermahnen⁴⁰⁾. Ein beginnendes Mißtrauen gegen Moritz mag ein Beweggrund dafür gewesen sein.

Heerhaufen finden wir allerdings ständig in Norddeutschland. Nachdem Bremen vorübergehend Rückgang der Werbungen in den Stiftern gemeldet hatte⁴¹⁾, folgten bald Nachrichten, daß Heinrich sich in Oldenburg um dänische Knechte bewerbe⁴²⁾, Graf Anton dagegen in Bentheim Truppen sammle. Mit dem Erzbischof von Bremen, dem Herzog von Lauenburg, Anton von Oldenburg und Franz von Halle plane Heinrich, zunächst Bederkesa, das feste Haus in dem stadtbremischen Gebiet an der Wesermündung, dann Bremen selbst und mit verstärktem Heer die benachbarten Länder anzugreifen, wozu von den Niederlanden Geschütz und Pulver zugeführt werden sollten. Von solchen Plänen berichtete der bremische Sekretär in Kassel. Die Behauptung Bremens, daß man von Bederkesa aus Wursten, Kehdingen, das Alte Land und das Land Hadeln leicht zwingen könne und gleichzeitig „daraus auch beide strome . . . uff und ab zu siegelen verhindern und die zufur aus der sehe benemen kan⁴³⁾“, war wohl übertrieben; doch darf man die Bedeutung der festen Häuser als Rückhalt für weitere Unternehmungen nicht unterschätzen. Die Stadt gab weiter Bericht von ihren Gegenrüstungen, bat um Überlassung von Büchsenmeistern und um Hilfe im Falle eines Angriffs⁴⁴⁾. Bremen, dessen wehrhafte Bevölkerung ja zu gutem Teil zur See fuhr oder im Handel beschäftigt war, nahm auf eigenen Entschluß im Sommer 1544 mindestens ein Fähnlein Knechte und eine Anzahl Reiter (auf jeden Fall über 100) an⁴⁵⁾ und legte dazu 300 Wursthfriesen in die Stadt⁴⁶⁾.

Das Hauptaugenmerk richtete der Bund — und hier ist es besonders wieder Philipp von Hessen, der tätig hervortritt, — auf die dänischen Knechte, die Christian III. im Winter und Frühling 1544 versammelt

⁴⁰⁾ Brandenbg., P. K. 514 ff.

⁴¹⁾ Es handelt sich hier wohl vor allem um eine Privatfehde des Ritters Johann Rohde gegen Chr. H. versuchte in diesem Jahr ohne Erfolg, dessen Truppen zu gewinnen. Vgl. Wiedemann II, S. 101 ff.

⁴²⁾ K. 1524. 1544, April—Juni.

⁴³⁾ Marbg. Arch. 1717, zit. nach Häpke, S. 62, Anm. 1.

⁴⁴⁾ K. 1717. 1544, Juni.

⁴⁵⁾ Br. A. b. 3. 32. 1544, Juli 7. Or.: Ernst v. Lü. an Br. Auf Wunsch Br.'s überbringt Joh. v. Seggerde 104 gerüstete Pferde. — H. A. 93, dsgl. Konz. — Soldlisten Br.'s für v. Seggerde (117 Pferde): Br. A. b. 3. 37. 1544, Aug. 30. Or.

⁴⁶⁾ Diese Angabe bei Spangenberg (C. V. 1544, Pfingsten) erscheint glaubhaft, liegt uns doch aus dem folgendem Jahre ein Schreiben Chr.'s vor an die Vögte des Landes Wursten mit dem Befehl, auf Ansuchen der Stadt Br. dieser 200—300 wehrhafte Männer zuzuschicken (Br. A. b. 3. 64. 1545, Sept. 15. Or.).

hatte⁴⁷⁾ und die nicht in Heinrichs Hände geraten durften. Dieser war nämlich am 21. Juni plötzlich in Flensburg erschienen und hatte sich um die Knechte beworben, wie der dänische König dem Landgrafen mitteilte⁴⁸⁾. Da Christian im Begriff war, seine Truppen zu beurlauben, hatte Philipp Bernhard von Mila befohlen, zwei Werber nach Norden zu senden, die diese nach ihrer Beurlaubung für den Bund annehmen sollten. Das Geld dafür sollten sie in Hamburg erheben⁴⁹⁾. Als Bremen vorschlug, diese Knechte in das Marschland um die Stadt herum zu legen, wo sie von den Bauern eine Zeitlang unterhalten werden könnten, gab Philipp den Auftrag, das Geld in diesem Sinne zu gebrauchen. Bremen selbst sollte über die schon geworbenen Truppen hinaus zwei Fähnlein Knechte und 200 Pferde annehmen⁵⁰⁾. Der Bundestag in Gotha gab den Bundeshauptleuten Vollmachten, wie sie sie in dem Umfang wohl selten bekommen hatten: Philipp und Bernhard von Mila sollten bis Michaelis (29. September) 1000 Pferde bestellen, Philipp nach eigenem Ermessen ein bis drei Fähnlein Knechte annehmen; wenn Heinrich die dänischen Knechte aber ganz oder teilweise erlange, sollten Kurfürst und Landgraf jeder bis zu acht Fähnlein Knechte auf allgemeine Kosten werben⁵¹⁾. Viel ist davon sicher nicht ausgeführt worden. Schon vier Wochen später bei der Tagung der Kriegsräte in Mühlhausen warf man alle Pläne über den Haufen, weil der Kaiser den Hauptleuten versichert hatte, er wolle die Werbungen Heinrichs abstellen, habe er doch selbst Vorteil davon, da die Sequestration bewilligt sei. An Heinrich waren auch wirklich ernste Mandate ergangen, woraufhin er seine Truppen entlassen haben sollte⁵²⁾. Etwa gleichzeitig bestimmte Karl in Speyer grundsätzlich, „daß hinfüro in der Religions- und Glaubenssache . . . niemand den andern befehlen, bekriegen, überziehen solle“, und verlängerte die Suspendierung der Prozesse am Reichskammergericht bis zu einem „gemeinen christlichen freien Konzil in deutscher Nation“⁵³⁾.

Die Lage erinnert an die vor der Vertreibung Heinrichs. Diesmal war man etwas mißtrauischer, wieweit Heinrich kaiserliche Befehle respektieren würde. Bremen und Lüneburg sollten die ihnen bewilligten Truppen beibehalten. Die dänischen Knechte, die die Schmalkaldener schon erworben hatten, wurden dagegen wieder entlassen, ebenso die von Philipp angenommenen Reiter. Im ganzen sah man die Lage auf einmal viel rosiger an, während man bisher geneigt war, in jedem Heerhaufen eine unmittelbare Bedrohung zu sehen und die Heinrich gegebenen Möglichkeiten zu über-

⁴⁷⁾ P. C. III., S. 513. 28 Fähnlein.

⁴⁸⁾ Bra. A. 13. 1544, Juni 26. Kop.

⁴⁹⁾ Bra. A. 13. 1544, ohne Datum: Räte zu Wolfenbüttel an Hbg. Kop.

⁵⁰⁾ Br. A. b. 3. 37. 1544, Juni 18: Ph. an B. v. Mila. Kop.

⁵¹⁾ Br. A. b. 3. 36. 1544, Abschied v. 1. Juli.

⁵²⁾ P. C. III., S. 529 f. — Br. A. b. 3. 35. 1544, Juli 30: Abschied v. Mühlhausen. Or.

⁵³⁾ Brandi, K. V., S. 440.

schätzen. Selbst wenn er, so meinte man, der Sequestration nicht gehorsam sei, würde er nichts auf die Beine stellen können; denn viele seiner Anhänger zögen sich schon von ihm zurück⁵⁴). Was wir von Bremen hören, klingt nicht so vertrauensselig. Die Kriegsrüstungen der Stadt überschritten vielmehr das in Gotha festgesetzte Maß. Die Stadt forderte dafür vom Bund 3000 Gulden; den Rest wollte der Rat selbst erlegen⁵⁵). Anfang Juli empfing man erneut erhebliche Pulvermengen, diesmal von Hessen⁵⁶).

Die Quittungen für Soldzahlungen, die in Bremen vorliegen, geben kein genaues Bild über die Stärke der bremischen Truppen in diesen Sommermonaten 1544. Zahlungen von Juni bis August erfolgten an vier Hauptleute (Michel von Braunsberg, Paul von Heitzfeld (Eisfeld), Bartholomeus von Pretlagen (?) und Herbort von Langen) für ihre Fähnlein. Es müßte uns eigentlich überraschen, den Namen Langens in diesen Empfangsbestätigungen zu finden, wissen wir doch, daß er zu dieser Zeit mit Heinrich in Verhandlungen, wenn nicht in dessen Diensten stand und sich auch im folgenden Jahr unter Heinrichs Obersten findet. Die Erklärung gibt uns eine Feststellung des Herzogs selbst, in Augsburg 1548, in Verbindung mit einer Anklage gegen Wrißberg: auch 1544 habe er Kriegsvolk versammelt, und Herbort von Langen habe versprochen, ihm vier Fähnlein zu werben, diese aber seinen „Wiederwärtigen und Feinden, denen von Bremen zugeführt“⁵⁷).

Hauptmann Hans Witte, der in dieser Zeit in Bremen weilte und im Namen der Bundeshauptleute drei Fähnlein Knechte warb, empfing dafür über 7000 Gulden von der Stadt⁵⁸). Bei der in Worms aufgestellten „Rechnung des Rumors, durch Herzog Heinrich 1544 verursacht“, berechnete Bremen 7738 Taler⁵⁹), und zwar, außer der genannten Summe für die Reiter⁶⁰), Sold für etliche Hauptleute (vielleicht zur Anführung von Bürgerfähnlein) und 381 Knechte für zehn Wochen. Die obengenannten Hauptleute erscheinen in der spezifizierten Rechnung nicht⁶¹), die Stadt wird die Ausgaben für diese vier Fähnlein selbst getragen haben. Wir können also in diesem Sommer mit fünf Fähnlein, mithin etwa 1500 Mann, bremischer

⁵⁴) Br. A. b. 3. 35. a. a. O.

⁵⁵) K. 1525. 1544, Juli.

⁵⁶) Br. A. b. 3. 37. 1544, Juli 4. Notiz: 14 Tonnen, 2 Faß = 48 Zentner zu je 116 Pfd.

⁵⁷) Losius, S. 118.

⁵⁸) Br. A. b. 3. 38. 1544, Aug. 12: 7285 fl 18 Mariengr. — Br. A. b. 3. 37: v. Seggerde bestätigt den Empfang von 3024 Talern u. 55 fl für seine Reiter. Die Quittungen sind sicher nicht vollständig.

⁵⁹) 7283 $\frac{1}{2}$ fl wurden davon anerkannt. Die bremischen Ausgaben sind damit höher, als die Sachsens u. Hessens zusammen.

⁶⁰) Vgl. Anm. 58.

⁶¹) Br. A. b. 3. 59. 1545, Febr.—Juli: Wormser Verhandlungen. Kop.

Knechte rechnen, wozu Bürgerfähnlein, friesische Aufgebote und die Knechte Hans Wittes hinzukommen dürften, zusammen vielleicht 3000 bis 4000 Mann, die im Verein mit den Reitern wohl die Lust an einem Angriff auf die Stadt nehmen konnten.

Es herrschte in diesen Sommermonaten im bremischen Gebiet eine sehr gespannte Atmosphäre. Ein Bericht Wittes⁶²⁾ und die Informationen, die Bremen durch ihn an die Räte in Wolfenbüttel gab⁶³⁾, bringen einiges Licht in die unklaren Verhältnisse. Wenn die Stadt an Hannover schrieb, daß Reiter und Knechte in ihrer Umgebung zwar im Namen des Kaisers geworben würden, aber zweifellos Herzog Heinrich zuständen⁶⁴⁾, so hatte sie damit nur zum Teil recht. Die Hauptmasse der Truppen im Gebiet von Oldenburg und Wildeshausen in Stärke von etwa 4000 Mann gehörte tatsächlich dem Kaiser, der zu dieser Zeit gegen Frankreich im Felde stand. Sie zogen Ende Juli nach Westen ab. An der Aufstellung dieser Truppen hatte Graf Anton von Oldenburg Anteil, der aber gleichzeitig eigene Knechte warb, weil er Angriffe seiner Brüder, unterstützt durch den Landgrafen, befürchtete. Er ließ sich durch Gesandte in Bremen entschuldigen, man möge sein „Vornehmen“ nicht mit Heinrichs Praktiken vermengen. Dieser hatte sich, bevor er nach Holstein ging, einige Rittmeister im Raum um Bremen durch Geld verpflichtet, wie die Stadt aus Verhandlungen mit ihnen erfuhr, während die Masse der Knechte, die sich seinetwegen im Stedinger Land zusammengefunden hatten, bald wieder auseinanderlief, da Heinrich mit Vertrag und Sold zögerte, bevor er der dänischen Knechte sicher war. Aus diesen Truppenteilen hatte Hans Witte wohl seine Fähnlein gebildet. Südlich der Stadt im Gebiet von Hoya und Minden lag ein Haufe von über 1000 Knechten unter Herbort von Langen, die zwar schon Geld von Heinrich empfangen, es aber noch nicht für sich verwandt hatten und sich daher nicht gebunden fühlten. Diese Truppen konnte Bremen also in seine Dienste nehmen. Um die Zahl der rüstenden Parteien noch zu erhöhen und die Verwirrung zu vergrößern, verhielt sich wohl auch Erzbischof Christoph nicht ganz tatenlos; jedenfalls hieß es, er sei plötzlich in das Land Wursten eingefallen⁶⁵⁾ und habe das Geschütz seiner festen Häuser auf Räder bringen lassen⁶⁶⁾.

Die vorhandenen Quellen reichen jedenfalls aus, um die ungeheure Belastung aufzuzeigen, unter der Bremen in diesen Monaten und Jahren lebte⁶⁷⁾. Wir können ohne Übertreibung sagen, daß es die Hauptlast dieser „Rumore“ trug; denn selbst im Winter, als die feindlichen Knechte ver-

⁶²⁾ Bra. A. 13. 1544, Juni 13. Notiz.

⁶³⁾ Br. A. b. 4. a. Ohne Datum. Kop.

⁶⁴⁾ Bra. A. 13. 1544. Juni 10. Kop.

⁶⁵⁾ Bra. A. 13, 1544, Juni 16: Ernst v. Lü. an Räte in Wolfenbüttel. Or.

⁶⁶⁾ Bericht Wittes a. a. O.

⁶⁷⁾ Die Anleihen der Stadt Br. in der Zeit vom 12. Apr. 1542 bis 8. Nov. 1544 belaufen sich — soweit sie bekannt sind — auf rd. 26 000 fl. Vgl. Albers, S. 71.

laufen waren, gebot Philipp der Stadt, die Rüstungen nicht zu lassen⁶⁸⁾. Trotz erneuter Versicherungen von Erzbischof Christoph und Graf Anton von Oldenburg im Sommer, strikte Neutralität beachten zu wollen⁶⁹⁾, fand Heinrich weiter bei ihnen Unterstützung⁷⁰⁾. In Mühlhausen hatte man ernsthaft beraten, ob man diese Herren zur Erstattung der durch die Rüstung entstandenen Kosten zwingen sollte; die Anwesenheit des Kaisers im Reich ließ das jedoch nicht ratsam erscheinen⁷¹⁾.

Das Leben der Stadt, Handel und Wandel, litten schwer in diesem Jahr, und zum erstenmal hören wir Klagen, als Bremen jetzt wegen Bezahlung der ausgelegten Gelder — „ein statlyke Sumen“ — von einem an den anderen gewiesen wurde. Es sei ein Unglück, daß man die Stadt „vor andere“ mit so großen Ausgaben belaste, hieß es: unter den Bürgern sei schon „unwillig vnd verdrotten volck“, da sie ihre „koken“⁷²⁾, wovon sie sich das ganze Jahr ernähren wollten, nicht hätten versorgen können⁷³⁾. Wenn wir an die folgenden monatelangen Verhandlungen in Worms denken und an die mitgeteilten Beispiele für die Geldwirtschaft des Bundes, wird die Hoffnungslosigkeit dieser Bitten um sofortige Zahlung offenbar. Verwundern könnte nur, daß einzelne Bundesstände sich immer wieder bereit fanden, Geld vorzustrecken; aber es waren ja — wie im Falle Bremens — ureigene Belange, um die es dabei ging.

Im Oktober hatte Philipp einen neuen Auftrag für die Stadt, der wieder charakteristisch für das Vorgehen des Landgrafen ist. Die Obersten und Hauptleute Heinrichs von Braunschweig, die die ganze Aufregung des Jahres hervorgebracht hatten, hätten sich gegen den Friedstand des Reiches vergangen: es wäre gut und förderlich für die gemeinsame Sache, wenn einige von ihnen „niddergelegt“ werden könnten. „Doch das sie nit geschlagen (erschlagen) werden!“ fügte Philipp vorsichtig hinzu. Der Rat sollte die Hauptleute mit Fleiß überwachen lassen, sie in ihrer Herberge festhalten und ihm davon Nachricht geben⁷⁴⁾.

Das Jahr 1545, das die endgültige Auseinandersetzung mit Heinrich brachte, leitet ein Bremer Chronist mit den Worten ein: „Magnus et vix unquam (sic) ante gravior belli metus usque adeo desperata pace sub id tempus Germaniam invaserat, ut nemo esset, qui non maxime timendum

⁶⁸⁾ Im Winter waren allerdings die bremischen Bootsleute wieder in der Stadt, so daß Knechte entlassen werden konnten. Vgl. Wiedemann II, S. 101.

⁶⁹⁾ Br. A. b. 3. 35. a. a. O. — K. 1525, 1544, Juli.

⁷⁰⁾ K. 725. 1544, Nov. 20.

⁷¹⁾ Br. A. b. 3. 35. a. a. O.

⁷²⁾ Schiller-Lübben, Mittelniederdeutsches Wörterbuch: alles, was zu Küche u. Hof gehört.

⁷³⁾ Br. A. b. 3. 40. 1544, Nov. 7.: Br. an B. v. Mila, Or. (?).

⁷⁴⁾ Br. A. b. 3. 39. 1544, Okt. 10. — Wohl auf einen ähnlichen Auftrag hin wurde im Nov. 1545 ein Hauptmann (Matthes Mullen), der H. gedient hatte, in Br. in Eideshaft genommen. K. 1718. 1545, Nov.

putaret“⁷⁵). Das Frühjahr verlief jedoch ohne unmittelbare Bedrohung; herrenlose wie geworbene Knechte waren freilich genug im Lande. Der König von Dänemark suchte gegen ihn gerichteter Werbungen wegen um die Hilfe des Bundes nach⁷⁶), und Bremen berichtete von einem Abgesandten Heinrichs, Plato von Helversen, dessen Werbungen man mit Geld entgegengewirkt hätte⁷⁷). Sachsen und Hessen planten daher, sich mit Dänemark, Lüneburg und dem Bischof von Münster wegen gemeinsamer Abwehr zu besprechen. Es ist bezeichnend, wie wenig die Schmalkaldener an unmittelbare Gefahr glaubten, oder wie abgestumpft man gegen solche Gefahren geworden war; denn von den schmalkaldischen Gesandten auf dem Reichs- und Bundestag in Worms traten nur die von Bremen und Lüneburg für diesen Plan ein. Die anderen weigerten sich mit der Begründung, daß die Ansammlung des „losen gesindes“ in jenen Gebieten in jedem Frühjahr stattfände. Man könne nicht „ein jede vergarderung, da man noch nit wiss, ob sie kai. mt. oder wem sie zustehen möchte, aufschlagen oder trennen, sonder das man zavor sehen und wissen soll, ob es diese stend und sachen irer pundnus beruren thue“⁷⁸). Das war an sich sehr vernünftig gedacht; da aber — wie oben angeführt — ein Heer von heute auf morgen einen Herrn annehmen oder wechseln konnte, schien dieser Standpunkt doch etwas kurzsichtig. Eine große Gefahr war mit der ständigen Abwehrbereitschaft allerdings verbunden: die Erschöpfung der materiellen und moralischen Kräfte des Bundes, wie Jacob Sturm es klar erkannte: „... dann sich h. Heinrich alle früling einer solchen praktik understehn, ein geschrei machen und dadurch allwegen mit tausent gulden, die er ufwendet, dise stend umb sechzigtausend gulden bringen möcht, dardurch er dann dise stend letztlich von einander dringen und dieselben vil herter kriegen wurde, dann da er mit hereskraft wider dieselben ziehen solt“⁷⁹).

Mit Mühe und Not gelang es den Hauptleuten bei den Wormser Verhandlungen, die Bewilligung von 3000 Gulden für 600 Reiter zu erhalten, wobei sie die Unterstützung des sächsischen Kreises, darunter die Bremens, fanden⁸⁰). Eine weitere Forderung auf Bewilligung von 3000 Knechten wurde vertagt. Der oberländische Kreis (außer Augsburg) glaubte immer noch, Heinrichs Praktiken auf dem Wege über kaiserliche Mandate unterbinden zu können⁸¹).

⁷⁵) Dilich zum Jahre 1545.

⁷⁶) P. C. III., S. 458.

⁷⁷) K. 1718. 1545, Jan.-Febr.

⁷⁸) P. C. III., S. 558 f.: Jacob Sturm usw. an den Straßburger Rat, 1545, Febr. 6.

⁷⁹) P. C. III., S. 574/575. 1545, März 29. Worms: gutachtliche Äußerung Sturms.

⁸⁰) P. C. III., S. 581. 1545, April 13: Straßburger Rat an Sturm. — Lü., Straßburg, Augsburg, Hbg. u. Br. bearbeiteten diese Frage als verordneter Ausschuß — Bra. A. 14. 1545, März 9. Protokoll.

⁸¹) Br. A. b. 3. 55. 1545, Jan. 14. bis April 11. Worms: Bericht des bremischen Sekretärs. Konz.

An Bremen gab Philipp in diesen Tagen die Anweisung, die in seinem Gebiet befindlichen Hauptleute zu verpflichten, sich nicht gegen den Bund gebrauchen zu lassen, und immer eine Anzahl Knechte bei der Hand zu behalten⁸²).

Während dieser Verhandlungen war der immer rührige Herzog in Frankreich, wo er Franz I. seine Dienste anbot, um Truppenwerbungen für den König von England in Niedersachsen zu zerstreuen. Als ihm dies angeblich gelungen war, erhielt er dafür 3000 Kronen, die er für seine Zwecke verwandte⁸³). Auch mit dem Kurfürsten von der Pfalz verhandelte Heinrich, allerdings ohne Erfolg, um diesen für ein gemeinsames Vorgehen erst gegen Dänemark, dann gegen seine Feinde zu gewinnen⁸⁴). Sein Hauptquartier schlug der Herzog in Köln auf, von wo aus er beiderseits des Rheins Rüstungen betrieb. Graf Anton von Oldenburg soll hier mit schweren Satteltaschen voll Geld zu ihm gestoßen sein⁸⁵). Erzbischof Christoph fand sich ebenfalls ein, und hier knüpfte Heinrich auch die entscheidende Verbindung mit den Obersten von Wrißberg und von Langen an⁸⁶). Vom 5. Juli datiert die Vollmacht Heinrichs für Friedrich Spedt, den der Herzog für die Verhandlungen vorschob, vom 6. der Vertrag zwischen Spedt, Wrißberg und von Langen. Für 4000 Taler sollten bis zum nächsten Jakobstag (25. Juli) 20 Fähnlein (mindestens zu 400 Knechten) und 1000 Pferde erworben und „in gewissem Verspruch“ gehalten werden, bis der Musterplatz genannt würde⁸⁷). Die Werbungen sollten im Namen des Königs von Frankreich erfolgen⁸⁸) und die Truppen in die Stifter Bremen und Verden geführt werden. Hier sollten sie brandschatzen, bis sie endgültige Bestallung bekämen. Was an Stiftern, Häusern und dergleichen erobert würde, sollten sie Heinrich zustellen⁸⁹).

Am 15. August zogen Wrißbergs Truppen in Verden ein, wo sie sich acht Tage gütlich taten und ein paar tausend Gulden erpreßten⁹⁰). Von dort nahmen sie ihren Weg mit etwa 1500 Reitern und 6000 Knechten ins Land Hadeln⁹¹), das den Zug diesmal nicht wie 1541 blutig abwehren konnte,

⁸²) K. 728. 1545, März.

⁸³) P. C. III., S. 651. 2000 Kronen soll H. als Abschiedsgeschenk erhalten haben. Vgl. P. C. III., S. 591.

⁸⁴) Vgl. P. C. III., S. 641 f.

⁸⁵) Vgl. P. C. III., S. 549.

⁸⁶) Vgl. Wiedemann II, S. 101 ff. Spangenberg, C. V. 1545.

⁸⁷) Die Darstellung Havemanns (II, S. 247), daß H. durch Spedt erst an Wrißberg u. Langen herangetreten sei, als sie in Hadeln standen, ist unrichtig. Die Truppen rückten erst im September ins Land Hadeln. 1545, Sept. 10: Ernst v. Lü. an Ph. Vgl. Kiep, Hadeln Chronik, Bd. 1, 1923.

⁸⁸) Dieser lehnte es später ab, etwas mit den Werbungen zu tun zu haben. Vgl. P. C. III., S. 651.

⁸⁹) Vgl. Losius, Nr. 4, 5.

⁹⁰) Auch Joh. Rohde war noch dabei. Vgl. oben, S. 39, Anm. 41.

⁹¹) Kiep, a. a. O., S. 67.

brandschatzten 10 000 Reichstaler und nahmen vor allen Dingen 18 Geschütze weg, derer sie dringend bedurften⁹²). Hier warteten sie Vertrag und Musterung ab, ständig beobachtet von den Kundschaftern der zunächst bedrohten Gebiete. Heinrich klagte später, daß der Landgraf, der Bischof von Münster, der Herzog von Lüneburg und die Stadt Bremen „ohn Underlaß ihre Botschafft in dem Lager gehabt“. Er nahm dies zum Anlaß, Wrißberg des Verrats zu bezichtigen⁹³). Mit der Stadt Bremen hatte dieser irgendein Abkommen getroffen, wahrscheinlich der gegenseitigen Neutralität, die sicher nicht im Sinne Heinrichs war. Am 7. September löste Wrißberg aber „seine Zusagen“, da die Stadt seinen Reitern und Knechten trotz gegenteiliger Versicherung des Rats Paß und Straße verschlosse, und drohte, „datselbe selbst zu eröffnen“⁹⁴).

Das Unternehmen Heinrichs, das nach mühevollen Jahren jetzt in sein entscheidendes Stadium treten sollte, war schon in seinem Anfang schwer gefährdet. Es erwies sich jetzt, daß die Unterstützung, die Heinrich von den verschiedensten Seiten erfahren haben sollte⁹⁵), doch nicht ausreichend war.

Die Unstimmigkeiten mit Wrißberg hatten ihren Grund vor allem im Geldmangel. Mit der Vertröstung auf Geldsendungen, die er aus Antorff (Antwerpen) erwarte, suchte Heinrich ihn und seine Truppen hinzuhalten⁹⁶). Anfang September bestellte der Herzog seinen Bruder Christoph und Wrißberg zu einer Unterredung ins Kloster Neuenwalde⁹⁷), um dann am 17. September in Otterndorf endlich in aller Form den Oberbefehl zu übernehmen⁹⁸). Die meisten der Hauptleute und Knechte erfuhren erst jetzt, wofür sie kämpfen sollten, und da Wrißberg Heinrichs Anweisung, niemanden zu werben, der dem Schmalkaldischen Bund irgendwie verpflichtet sei⁹⁹), nicht eingehalten hatte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, besonders da Heinrich das rückständige Geld nicht zahlen konnte¹⁰⁰). Wrißberg ließ seinen Kriegsherrn im Schloß Otterndorf gleichsam gefangenhalten, bis er ihm die Verpflichtung abzwang, daß er keinen seiner Feinde angreifen, sondern nur sein Land erobern werde.

⁹²) Spangenberg, C. V. 1545. Hbg. soll als Zuflucht für die Haderler 13 Schiffe geschickt haben; es sollen aber nur wenige den mordenden Knechten entkommen sein. 1545, Sept. 10: Ernst v. Lü. an Ph. — Kiep, a. a. O., S. 67.

⁹³) Vgl. Losius, S. 120.

⁹⁴) Br. A. b. 3. 63.

⁹⁵) Von Anton v. Oldenbg.: Hamelmann, S. 329. — Von Chr.: Wolters, S. 74. — Vom Deutschmeister Wolfgang Schutzbar: Lenz, Kriegf., S. 396. — Von süddeutschen Bistümern: Hasenclever, Polit. Schmalk., S. 9. — Von Schweden: Brandenbg., P. K. 630.

⁹⁶) Losius, Nr. 13. 1545, Aug. 30: H. an Wrißberg.

⁹⁷) Losius, Nr. 14. 1545, Sept. 2: H. an Wrißberg.

⁹⁸) Vgl. Losius, Nr. 18. — Brandenbg., Moritz, S. 397.

⁹⁹) Vgl. Losius, S. 120.

¹⁰⁰) Vgl. Brandenbg., Moritz, S. 397. H. sandte am selben Tag (17. Sept.) einen Drohbrief an Anton, ihn mit Geld und Mannschaft zu versorgen. Unter den später gefangenen Truppen befanden sich Oldenburger. Vgl. Rühning I, S. 364.

Wie gut Bremens Kundschafter in diesem Falle arbeiteten, zeigt die Tatsache, daß die Stadt das Datum dieses Vertrages (14. September) und seinen Inhalt teilweise wörtlich nach Braunschweig berichten konnte, zusammen mit der aufschlußreichen Mitteilung, daß Heinrichs Knechte bei starkem Widerstand seine Sache nicht verfechten würden¹⁰¹). Durch diesen Vertrag seien ihm alle seine „für und wohlgesetzten . . . Anschläge gebrochen“ worden, bekannte der Herzog später¹⁰²). Wir sehen daraus, daß die Pläne Heinrichs über die Rückgewinnung seines Landes hinausgingen. In einem Schreiben an die Stände und Städte des Erzstiftes Bremen hatte Heinrich seiner Entschlossenheit Ausdruck gegeben, Bürgermeister, Rat und Gemeinde der Stadt Bremen mit seiner „gegenwertigen versamleten Defension macht und hilff“ überall, wo er sie und ihre Güter zu Wasser und zu Lande antreffen würde, „zu recupration vnd widdereroberung“ seines Eigentums heimzusuchen, da sie nicht „die geringesten“ gewesen seien, die ihn „gewalttighen haben entsetzen helffen“¹⁰³). Da auch Heinrichs Forderungen nach Geschütz und Proviant von der Stadt abgelehnt worden waren¹⁰⁴), mußte man mit einem Vergeltungsangriff auf Bremen rechnen, und auch Philipp glaubte zunächst, daß Heinrich nicht nur gegen Braunschweig ziehe, „sondern auf die stadt Bremen zu wasser und zu land“¹⁰⁵). Heinrich besann sich aber bei aller Feindschaft wohl eines Besseren; denn im Handstreich war die wachsame Stadt nicht zu nehmen, und Zeit hatte er nicht zu verlieren, obwohl es ihm sicher unbehaglich war, ihre starke Macht im Rücken zu wissen. Wie Philipp es dann doch vorausgesehen hatte, daß „herzog Heinrich die drauhe (Drohung) gegen denen von Bremen uf ein schein tuh und worde nit uf Bremen ziehen, sondern . . . uf uns“¹⁰⁶), so geschah es. Heinrich zog an Bremen vorbei. Sein Versuch, sich in Rotenburg, einer Festung des Stiftes Verden, gewaltsam mit Geschütz zu versorgen, schlug fehl, da die Stadt Bremen das bischöfliche Schloß rechtzeitig durch etwa 40 Reiter und 100 Knechte besetzt hatte¹⁰⁷).

Anfang Oktober stand Heinrich im Lande Braunschweig, eroberte das feste Steinbrück und das flache Land, wo er unverzüglich die katholischen Einrichtungen wiederherstellte¹⁰⁸). An die Städte Braunschweig, Hannover,

¹⁰¹) Bra. A. 15. 1545, Sept. 22. Or.

¹⁰²) Losius, S. 120.

¹⁰³) Bra. A. 15. 1545, Sept. 17. Kop.

¹⁰⁴) Vgl. Renner II, S. 303.

¹⁰⁵) Brandenbg., P. K. 748. 1545, Sept. 23: Ph. an Moritz.

¹⁰⁶) Brandenbg., P. K. 748. a. a. O.

¹⁰⁷) Diese Tatsache ist verschiedentlich belegt. Vgl. Issleib, Simon, Der braunschweigische Krieg im Jahre 1545, Dresden 1876, S. 34. — Bericht von Georg Wachtmeister; angeblich auf Aufforderung Chr.'s. P. C. III, S. 649. — Sleidan II, S. 561. — Havemann II, S. 247 ff. — Ihr entgegen steht K. 1710. 1545, Okt., wonach H. durch Überlassung des Geschützes von Rotenburg unterstützt worden sei.

¹⁰⁸) Vgl. Koldewey, Heinz v. Wolfenbüttel, S. 61.

Minden, Hamburg, Bremen ließ er drohende Schreiben ergehen, dem Schmalkaldischen Bund abzuschwören und ihm Schadenersatz zu zahlen¹⁰⁹⁾.

Die Bundeshauptleute versuchten Ende September, die Kriegsräte des Bundes noch schnell in Mühlhausen zu versammeln¹¹⁰⁾. Bremen versprach, der Einladung sofort zu folgen, und entsandte Sebald Fridag nach Lüneburg, mußte sich aber von Herzog Ernst schnell überzeugen lassen, daß es zu Beratungen bereits zu spät sei¹¹¹⁾. So erklärte Bremen nur durch Jodocus Gercken in Kassel sein grundsätzliches Einverständnis mit den zu fassenden Beschlüssen¹¹²⁾. Philipp konnte auch das Eintreffen der Kriegsräte nicht abwarten; er mußte die Gegenrüstung ohne sie beginnen. Anfang Oktober erfolgte die Musterung der protestantischen Truppen, die besonders an Artillerie stark überlegen waren¹¹³⁾. Die Furcht vor einem Sieg Heinrichs über die protestantischen Heere unter dem Kurfürsten, dem Landgrafen Philipp und Herzog Moritz von Sachsen war bei den Schmalkaldenern nicht groß. Man wußte um die schlechte Stimmung der braunschweigischen Truppen, die sich in Meutereien Luft machte, und den Mangel an Geld. Schon am 5. Oktober, vierzehn Tage vor der Begegnung der Heere, rechneten die Bundeshauptleute damit, daß Heinrich und sein Sohn sich von ihrem Haufen entfernen könnten, und gaben Befehl an die sächsischen Städte, den beiden alle Straßen zu verlegen und sie aufzugreifen. Für den Fall, daß Heinrich sich mit seinem Heer aus Braunschweig zurückziehe, sollten die Städte ihr „Volck vnnd wagenburgk“ mit denen Ernsts von Lüneburg vereinigen und sich dem Braunschweiger entgegenstellen¹¹⁴⁾.

Zehn Tage später aber erging eine Aufforderung an den Herzog von Lüneburg und die Städte, ihre Knechte und Reiter nach Peine abzusen- den¹¹⁵⁾, um sie doch noch für die bevorstehende Schlacht zur Verfügung zu haben. Bremen hatte seine Truppen, sobald die Gefahr für die Stadt vorüber war, bereits Herzog Ernst auf dessen Begehren zugeschickt¹¹⁶⁾. Wir wissen nicht, ob dieser seine Truppen dem Heere zugeführt hat, ob also die bremischen Knechte dabei gewesen sind, als sich Heinrich und sein Sohn Karl Victor am 21. Oktober in einer wenig blutigen Schlacht gefangengaben. Seinen Wohnsitz mußte der „unruhige Mann“ in Zukunft auf der hessischen Festung Ziegenhain nehmen.

Den Städten blieb nur die Aufgabe, einem Teil der braunschweigischen

¹⁰⁹⁾ Vgl. Renner II, S. 303. — Sleidan II, S. 561.

¹¹⁰⁾ Br. A. b. 3. 65. 1545, Sept. 23: Joh. Fr. u. Ph. an Br. Einladung für die Kriegsräte. Or.

¹¹¹⁾ Bra. A. 15. 1545, Okt. 2: Br. an Bra. Or. — Br. A. b. 3. 66. a. a. O.

¹¹²⁾ Vgl. K. 1718. 1545, Okt.

¹¹³⁾ Vgl. Schmidt, S. 223. Die Schmalkaldener erbeuteten 18 Geschütze (Renner II, S. 304), die gleiche Zahl, die H. den Hadelern genommen hatte; größer wird sein Geschützpark also kaum gewesen sein.

¹¹⁴⁾ Hbg. A. ad. Cl. I. 1545, Okt. 5: Joh. Fr. an Hbg. Kop.

¹¹⁵⁾ Bra. A. 15. 1545, Okt. 14. Kop.

¹¹⁶⁾ Bra. A. 15. 1545, Okt. 19: Br. an die Statthalter in Wolfenbüttel. Kop.

Truppen, der sich weigerte, auseinanderzugehen, „Abbruch zu tun“¹¹⁷⁾, und erneut die Last großer Kriegskosten auf sich zu nehmen¹¹⁸⁾. Bremen weigerte sich auch diesmal, seinen Doppelmonat zu erlegen, da die im Vorjahr an Bernhard von Mila vorgestreckten Summen noch nicht zurückgezahlt worden wären, ganz abgesehen von früheren Schulden und den großen Aufgaben dieses Jahres¹¹⁹⁾. Diese Lasten waren aber nur ein Vorspiel: weit härtere Prüfungen sollte die nächste Zukunft den Einungsverwandten bringen.

5.

Bremen im Schmalkaldischen Krieg

a) Die Vorgeschichte

Die Vertreibung Herzog Heinrichs von Braunschweig und seine Gefangennahme hatten gezeigt, daß der Schmalkaldische Bund trotz seiner Schwerefälligkeit und der schon bedenklichen Lockerung seines inneren Gefüges eine Macht war, ja, wenn wir uns in Deutschland umsehen, eigentlich neben dem Kaiser die einzige wirkliche Macht überhaupt; denn von einer katholischen Partei läßt sich in diesem Jahrzehnt nicht mehr sprechen.

Heinrich hatte dieser Macht letztlich als einzelner gegenübergestanden, und selbst sein kaiserlicher Herr hatte nichts unternommen, um sein Schicksal aufzuhalten oder es zu wenden. Wenn wir uns nach den Gründen fragten, hatten wir feststellen müssen, daß allein die außenpolitische Lage für diese Zurückhaltung Karls bestimmend war. Die Tragik dieses Kaisers, der einen rastlosen Kampf zugleich für seine Weltmachtsidee und die Einheit der Christenheit führte, dabei glänzende Erfolge und bittere Enttäuschungen erlebte, um schließlich in der freiwilligen Aufgabe eines fast dreißigjährigen Ringens von Unmöglichem abzustehen, — diese Tragik, daß sich die beiden großen Ideen dieses Herrschers wechselseitig den Lebensatem raubten, um schließlich beide erstickt zu werden, spiegelt sich in Karls Ver-

¹¹⁷⁾ Br. A. b. 3. 67. 1545, Okt. 21: Ph. an Br. Or. Bericht über die Schlacht.

¹¹⁸⁾ Br. A. b. 3. 68. 1545, Okt. 24: Kriegsrate u. Ph. an Br. Or. Aufforderung, einen Doppelmonat in 8 Tagen in Bra. zu erlegen.

¹¹⁹⁾ Eine überraschende Stelle in einem Bericht des päpstlichen Legaten Verallo an Farnese (N. B. 8. S. 360 ff) soll hier nicht übergangen werden. V. schreibt am 23. Okt. 1545 in Verbindung mit H.'s Unternehmen u. a.: „... la citta di Bremme lo (Heinrich) servi di 18 mila talleri...“ Diese Angabe, die V. wohl vom erzbischöflichen Sekretär hat, muß nach allem, was wir wissen, auf einem Irrtum beruhen. Höchstens die Stände des Stiftes oder ein einzelner Bürger der Stadt könnten H. auf diese Weise unterstützt haben, doch erscheint auch hierfür die Summe von 18 000 Talern zu hoch. V. berichtet z. B. auch die Einnahme Wolfenbüttels, obwohl diese gar nicht erfolgt ist (N. B. 8., S. 287 f.).

hältnis zu Heinrich von Braunschweig, zum Schmalkaldischen Bund, zum Protestantismus überhaupt. Dem immer weiteren Umsichgreifen der neuen Lehre, dem immer kühneren Auftreten der Schmalkaldener mußte Karl mit gebundenen Händen zusehen, sogar von Zeit zu Zeit — und sei es in geheimen Deklarationen — der neuen Lehre in aller Form Frieden gewähren und ihr Vordringen legalisieren. In einem aber blieb der Kaiser hartnäckig: alle Zugeständnisse und selbst der gewährte Friede sollten nicht für ewige Zeiten gelten, sondern nur für eine bestimmte Frist. Ein Gefühl der Sicherheit konnte daher nie bei den Protestanten aufkommen; Karl aber hielt sich für eine endliche Abrechnung die Hände frei. Und darin war er den Schmalkaldenern überlegen: er wußte immer, was er wollte; seine Politik war einheitlich, während die Schmalkaldener nicht „den Mut zu unbedingter Gegnerschaft“ aufbrachten; „sie suchten zwischen den zeitlichen und ewigen Dingen einen Unterschied aufrechtzuerhalten“¹⁾. Hierauf beruhte die Abneigung der Bundesglieder, Bündnisse mit ausländischen Fürsten zu schließen, mit Heinrich VIII. etwa oder gar Franz I.²⁾, ebenso aber die Unentschlossenheit in der geldrischen Frage, nicht zuletzt, als es darum ging, dem Kaiser die Stirn zu bieten.

Die Vorgeschichte des Schmalkaldischen Krieges ist mehrfach ausführlich behandelt worden³⁾: wir können daher vieles als bekannt übergehen, um das herauszustellen, was wir von Bremen aus dieser Zeit wissen oder was für die spätere Entwicklung bedeutsam ist.

Die Braunschweiger Unternehmungen hatten für Bremen mit keinem Gewinn geendet; denn Ruhe vor gardenden Knechten hatte es selbst nach der Gefangennahme Heinrichs nicht. Über 8000 Gulden waren die Bundesstände der Stadt noch schuldig, abgesehen von der kleinen gedoppelten Anlage von 1540⁴⁾. Darüber hinaus glaubte die Stadt grundsätzlich zu hoch belastet zu sein, da die älteren Mitglieder des Bundes ursprünglich mit größeren Anlagen belegt worden waren als die später hinzugekommenen. Bremen stand nicht allein mit solchen Klagen, die besonders auf dem wichtigen Bundestag in Frankfurt (Dezember 1545 bis Februar 1546) behandelt wurden⁵⁾. Etwa 15 Stände, fast ausschließlich Städte, brachten dieselben Beschwerden vor⁶⁾. Die Neuregelung der „Taxen und tholagen“ war „en hoichwichtig artikel . . ., de alletidt kurrent (Knurren), mistrwen und schele ogen under den stenden makede“, wie Bremens Gesandter Vasmer aus

¹⁾ Hartung, S. 19.

²⁾ Vgl. Prüser, England und die Schmalkaldener, a. a. O.

³⁾ Vgl. Hasenclever, Polit. Schmalk., Karl V.; Heidrich; Lenz, Ausbr.

⁴⁾ Br. A. b. 3. 77. 1545, Dez. 24—Jan. 16: Akten, den Frankfurter Bundestag betreffend.

⁵⁾ Br. war vertreten durch Bürgermeister Vasmer und Syndikus Rolwagen (Redarius) — Bra. A. 16. 223 ff.: Frankfurter Abschied, Kop.

⁶⁾ P. C. III., S. 698 ff. 1545, Dez. 7—Febr. 9: Tagebuch Sturms über die Verhandlungen zu Frankfurt.

Frankfurt schrieb. Man versuchte sich mit allerlei Reformplänen⁷⁾, ohne auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Vasmer trat daher für eine Festsetzung der Bundesbeiträge auf ganz neuer Grundlage ein, auf der des „gemeinen Pfennigs“, der von Reichs wegen schon für die Türkenhilfe erhoben worden war. Alle Mitglieder sollten danach gleichermaßen mit einer Vermögenssteuer von $\frac{1}{2}$ v. H., auf 200 Gulden Vermögen 1 Gulden Abgabe, belastet werden. Hierbei fand der bremische Bürgermeister besonders die Unterstützung Jacob Sturms. Obwohl sich Vasmer voll dafür einsetzte, seinen „besten rock gerne umb geven“ wollte, drang der Plan nicht durch, da vor allem die Bundeshäupter ihn ablehnten und vertagen ließen⁸⁾. Natürlich waren mit dem gemeinen Pfennig auch Nachteile verbunden. Seine Erhebung setzte einmal eine ehrliche Selbsteinschätzung des Vermögens durch den einzelnen Bürger voraus, und dann hätte man dafür wenigstens zu Anfang längere Zeit gebraucht. Andererseits waren Vermögenssteuern in Notzeiten schon in vielen Städten erhoben worden, man stand also nicht völlig auf Neuland; vor allem aber hätte man jeder Klage über eine ungleichmäßige Belastung den Wind aus den Segeln genommen.

Wichtig sind diese Verhandlungen kurz vor Ausbruch des Krieges, weil der Sieg der Schmalkaldener zum Teil, wenn auch nicht ausschließlich, an der Finanzfrage scheiterte und von dieser Seite her heftige Vorwürfe gegen die niedersächsischen Städte erhoben wurden. In Frankfurt war es jedenfalls deutlich, daß sich Bremens Vertreter ehrlich um eine gerechte Verteilung der Lasten bemühten. Daß eine solche bisher nicht erfolgt war, scheint aus der Ablehnung des gemeinen Pfennigs hervorzugehen.

Die kommenden Auseinandersetzungen mit dem Kaiser zeichneten sich in Frankfurt schon klar ab. Man wußte, daß Karl V. sich um eine Einigung mit dem Papst, den Franzosen und den Türken erfolgreich bemühte. „Desse grwsam kuntschup“ machte Frankfurt zu einem „beswerliken dach“ (Vasmer). Der Beschluß zum Kriege zwischen Papst und Kaiser war nach den Kundschaften nur nicht zur Ausführung gekommen, weil die Türken auf einen Waffenstillstand nicht eingehen wollten⁹⁾. „Schickt Godt almechtig ein Dinck wunderbarlich, dat des Turcken schwert uns de frede underholden hefft“, glaubte Vasmer noch schreiben zu können; doch rechnete man mit dem „Anstand“ und damit mit dem Krieg.

Bremen schloß sich daher allen Geldbewilligungen auf diesem Bundestag

⁷⁾ Bei einer Neuverteilung der Anlagen sollte z. B. Br.'s einfacher Monat von 3200 fl auf 3000 fl gesenkt werden. Dann dachte man daran, für den Kriegsfall an Stelle von Doppelmonaten eine einmalige Zahlung zu leisten (Br. 30 000 fl). Beide Vorschläge wurden abgelehnt. Vgl. Schaafhausen, S. 86 ff.

⁸⁾ Vgl. Mentz II, S. 434 f. — Br. A. b. 3. 77. 1545, Dez. 24: Bericht Vasmers aus Frankfurt an den Rat. Or. (Abgedruckt bei v. Bippen, Brem. Jb., Bd. 17 [1899]).

⁹⁾ Über den bereits erfolgten Waffenstillstand (Nov. 10: vgl. Egelhaaf II, S. 443) war man wohl noch nicht unterrichtet.

an¹⁰⁾, auch wenn es erklärte, es sei „beschwerlich all jar also gelt spülen“¹¹⁾. Im ganzen machte auch hier die Bewilligung der notwendigsten Summen größte Schwierigkeiten. Das Interesse am Bund, besonders an einer Verlängerung des Bundesvertrages, war überhaupt so gering, daß der Kaiser, der den Gang der Verhandlungen zu erkunden suchte¹²⁾, von seinem Standpunkt aus mit dem Ergebnis des Bundestages wohl zufrieden sein konnte. Vasmer sehnte schon bald die Stunde herbei, wo er Frankfurt den Rücken kehren könnte. Nur in der Frage, ob man Hermann von Wied, Erzbischof von Köln, in seinen Reformationsplänen gegen Karl unterstützen sollte, kam der dazu verordnete Ausschuß der Schmalkaldener zu einer klaren Entscheidung, indem er sie in sicherem, festem Ton bejahte¹³⁾, gehörten doch dem Ausschuß die tatkräftigsten Mitglieder des Bundes an: Sachsen, Hessen, Straßburg und Bremen¹⁴⁾.

Die Lage im Erzbistum Köln, bevorstehende Neubesetzungen in Mainz und Trier ließen den Kaiser mit Recht fürchten, daß die ganze „Pfaffengasse“, seine Verbindung mit den Niederlanden, der neuen Lehre zufallen könnte. Eine kriegerische Entscheidung war daher für ihn dringlich.

Schon im Winter hatte Karl viele Hauptleute und Rittmeister aus den Niederlanden abgefertigt, im Frühjahr die Werbetrommel zu rühren¹⁵⁾. Um solche Versuche zu verhindern, Norddeutschland überhaupt endgültig zu befrieden, erließen die niedersächsischen Stände, sowie Köln, Münster und der König von Dänemark noch von Frankfurt aus ein Mandat¹⁶⁾. Danach wurde allen Untertanen Kriegsdienst untersagt; Hauptleute und Oberste sollten überwacht und, wenn sie warben, sofort angegriffen werden. Das Gaden von Knechten wollte man gemeinsam verhindern oder, wenn es geschehen sei, die Knechte abtreiben oder niederlegen. Die Nachbarn sollten sich dabei gegenseitig zuziehen, um größere Haufen zu schlagen und zu entwaffnen. Um dieses System wirksam zu machen, wollten die beteiligten Stände versuchen, Mecklenburg, Lauenburg, Oldenburg und Ostfriesland (durch Dänemark), Jülich, den Erzbischof von Magdeburg und Halberstadt und Pommern (durch Sachsen), die Grafen von Schaumburg, Hoya

¹⁰⁾ P. C. III., S. 698 ff, Febr. 8. a. a. O. — Lenz, Ausbr., S. 34: 12 000 fl als Wartegeld für Reiter.

¹¹⁾ P. C. III., S. 698 ff. a. a. O., Jan. 27.

¹²⁾ Br. A. b. 3. 77. a. a. O. Vasmer: „Des van Naves (Vizekanzler K.'s) dener ist ock hir, heft sick ock ahn my drungen und sulven tho gaste beden, ist alles tho don, umb echteswes wis tho werden“.

¹³⁾ Br. A. b. 3. 77. a. a. O. Vasmer: „Ist dairnha van allen votirt worden una sententia: de churfurste were in deme nicht tho vorlathen und dem keyser were myt nichte thogestaden, enigen stant des rikes so averthorumpellen“. Vgl. Br. A. b. 3. 85. Ohne Datum: Instruktion des Gesandten an den Kaiser wegen des Erzbischofs zu Köln. Kop.

¹⁴⁾ P. C. III., S. 698 ff. a. a. O., Dez. 26.

¹⁵⁾ Br. A. b. 3. 77. a. a. O. 1545, Dez. 29: Br. an Vasmer und Rolwagen.

¹⁶⁾ Br. A. b. 3. 78. 1546, Jan. 15. Kop. Gesiegelt u. a. durch Vasmer.

und Diepholz (durch Lüneburg), von Lippe, Waldeck und Rietberg (durch Hessen), von Bentheim (durch Tecklenburg) und den Erzbischof von Bremen (durch Bremen) mit einzubeziehen und diese Stände zu bestimmen, zum 1. März einen gemeinsamen Tag in Hannover zu beschicken. Die Ausschaltung Heinrichs von Braunschweig ließ eine Interessengemeinschaft von solch großartigen Ausmaßen möglich erscheinen.

Der Tag zu Hannover führte tatsächlich eine ganze Reihe norddeutscher Fürsten, bzw. ihre Gesandten zu gemeinsamen Verhandlungen zusammen. Dänemark, Sachsen und Hessen waren selbstverständlich vertreten; aber auch Köln und Münster und sogar Erzbischof Christoph und Anton von Oldenburg folgten dem Ruf. Die Stadt Bremen hatte Diedrich von Mandelsloh und ihren Sekretär Gercken, der nun schon seit Jahren von Bundestag zu Bundestag zog, dazu verordnet.

Das gefährdete Gebiet wurde zunächst in drei Kreise eingeteilt, den obersächsischen unter dem Kurfürsten von Sachsen, den niedersächsischen unter dem König von Dänemark und den westfälischen unter dem Bischof von Münster als Kreishauptleuten. Einzelheiten, wie Festsetzung von Truppenstärke und dergleichen, wurden in Hannover noch nicht geregelt; in den grundsätzlichen Fragen hielt man sich an das Frankfurter Mandat. Voranschläge wurden zwar aufgestellt — so berechnete man das Bremer Kontingent auf 20 Reiter und 200 Knechte; die endgültigen Beschlüsse sollten aber auf Kreistagen in Mühlhausen, Lüneburg und Münster gefaßt werden, die zum 19. April angesetzt wurden.

Diese Verlegung war keine organisatorische Notwendigkeit; die Hoffnungen, die man auf Hannover gesetzt hatte, hatten sich vielmehr nicht erfüllt. Viele der im Mandat genannten Fürsten und Stände waren dem Tag doch ferngeblieben, und manche der anwesenden Gesandten hatten keine Vollmachten, Geld oder Truppen zu bewilligen¹⁷⁾.

Der Tag des niedersächsischen Kreises in Lüneburg kam erst recht zu keinem Ergebnis; die Teilnehmerzahl war gegenüber Hannover noch geringer geworden. Von den nicht bundesverwandten Ständen war allein der Erzbischof von Bremen vertreten. Schon am 21. April vertagte man erneut die Verhandlungen; am 24. Juni wollten die Stände wieder in Lüneburg zusammenkommen. Der Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges verhinderte die Ausführung dieses Beschlusses¹⁸⁾. Ein Plan von großer Bedeutung war damit gescheitert, wieder mehr an der Trägheit der Beteiligten als am bösen Willen.

So sah sich Bremen, wie in den vergangenen Jahren, wieder den Werbungen, wie auch den Ermahnungen des Landgrafen Philipp, diese zu verhin-

¹⁷⁾ Bra. A. 16. 315 ff. 1546, März 8: Abschied Hannover. Kop.

¹⁸⁾ Bra. A. 16. 335 ff. 1546, April 21: Lüneburger Abschied, Kop. Br. vertreten durch Mandelsloh.

dern, allein gegenüber¹⁹⁾. Seine Gesandten für den Bundestag in Worms, Vasmer und Gercken, konnten wegen Truppenansammlungen im Stift Münster nur auf großen Umwegen über Cleve und mit Verspätung ihr Ziel erreichen²⁰⁾. Um diese Knechte unter Oberst Cord Penning, die für England bestimmt waren, sich zu bemühen, war wohl Bremens erste Aufgabe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kriege. Da Frankreich und England im Juni 1546 Frieden schlossen, galt es, sich der freiwerdenden Knechte zu bemächtigen. Bremen sollte zu diesem Zweck an den Obersten 1000 bis 2000 Gulden schicken und die Knechte zu Wasser von England oder, wo sie sonst seien, ins Bundesgebiet bringen²¹⁾. Ob Bremen oder Hamburg diesen Auftrag ausführen konnte, wissen wir nicht genau. Penning sandte Ende Juni seinen Feldschreiber von England nach Hamburg²²⁾ und befand sich später in hamburgischen Diensten.

Auf dem Reichstag zu Regensburg hatte Bremen keine Gesandten, da es in Frankfurt und auf dem nur schwach besuchten Bundestag in Worms seine Meinung genugsam vertreten hatte²³⁾. Die Stadt erlebte also nicht aus unmittelbaren Berichten mit, wie sich dort im Süden die Lage verschärfte und es schließlich zum offenen Bruch zwischen dem Kaiser und den Schmalkaldenern kam.

b) Die Entwicklung bis zum Abzug aus dem Oberland

Da in ganz Deutschland und in den Niederlanden Gefahr für den katholischen Glauben bestand, hatte Karl V. im Vertrauen auf den Mangel an Kraft und Einigkeit unter den Schmalkaldenern beschlossen, unter dem Vorwand, den Braunschweiger Feldzug bestrafen zu wollen, gegen den Kurfürsten von Sachsen und den Landgrafen von Hessen mit Waffengewalt vorzugehen¹⁾. Bremen wird von diesem endgültigen Entschluß, mit dem man schon lange gerechnet hatte, wohl nicht erst durch das Ausschreiben

¹⁹⁾ K. 1718. 1546, Febr., April, Mai, Juni.

²⁰⁾ Br. A. b. 3. 83. 1546, Mai 10: Br. an Ph., Konz. — Vgl. K. 1718, April, Mai. — P. C. IV, 1, S. 144.

²¹⁾ Br. A. b. 4. a. Ohne Datum (1546 Juni): Ph. an Br. Or.

²²⁾ Staatspapiere, S. 401 ff.: Bericht des J. van der Vichte über eine Sendung nach Niederdeutschland in kaiserlichen Diensten, betr. die dortigen Kriegsrüstungen. 1546, Juli 1—18.

²³⁾ Die Darstellung bei Mentz (II, S. 452), wonach die sächsischen Städte in Worms nicht vertreten waren, ist unrichtig. Vgl. Br. A. b. 3. 82. 1546, April 22: Abschied Worms. Kop. Gesiegelt u. a. von Vasmer; außerdem ist Goslar vertreten. — Gebauer (S. 259) nennt auch Bra.

¹⁾ Lanz II. 551. 1546, Juni 9: K. an Maria: „... me suis resolu de commencer la guerre contre lesdicts duc de Saxen et lantgraue de Hessen a loccasion de la detention dudict duc de Brunswyck... comme conturbateurs de la commune paix et justice, et contempnans lauctorite du saint empire... Et combien que ceste couuerte et pretexte de guerre ne pourra du tout encourrir, que lesdicts desnoyez ne pensent bien, que ce soit pour cause de la religion; toutesfois sere ce occasion de les separer.“

des Kaisers erfahren haben, das dieser am 17. Juni an die ober- und die niederdeutschen Städte erließ; schon vorher werden Nachrichten von dem Abschluß des Bündnisses zwischen Kaiser und Papst, der am 7. Juni erfolgte²⁾, den bevorstehenden Kriegsausbruch zur Gewißheit gemacht haben. Wie in Hamburg³⁾, so rief diese Nachricht auch in Bremen größte Erregung und Erbitterung hervor⁴⁾. Entsprechend dem Ziel des Kaisers, den Bund zu zersprengen, waren die Ausschreiben abgefaßt. Sie betonten, daß es nicht um die Religion gehe, sondern vielmehr gegen die „Verhinderer und Zerstörer“ einer Religionsvergleichung (das Religionsgespräch in Regensburg war ergebnislos abgebrochen worden), die die Ehre und die christliche Religion „allein zu einem Deckmantel und Beschönung ihres unbilligen Vornehmens allenthalben fürwenden“ und „alle anderen Stände des heiligen Reichs unter solchem Schein der Religion unter sich bringen . . . und sich ihrer Güter mit Gewalt unterziehen mögen“⁵⁾. Am Tage, bevor die Schreiben ausgingen, hatte Karl den Gesandten des Bundes auf ihre Anfrage, was es mit seinen Rüstungen auf sich hätte, die Antwort geben lassen, er wolle die dem Reich Ungehorsamen strafen, „Einigkeit, Fried und Recht im Reiche“ herstellen⁶⁾.

Maria, die Regentin der Niederlande, die aus wirtschaftlichen Gründen gegen den Krieg war, weil er die Niederlande mehr als alle früheren schädigen konnte⁷⁾, mußte besonders viel an einer Neutralität Bremens gelegen sein. Von der Absicht des Kaisers, den Wirtschaftskrieg gegen die Schmalkaldener zu eröffnen, d. h. ihre Waren zu beschlagnahmen, war sie derart bestürzt, daß sie mit ihrem Rücktritt drohte; Karl sah daraufhin davon ab⁸⁾. Sie sandte daher den kaiserlichen Rat Johann Stratus an den Erzbischof, das Kapitel und die Stadt Bremen im Auftrage ihres Bruders⁹⁾: Der Kaiser mühe sich um Ruhe und Frieden im Reich, er müsse daher den Kurfürsten und Landgrafen demütigen und erwarte, daß diese nicht begünstigt würden. Mit Bremen wünsche die Regentin gute Nachbarschaft zu beobachten; alle Rechte und Privilegien sollten der Stadt erhalten bleiben¹⁰⁾.

Die erste Reaktion auf die kaiserlichen Schreiben im Oberland erweckte

²⁾ N. B. 9, S. XII. 1546, Juni 26: Ratifikation durch den Papst.

³⁾ Vgl. Krabbe, S. 183.

⁴⁾ Vgl. Häpke, S. 237.

⁵⁾ Krabbe, S. 181.

⁶⁾ Brandi, Reform., S. 306; Egelhaaf II, S. 459.

⁷⁾ Vgl. Hasenclever, K. V., S. 2. — Häpke, S. 233. — Br. hatte enge Verbindungen mit Groningen, in Bergen vor allem mit Deventer und den Städten an der Südersee.

⁸⁾ Vgl. Brandi, K. V., S. 479 f. Im Verlauf des Krieges scheint es aber doch erfolgt zu sein. Vgl. N. A. 545. 1548, Juni 20: Groningen verfügt unter gewissen Bedingungen die Freigabe bremischer Güter.

⁹⁾ N. A. 512. Instruktion vom 7. Juli.

¹⁰⁾ Vgl. Baumgarten, S. 77: „... sa Majeste les gardra et conservera en leurs droitz, privileges et . . . francises“.

den Eindruck, als sollte der Kaiser sein Ziel erreichen. Besonders Augsburg erwog aus Rücksicht auf die Handelsbelange seiner großen Kaufhäuser anfänglich, neutral zu bleiben. Karl glaubte sogar, es unternehmen zu können, bei Augsburg und Ulm um die Erlaubnis zur Werbung in ihrem Gebiet nach-zusuchen¹¹⁾. Der sächsische Gesandte in Regensburg von Minckwitz schrieb in bezug auf die schwankende Haltung Augsburgs: Sie „sehen auch mehr uf ir kronen und taler dann uf die ehre Gottes und forderung seins wortes . . . Derwegen will uf diese commun gute achtung zu geben sein“¹²⁾. Diese Schwäche wurde aber bald überwunden, besonders, als auch Philipp seine anfängliche Unentschlossenheit abgeworfen hatte. Bremen zeigte dagegen von Anfang bis Ende des Krieges die gleiche Klarheit und Entschlossenheit, ja einen gewissen Trotz und Stolz, der aus dem unerschütterlichen Glauben an die eigene Kraft und an die Hilfe des „wahren Gottes“ erwuchs. Die kernige, holzschnittartige niederdeutsche Sprache, in der die bremischen Quellen zu uns sprechen, unterstreicht noch diesen Eindruck.

In der Antwort an Johann Stratius brachte Bremen zunächst seinen Widerwillen gegen den Krieg als solchen zum Ausdruck, nicht ohne daß eine leise Ironie gegen die Versicherungen des kaiserlichen Friedenswillens anklingt: „horen in warheit nicht gerne, dat de sacken darhen geraden, dat ohre mt. gemeint, ethlicke chur- und fursten Duthscher nation tho overteinde. Hedden uns des gar kenens weges vorhapet baven so vele statlicker geplogener handelinge, upgerichteder frede und fredestende . . . Were uns noch dusse stunde nicht levers, dan dat densulven fredestenden und avescheden gelevet und de sacken tho sollicker widinge nicht kemen.“ Einen Zweifel daran, daß sie ihrer Bundespflcht zu folgen gedächten, ließ die Stadt nicht aufkommen. „Da idt aver io darhen (zum Kriege) gelangen wolde . . ., so hebben hirbevorns unsere vorfaren und wy uth hoch erdrungener noth, do wy umme des willen, dat wy dat reine gotlicke wort verkunden und predigen laten, allerley beswerlicke, unuphorlicke anfechtunge von den weddersakeren des worts gehat und furder besorgen moten“, mit dem Kurfürsten, den Fürsten und Ständen eine „billicke, rechtmetige und von natur thogelatene defensive vorstenthnisse“ zur Erhaltung des göttlichen Worts angenommen. „So nu dersulven jemants hoges edder neddern standes scholde besweret werden, wil uns nicht anders geboren, dan unsen segelen und breven nhatosetten und desulven, alsze ehren levenden (Ehrliebenden) wol ansteit, tho holden“¹³⁾.

Karl glaubte aus dieser Absage doch wenigstens entnehmen zu können, daß Angriffspläne und damit eine Bedrohung der Niederlande von Bremen aus nicht zu befürchten seien. Jedenfalls stellte er der besorgten Maria die Lage der Dinge so dar: der König von Dänemark, der Bischof von Münster „et encores celle de ceulx de Bremen parlant seulement de defension“¹⁴⁾.

¹¹⁾ Vgl. Lenz, Ausbr., S. 42 ff.

¹²⁾ Lenz, Kriegf., S. 413, Anm. 1.

¹³⁾ N. A. 513. 1546, Juli 17.

¹⁴⁾ Kannengießler, Anm. 110. 1546, Aug. 3 u. 4: K. an Maria.

Man hoffte im Lager der Schmalkaldener eine Zeitlang, Dänemark zusammen mit Hamburg und Bremen zu einem Angriff auf die Niederlande bestimmen zu können¹⁵⁾, und Philipp soll sogar schon Nachrichten von der Eröffnung des Seekrieges durch Dänemark und die Hansestädte erhalten haben¹⁶⁾. Dänemark aber bewahrte Neutralität. Maria sah nichtsdestoweniger der Entwicklung im Norden mit Unruhe entgegen, besonders als der Graf von Büren, der im Frühjahr in den Niederlanden ein zahlreiches Heer geworben hatte, auf Befehl des Kaisers von den Niederlanden aufbrach.

Dieses Heer fürchtete man in Bremen und glaubte, es werde seinen Zug zur Weser- und Elbmündung richten, um eine Unterstützung von Dänemark zu verhindern und der schmalkaldischen Front, die nach Süden gerichtet war, in den Rücken zu fallen¹⁷⁾. Die Stadt ergriff daher entscheidende Maßnahmen: ohne Rücksicht auf die damit verbundenen großen geldlichen Verluste erging am 28. Juni ein Mandat des Bremer Rats an die bremischen Schiffe, die den Sund passierten, bei Mahnung an Ehre, Eid und Pflicht und Androhung von Strafe, mit Schiffen und Gütern unverzüglich, so schnell es der Wind erlaube, zur Weser einzulaufen. Keine Entschuldigung wollte die Stadt dabei gelten lassen¹⁸⁾. Diese Maßnahme, die wohl nur Bremen durchführte, denn Hamburg berief im Mai nur Schiffe mit Getreide heim¹⁹⁾, erfolgte aus drei Gründen: sie sollte die Stadt für den Fall einer Belagerung ausreichend mit Lebensmitteln und Rohstoffen, z. B. Kupfer für Geschütze, versorgen, die männliche Bevölkerung zum Schutze der Heimatstadt versammeln und gleichzeitig verhindern, daß Schiffe und Bürger dem Feinde in die Hände fielen und er „myt den innehebbenden guderen . . . gesterket vnde gespiset“ werde²⁰⁾. Daß dieser Aufforderung weitgehend Folge geleistet wurde, werden wir später bei der Belagerung der Stadt sehen.

Ein wichtiger, aber zunächst unsicherer Faktor in Norddeutschland war ein stattliches Heer von etwa 3000 Pferden und 7000 Knechten unter dem Grafen Christoph von Oldenburg und unter Friedrich von Reiffenberg, das der Kurfürst von der Pfalz zu einem geplanten Feldzug gegen Dänemark versammelt hatte²¹⁾. Trat dieses Heer, das wegen des Kriegsausbruchs die ihm vorbehaltene Aufgabe nicht erfüllen konnte, in kaiserliche Dienste, war ganz Norddeutschland gefährdet; schloß es sich den Schmalkaldenern an, war deren unerwartet schnell zusammengebrachte Heeresmacht um eine wertvolle Truppenmacht verstärkt. Am 29. Juni boten nun die Obersten ihre Truppen den Bundeshauptleuten an, zur großen Erleichterung der

¹⁵⁾ Kannengießer, Anm. 110. 1546, Juli 6: Joh. Fr. an Ph.

¹⁶⁾ Vgl. Collischonn, Paul, Frankfurt a. M. im Schmalk. Kriege, Diss., Straßburg 1890, S. 39.

¹⁷⁾ Häpke, S. 238, Anm. 4. 1546, Juni 30: Br. an Ph. — K. 1719. 1546, Juli.

¹⁸⁾ Br. A. b. 4. a. Kop.

¹⁹⁾ Vgl. Häpke, S. 238.

²⁰⁾ Br. A. b. 4. d. 1546, Dez. 16: Br. an Danzig. Konz.

²¹⁾ Vgl. Kannengießer, S. 32 ff.

Schmalkaldener, und an Bremen erging im Juli die Aufforderung, diese Knechte für den Bund anzunehmen und von den zu erlegenden drei Doppelmonaten zu besolden²²⁾. Pläne, den Grafen von Büren und die Niederlande mit dieser Truppe anzugreifen, tauchten sofort auf²³⁾, zumal solch ein Unternehmen auch im Sinne Christophs von Oldenburg gewesen wäre. Ein folgenschwereres Ereignis ließ solche Absichten aber hinfällig werden: im Heere Christophs brach eine Meuterei aus. Hauptleute und Knechte, die in Herzog Heinrichs Diensten gestanden hatten, wollten sich nicht gegen den Kaiser gebrauchen lassen. Der Graf von Büren nutzte diese Stimmung für sich aus, unterstützte die Uneinigkeit durch Geld, und es gelang, 4000 Knechte und 1000—1100 Reiter vom Haufen abzusprennen²⁴⁾. Lenz²⁵⁾ deutet in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich Christoph, um dem Abfall entgegenzuwirken, bei Bremen und anderen Ständen um Subventionen bemüht, aber damit keinen Erfolg gehabt habe. Mit dieser Darstellung, deren Quelle nicht verzeichnet ist, läßt sich schwer vereinigen, daß der Stadt Bremen etwa 10 bis 14 Tage nach der Trennung des Heeres²⁶⁾ von Christoph von Oldenburg der Empfang von 6000 und einige Tage später der von 1000 Talern — zusammen von etwa 10 000 Gulden — bestätigt wurde²⁷⁾. Wenn die Stadt auch diese Summe für die Besoldung des Restheeres von 4000 Knechten und 1900 Reitern aufgebracht haben mag, das ungefähr am 12. Juli um Bremen lag²⁸⁾, so ist es doch unwahrscheinlich, daß Bremen nur einige Tage früher keinen Pfennig bereitgestellt haben sollte, als es eine drohende Gefahr abzuwehren galt²⁹⁾.

Die erste Schlappe hatten die Protestanten jedenfalls erlitten: der Zug Bürens nach Süden war damit möglich geworden. Auch Christophs Heer wurde daher zum Oberland in Marsch gesetzt; das Kriegsvolk der sächsischen Städte, zu dem wohl auch bremische Knechte gestoßen waren³⁰⁾, schloß sich ihm an³¹⁾.

An dem Verlauf des Krieges im Oberland hatten die sächsischen Städte

²²⁾ Vgl. K. 1719. 1546, Juli.

²³⁾ Kannengießler, Anm. 168: Bernhard von Milas Vorschlag an Ph.

²⁴⁾ Staatspapiere, S. 401 ff., a. a. O.

²⁵⁾ Ausbr., S. 55.

²⁶⁾ Die Meuterei hat in den ersten Julitagen stattgefunden; die Trennung war am 9. Juli vollzogen. Vgl. Kannengießler, S. 36 f.

²⁷⁾ Br. A. b. 4. a. 1546, Juli 19 und 25. Or.

²⁸⁾ Lenz, Ausbr., S. 56.

²⁹⁾ Eine mögliche Erklärung wäre die, daß es bei den von Lenz genannten Forderungen noch unsicher war, ob die Gelder auch wirklich für den Bund verwandt würden; denn die abschließenden Verhandlungen sollten erst am 11. Juli gehalten werden, also nach der Meuterei. Vgl. Kannengießler, S. 36.

³⁰⁾ K. 1719. 1546, Juli. Br. hat Anfang Juli drei wohlgerüstete Fähnlein unter Andreas Lübbeke in seinen Diensten. Bericht J. v. d. Vichtes, a. a. O., Quittg. über 900 fl f. Knechte — Br. A. b. 4. a., Juli 8 u. 13.

³¹⁾ Kannengießler, Anm. 226. 1546, Aug. 15: Bra. an Frankfurt. 3 Fähnlein aus Bra. zogen am 12. Aug., 1500 Knechte aus Hbg. am 15. Aug. dem Heer nach.

kaum einen Anteil. Bis zum Frühjahr 1547, als der Feind selbst in Norddeutschland erschien, war der Krieg für sie mehr oder weniger eine Geldfrage. Das soll nicht heißen, daß von den oberdeutschen Ständen große Blutopfer gebracht wurden, waren doch Söldner im überreichen Maße vorhanden. Sie standen aber in diesem Abschnitt des Krieges unter unmittelbarer Bedrohung der kaiserlichen Heere und mußten vielfach die Verwüstung ihres Landes auf sich nehmen.

Die sächsischen Städte waren beim Heer im allgemeinen durch ihre Kriegsräte vertreten. Wenn sich Bremen auch im Juli entschuldigte, seinen Kriegsrat wegen hohen Alters und der gefährlichen Reise nicht nach Arnstadt schicken zu können und seine Stimme auf den Ratsherrn Diedrich von Mandelsloh übertrug, der sich gerade beim Landgrafen aufhielt³²⁾, so wurde später — wohl nach Ulm — doch Segebade Fridag mit Instruktion versehen³³⁾.

Die Meldungen, die aus dem Oberland kamen, waren zunächst voll Zuversicht, voll Stolz über das stattliche Kriegsvolk³⁴⁾. Tatsächlich stieg das Heer, dem die Knechte, weil es um das Evangelium ging, „mit sulken ernste und so vürich thogelopen“, wie Renner meint³⁵⁾, auf rund 100 000 Mann. Worauf man aber vergebens wartete, waren Meldungen, daß man mit diesem anfangs weit überlegenen Heer etwas ausgerichtet, Erfolge zu verzeichnen hatte. Die Mahnungen um Geld nahmen dagegen immer dringendere Formen an, je geringer die Hoffnung wurde, den Krieg durch einen entscheidenden Schlag in kurzer Zeit zu beenden. Wir haben genügend Proben von der Geldwirtschaft und Finanzkraft des Bundes bekommen, um zu wissen, daß die Unterhaltung eines solchen Riesenheeres den Schmalkaldenern nur für eine kurze Zeit möglich sein konnte. Besser noch als der spätere Betrachter mußten es aber die Bundeshauptleute wissen, die doch Jahr für Jahr um jeden Gulden hatten endlos kämpfen müssen. Um so überraschender erscheint es, daß sie nichts taten, etwas Entscheidendes auszurichten, solange es möglich war.

Der Charakter des Bundes war von Anfang an betont auf Abwehr eingestellt, die Führung des Heeres lag nicht in einer Hand, Meinungsverschiedenheiten, Rivalität unter den Fürsten, Interessenpolitik der Städte lähmten die Unternehmungen, die Kriegführung dieser Zeit war mehr auf das Ermatten des Gegners als auf Entscheidungsschlachten angelegt — all dieses

³²⁾ Bra. A. 16. 1546, Juni 25: Einladung für Arnstadt (verlegt nach Schmalkalden). — K. 1719. 1546, Juli.

³³⁾ Br. A. b. 4. a. 1546, ohne Datum. In Giengen war Fridag bestimmt dabei. — Br. A. b. 4. a. 1546, Nov. 15: Joh. Fr. an Br. Or. Bittet um Zahlung von „570 rein. Goltgulden“ an Fridag.

³⁴⁾ Anfang Aug. beziffern die Hauptleute ihr Heer auf 5000 Pferde und 100 Fähnlein Knechte. Sie erwarten täglich außerdem weitere 8000 Knechte und 3000 Pferde. Br. A. b. 4. a. 1546, Aug. 7. Or.: Joh. Fr., Ph. und Kriegsräte an Br. Veldtlager bey Thunawerde (Donauwörth).

³⁵⁾ II, S. 306.

müssen wir berücksichtigen; aber es reicht doch nicht annähernd aus, das Versagen der schmalkaldischen Kriegführung an der Donau zu erklären. Nicht ein widriges Schicksal, sondern eine unglaubliche Kurzsichtigkeit brachte die Protestanten um den Sieg.

Wenn wir die Gesamtleistung Bremens im Schmalkaldischen Krieg auch jetzt noch nicht würdigen können, der unmittelbare finanzielle Beitrag zum Krieg im Oberland ist jedenfalls nicht groß gewesen. Den Grund für das Scheitern des Krieges an der Donau dürfen wir aber keineswegs in der finanziellen Zurückhaltung der niedersächsischen Städte suchen, auch wenn Philipp von Hessen es gelegentlich so darzustellen suchte³⁶⁾. Selbst unerträgliche Geldopfer hätten wohl das Heer länger zusammenhalten, aber keine aktiven Operationen oder eine geordnete Kriegführung bewirken können.

Die Meinung von Bippens³⁷⁾, daß Bremen in dieser Zeit „recht bedeutende Zahlungen“ geleistet habe, ist nur richtig, wenn wir sie nicht mit denen der oberländischen Städte vergleichen³⁸⁾. Ebenso trifft Prüfers allgemeingültige Darstellung, daß die Bundesstände im allgemeinen mit der Bezahlung säumig gewesen seien, Bremen aber eine Ausnahme gebildet habe³⁹⁾, für unsere Zeit nicht zu. Wir sahen ja, daß Bremen jahrelang auf Grund seiner Forderungen an die Stände überhaupt keine Anlagen zahlte. Da diese Summe, die ständig durch neue Ausgaben Bremens wieder anwuchs, auch zu Beginn des Schmalkaldischen Krieges noch nicht erschöpft war, setzte die Stadt diese Methode der Selbsthilfe zunächst fort. Nach einer Mitte Juni erfolgten Mahnung Philipps hatte Bremen weder den in Frankfurt bewilligten dritten Doppelmonat erlegt (die übrigen sächsischen Städte allerdings auch nicht), noch die bewilligten Sonderumlagen⁴⁰⁾. Obwohl Philipp betonte, man solle nicht bei vermeintlichen Schulden, die die Stände hätten, seine Ausflucht suchen, entschuldigte sich Bremen, daß es durch die Schuld

³⁶⁾ Vgl. v. Bippen, S. 118. Vgl. unten S. 67. Bei Lenz, im Briefwechsel Ph.'s mit Bucer, finden sich an keiner Stelle Vorwürfe gegen die norddeutschen Städte. B. (II, 469 f., 479 ff., 489 f.) nennt Leichtsinn, Kleinmut und Glaubensschwäche, Ph. (II, 468 f., 475 ff., 494 ff. usw.) militärische Gründe und Geldmangel als Ursachen für das Versagen im Oberland. Vgl. Hortleder III, 386 ff. Des Kurfürsten zu Sachsen und Landgrafen zu Hessen spaltige Meinungen (warum man im oberländischen Krieg nichts ausgerichtet): ein Versagen der niedersächsischen Städte wird hier von keiner Seite erwähnt.

³⁷⁾ Aus Br. Vorzeit, S. 136.

³⁸⁾ Vgl. Br. A. b. 4. a. 1546, Okt. 2: Rechnung der oberdeutschen Städte, zu Ulm vorgelegt. Kop. Danach haben Württemberg 218 160 fl, Hessen 337 000 fl, Straßburg, Ulm und Augsburg je 120 000, Frankfurt 72 000 usw., d. h. jeder 12 Doppelmonate erlegt. Für eigene Kriegsrüstung hat davon z. B. Augsburg 44 000 fl, Ulm 33 000 fl in Anschlag gebracht.

³⁹⁾ Prüser, Br. im Schmalkaldischen Bund, Br. Nachr. 1931, Febr. 27.

⁴⁰⁾ 1. Den Anteil an der Sonderumlage zur Bezahlung der braunschweigischen Kriegskosten von 10 000 fl in Höhe von 382 fl 24 Kreuzern,
2. den Anteil an den für Reiter bewilligten 12 000 fl in Höhe von 369 fl 50 Kreuzern. Br. A. b. 3. 1546, Juni 13. Or.

des Kurfürsten von Sachsen, an den es die größten Forderungen hatte, in Rückstand geblieben sei⁴¹⁾). Von den zu Kriegsbeginn ausgeschriebenen zwei Doppelmonaten⁴²⁾ hätte es die Absicht, einen zu erlegen, den anderen aber für die eigene Sicherheit zu verwenden⁴³⁾).

Inzwischen hatten sich die benötigten Summen wesentlich erhöht: von drei Doppelmonaten ging die Forderung schnell auf sechs und auf zwölf Doppelmonate hinauf⁴⁴⁾, ohne daß damit, selbst wenn sie voll eingingen, der dringendste Bedarf gestillt worden wäre. Als daher zum 20. September die Einladung zum Bundestag nach Ulm erging zur Bewilligung weiterer Gelder⁴⁵⁾, wandte sich die Stadt Hamburg an Bremen. Ihr Rat schlug vor, wegen dieser Forderungen eine Versammlung der See- und Hansestädte zu veranstalten, damit man über eine gemeinsame Antwort in Ulm beraten könne; Bremen als der ältesten Bundesstadt gebühre die Einberufung⁴⁶⁾. Es folgte auch dem Rat der Schwesterstadt und schrieb zum 22. September einen Tag nach Uelzen aus⁴⁷⁾. Magdeburg entschuldigte sich bei Bremen, daß es den Tag nicht besuchen würde, da es sich mit anderen sächsischen Städten schon in Goslar betagt⁴⁸⁾, seine Gesandten auch schon am 16. September nach Ulm abgefertigt habe⁴⁹⁾. Die Gesandten Bremens, Hamburgs und Braunschweigs sowie einiger kleiner sächsischer Städte kamen pünktlich in Uelzen zusammen, sollte doch zu diesem Zeitpunkt der Ulmer Tag schon begonnen haben. Vom 24. September datiert die Instruktion, die hier nach dem getroffenen Vergleich den Gesandten von Bremen, Hamburg und Braunschweig für Ulm gegeben wurde⁵⁰⁾. Diese Urkunde verdient Beachtung; denn sie bringt klar die gemeinsame Haltung der Städte des sächsischen Kreises zum Ausdruck, die diese im großen und ganzen bis zum Schluß des Donaufeldzuges eingenommen haben. Voran steht die Betonung der Standhaftigkeit gegenüber der gemeinsamen Sache. Dann folgen die Beschwerden, die alle Städte gemeinsam empfanden: sie erinnerten daran, daß sie sich wegen zu hoher

⁴¹⁾ K. 1719. 1546, Juli.

⁴²⁾ Br. A. b. 4. a. 1546, Juni 27: Ph. an Br. Or. Aufforderung dazu.

⁴³⁾ K. 1719. 1546, Juli. Die oben erwähnten Ausgaben für Knechte (S. 58, Anm. 30) werden auf dies Konto zu setzen sein, während die Zahlungen an Christoph von Oldenburg, zu denen am 12. Aug. noch 200 Thl. hinzukamen (Br. A. b. 4. a. Or.: Empfangsbest.) von dem für den Krieg bewilligten dritten Doppelmonat geleistet werden sollten. ⁴⁴⁾ Ausgeschrieben am 8. Aug., vgl. Kirch, S. 42.

⁴⁵⁾ Br. A. b. 4. a. 1546, Aug. 10. Or.

⁴⁶⁾ Br. A. b. 4. a. 1546, Aug. 30. Or. Br. scheint überhaupt ein gewisses Ehrenvorrecht unter den sächsischen Städten genossen zu haben. Es gibt wohl kaum eine Aufzählung der Städte, bei der Br. nicht an erster Stelle erscheint. Abschiede und dergleichen unterschrieb die Stadt regelmäßig als erste der sächsischen Städte, wie seine Gesandten auch fast immer mit siegeln.

⁴⁷⁾ H. A. 93. 10. 1546, Sept. 12: Br. an Celle. Or. Bitte um Geleit für die Gesandten der sächsischen See- und Hansestädte.

⁴⁸⁾ Vgl. Gebauer, S. 266: Die sächsischen Gemeinden waren von Bra. zum 6. Sept. nach Goslar entboten worden.

⁴⁹⁾ Br. A. b. 4. a. 1546, Sept. 19. Or.

⁵⁰⁾ Bra. A. 17. 1546, Sept. 24. Or.

Taxierung beschwert hätten. Aus dem Grunde hätten sie anfänglich nur drei Doppelmonate bewilligt, sich dann aber auf die dringende Forderung des Kurfürsten wegen der offenbaren Not zu weiteren drei Doppelmonaten entschlossen, obwohl sie an der Beratung und Bewilligung dieser Anlage nicht teilgenommen hätten. Sie besorgten aber, daß man diese Gutwilligkeit zu immer neuen Forderungen ausnutze, hätten sie doch schon von weiteren sechs Doppelmonaten gehört, die die oberländischen Städte beschlossen hätten. Das wäre ihnen sehr beschwerlich. „Dan wowol sich de Erbaren sachsischen Sehe- vnd Anze-Stede to erholdinge der waren christligen Religion in de vorstentnisse ingelaten, so hedden se doch alwege eres vermogens vnd gelegenheit achtunge gehadt vnd were ere gemote vnd meininge nicht gewesen . . ., dat se sick in einen vnendtlichen vnd vngluckmetigen handel vnd vnmogliche vnd vndrechlige last bouen ere vermogen steken vnd obliqeren scholden“. Weiter sollten die Gesandten wieder auf den gemeinen Pfennig zurückkommen, der ihnen allein eine gerechte Verteilung gewährleiste⁵¹⁾. Wenn man das Riesenheer von annähernd 100 000 Mann allein von den Anlagen der Stände unterhalten wollte, ließe sich leicht voraussehen, wie die Monate verdoppelt, verdreifacht und weiter vermehrt und vermehrt werden müßten. Die Städte hielten es deshalb für notwendig, daß man sich bei England und bei Frankreich um größere Summen bemühe und alle Protestanten, besonders Köln und Münster, in denen der Krieg vornehmlich seine Ursache habe, zu einer „gutwilligen Kontribution“ anhalte. Im Hinblick auf die Gefahr, daß der Krieg „up diese lande vnd Stede . . . drengen werde“, sollten die Gesandten fordern, daß zur Errettung der Städte, „welcke sick mit gelde vnd volcke entbloten“, Versicherungen gegeben würden.

Während die in Uelzen gemeinsam instruierten Gesandten Geldforderungen grundsätzlich nur auf der Grundlage des gemeinen Pfennigs bewilligen sollten⁵²⁾ und bei Ablehnung erst Vollmachten von den einzelnen Städ-

⁵¹⁾ Große Kapitalbildungen wie etwa in Augsburg gab es weder in Hbg. noch in Br. Das einzige Geldinstitut der Hansestädte war das Londoner Kontor (Häpke, S. 45). Bei Kirch (S. 55) findet sich die Mitteilung, daß die Fugger dem Grafen von Büren das zur Ausrüstung und Unterhaltung seines Heeres notwendige Geld selbst vorgestreckt oder durch Vermittlung von anderen Geldgebern verschafft hätten. So wären zu diesem Zweck unter dem Namen des Erasmus Schetz (eines reichen Antwerpener Patriziers, ADB) in Br. 200 000 fl aufgebracht worden. Diese Nachricht „Das erst gelt soll dem von Beuern von Bremen zukomen sein und sey gewesen zway mal hundert tausent guldin . . .“ sei von einem Bremer Bürgermeister (also wohl Vasmer) am 22./23. Sept. bei den Räten in Ulm vorgebracht worden (Kirch, S. 241). Diese Angabe, zumindest aber die Höhe der Summe, klingt wenig wahrscheinlich. Alle aus dieser Zeit bekannten Anleihen in der Stadt bewegen sich in weit bescheideneren Grenzen (Vgl. Albers a. a. O.).

⁵²⁾ Im Widerspruch dazu berichtet Gebauer (S. 268 f.), daß es Hbg. u. Br. in diesen Tagen geglückt sei, Bra. zu ihrer Ansicht zu bekehren, den gemeinen Pfennig zu vermeiden. Die Instruktion dürfte aber von größerem Gewicht sein, zumal sie mit der Br.'s und den Verhandlungen in Ulm übereinstimmt.

ten einzuholen hatten, wurden die bremischen Gesandten Vasmer, Ratmann Lüder Gottfried, der auch von Rheden hieß, und Gercken im Namen der Stadt mit unbeschränkter Vollmacht abgefertigt⁵³⁾. Sie sollten alles tun, was „gemeyner vorstenthnus auch teutscher Nation zu nutz“ sein könne, „furnemlich das zu erhaltung vnd weiter ausbreitung gotlichs worts vnd namens auch teutscher alter libertet vnd freheit dienstlich vnd vor guth angesehen werdet“. In Geldfragen hatten sie Vollmacht zu ratifizieren, sollten aber ebenfalls um die Erlegung in Form des gemeinen Pfennigs bitten. Die Vollmacht schließt mit der Versicherung der Stadt, sie wollte nicht alleine ihr „gantze vermugen, sunder auch leip vnd guth bey gemeinen Stenden offzusetzen kein beschwer haben“⁵⁴⁾.

Der Tag in Ulm war erst am 29. September eröffnet worden, so daß auch die Gesandten von Uelzen eben rechtzeitig angekommen sein mochten. Für die Beratungen der Finanzfragen wurde zu Beginn ein Ausschuß verordnet, dem drei oberländische Städte (Augsburg, Straßburg, Ulm) und drei sächsische (Bremen, Braunschweig und Magdeburg) angehörten. Bremen erklärte hier, daß es die geforderten zweimal drei Doppelmonate erlegt hätte⁵⁵⁾ und zeigte seine Bereitschaft zu weiteren Lasten, „wen . . . von middeln vnd wegen, welckere de gelickheit vp sich droigen vnd siner Hern vormogen erdragen konden, geredt worde“⁵⁶⁾, und das sei der gemeine Pfennig.

Das Ergebnis der Beratungen war die Einführung der 1/2prozentigen Vermögenssteuer für künftige Anlagen, wobei die bisherigen Zahlungen in Rechnung gestellt werden sollten⁵⁷⁾. Diese Maßnahme erfolgte aber für die Kriegführung im Oberland zu spät; denn mit dem Abschied in Ulm erfolgte auch schon der Abmarsch der Schmalkaldener nach Norden. Die Bemühungen, andere Geldquellen zu erschließen, waren erfolglos, da man die Sache der Schmalkaldener im Grunde schon verloren gab⁵⁸⁾.

Die Versammlung der Kriegsräte im Feldlager zu Giengen im November stand unter dem Eindruck des Einfalls in Sachsen. König Ferdinand hatte

⁵³⁾ Der Ulmer Abschied ist nur von Vasmer und Gercken unterschrieben. Bra. A, 17. 110 ff. 1546, Nov. 23.

⁵⁴⁾ Br. A. b. 4. a. 1546, Sept. 5.

⁵⁵⁾ Diese Aussage, die doch wohl vor Kammerräten und Pfennigmeistern erfolgte, dürfte kaum anzuzweifeln sein; trotzdem steht sie im Widerspruch zu späteren ebenso glaubwürdigen Erklärungen Bra.'s, wo die Anlagen zu erlegen waren. Vgl. S. 86, Anm. 77. Br. rechnete in Ulm wohl die eigenen Ausgaben ein, während Bra. nur das dort erlegte Geld berücksichtigt haben mag.

⁵⁶⁾ Bra. A. 17. 19 ff. 1546, Sept. 29. — Okt. 10: Protokoll d. Ulmer Tages, Or. (Forts. Bra. A. 17. 28 ff. Nov. 9. Or.?). Vgl. P. C. IV, 1, S. 449: Aufzeichnungen Sturms.

⁵⁷⁾ Bra. A. 17. 95. 1546, Okt. 23: Räte an Bra. Or.

⁵⁸⁾ Gleichzeitig mit dem Tag in Ulm tagten die dort nicht vertretenen sächsischen Städte in Bra. Beginn 5. Okt. Sächsische und hessische Räte (Pflug und Schenck) wurden dorthin abgeordnet. Die Forderungen an die Städte und ihre Antwort decken sich mit den Verhandlungen in Ulm und der Instruktion von Uelzen. Br. A. b. 4. a. Sept. 16, Okt. 8. Kop.

am 20. Oktober die Fehde angesagt, und Herzog Moritz eine Woche später verkündet, daß er Kursachsen in seinen „Schutz“ nehmen würde, um zu verhindern, daß es in fremde Hände falle. Mit ungarischen Husaren war er bald darauf ins Kurfürstentum eingefallen⁵⁹⁾. Für den Kurfürsten war es das Signal zum Aufbruch, zumal die Lage im Oberland sowieso verfahren war.

Zum erstenmal tauchte in dieser Lage der Gedanke auf, Friedensfühler auszustrecken. Kursachsen, Augsburg, Bremen, Hamburg und Ulm werden uns als die Stände genannt, die sich für eine Anknüpfung von Vertragsverhandlungen mit dem Kaiser aussprachen; allerdings sollte dies durch Sturm im eigenen Namen, also nicht im Auftrage des Bundes erfolgen⁶⁰⁾. Es ist klar, daß es sich hier nicht um eine Friedensbereitschaft um jeden Preis handeln konnte, hatte doch z. B. Bremen noch kurz vorher in Ulm für eine Verstärkung des Heeres⁶¹⁾ gesprochen. Ferner hatte es die Einziehung der geistlichen Güter empfohlen⁶²⁾, obwohl sich der Gegensatz zum Kaiser dadurch verschärfen mußte. Die Bedingungen des Kaisers, die man zu diesem Zweck erforschte, erschienen dann auch zu hart, um darauf eingehen zu können, ohne eine Niederlage erlitten zu haben⁶³⁾.

Für die sächsischen Städte war die unmittelbare Gefahr mit dem Einfall in Sachsen näher gerückt. Sie erklärten sich daher in Giengen bereit, den Kurfürsten mit einer „eilenden Hilfe“ bei der Wiedereroberung seines Landes zu unterstützen. Und zwar sollten die Städte zur Unterhaltung von zwei Regimentern (Oldenburg und Thumbshirn) und weiterer Reiter über 100 000 Gulden in Braunschweig erlegen, wovon den vier großen Städten Hamburg, Braunschweig, Magdeburg und Bremen je 20 000 Gulden zufließen⁶⁴⁾. Diese Summen sollten vom beschlossenen gemeinen Pfennig genommen werden, der zu diesem Zweck doppelt, d. h. als einprozentige Abgabe zu erheben war⁶⁵⁾.

Ein Punkt wurde in den Gienger Abschied aufgenommen, den wir unter diesen Umständen nicht mehr erwartet hätten. Es wurde für gut angesehen, daß der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen auf die Wege gedenken sollten, „wie ein vergardung gegen Niderlande gemacht und der feindt darselbst auch heimgesucht werde“⁶⁶⁾.

⁵⁹⁾ Vgl. Egelhaaf II, S. 473 f.

⁶⁰⁾ P. C. IV, 1, S. 450. 1546, Nov. 10: Erklärung Sturms.

⁶¹⁾ P. C. IV, 1, S. 400, Anm. 2.

⁶²⁾ P. C. IV, 1, S. 385.

⁶³⁾ Sleidan III, S. 54 f.

⁶⁴⁾ Goslar 10 000 fl, Hildesheim, Hannover je 9000 fl, Göttingen, Minden je 3000 fl, Einbeck nach Vermögen.

⁶⁵⁾ Bra. A. 17. 80. 1546, ohne Datum (Nov. 16): Abschied von Giengen, Kop. Diese Hilfe sei „auf dem Papier geblieben“, schreibt Schaafhausen (S. 101); „weder Geld noch Truppen kamen zur Ausführung“, Goos (S. 148). Wir werden später sehen, daß diese Urteile nur zum Teil zutreffen. Vgl. unten S. 68, Anm. 16.

⁶⁶⁾ Bra. A. 17. 80. a. a. O.

Häpke⁶⁷⁾ hat die Untätigkeit der Schmalkaldener gegen die Niederlande auf die Haltung der sächsischen Städte, besonders die Hamburgs und Bremens, zurückgeführt. Denn obwohl sie zu Beginn des Krieges versucht hatten, eine Sperrung des Sundes für niederländische Schiffe beim König von Dänemark durchzusetzen⁶⁸⁾, um den Getreidemangel in den Niederlanden zu erhöhen, hatten sie doch auf Meer und Flüssen gegen die Niederlande Neutralität bewahrt⁶⁹⁾. Bremen hatte einem hessischen Freibeuter mit Kaperbriefen vom Landgrafen die Werbung von Kriegs- und Schiffsvolk verboten. Daß uns hier in Giengen plötzlich wieder der Gedanke an einen Angriff auf die Niederlande begegnet, haben wir dennoch gewiß den Bemühungen Bremens zuzuschreiben. Im Bremer Archiv liegt uns eine Instruktion für den Bremer Kriegsrat Segebade Fridag vor⁷⁰⁾, die zwar undatiert ist, aber sicher für Giengen bestimmt war, und die Häpkes Ansicht widerspricht. Es wäre für die Stadt „ein große Hulffe“, heißt es da, „das ein zugk vff die niederlande vorordenet“ würde. Diese Länder seien reich, solch ein Zug würde also Geld bringen; die Bürger wären dazu im Herzen protestantisch und würden unterdrückt. „Vnser burger“, so lesen wir weiter, „die des orts degligs reisen vnd herkomen, berichten, das die leut nor(?) begeren, das imants dergestalt kome, vff das sie aus der gewalt errettet“ würden. Eine „ansehnliche person von fursten stand“ sollte den Oberbefehl für den Zug übernehmen, das Geld dafür durch den gemeinen Pfennig erlegt werden, der drei- oder vierfach gefordert werden müßte.

Der Zeitpunkt für eine solche Unternehmung war natürlich im November längst vorbei, die Aufnahme in den Abschied nicht viel mehr als eine Redensart.

Von größerer Bedeutung für die sächsischen Städte war ein anderer Punkt des Abschieds. Da die eingehenden Gelder zur Besoldung der schmalkaldischen Truppen schon seit längerer Zeit nicht mehr ausreichten, sollten die sächsischen See- und Hansestädte den Rittmeistern und Hauptleuten, die um sie herum „gesessen“ (d. h. wohl ansässig waren), „obligation und verschreibung“ wegen der Ausstände geben und sie von ihrem gemeinen Pfennig bezahlen. Dieser Passus wurde zwar auf Einspruch der sächsischen Städte gestrichen⁷¹⁾; die Verschreibungen erfolgten aber trotzdem durch die Fürsten und sollten in den kommenden Monaten zu ernsthaften Verstimmungen unter den Bundesverwandten führen.

Giengen und Ulm waren die traurigen Endpunkte des so aussichtsreich begonnenen Donaufeldzuges. Der Abzug nach Norden lieferte Oberdeutschland den kaiserlichen Heeren aus; die Unterwerfung einer süddeutschen Stadt nach der anderen war die unvermeidliche Folge.

⁶⁷⁾ S. 239 f.

⁶⁸⁾ Häpke, S. 234.

⁶⁹⁾ Dafür blieben die Bürger Hbg.'s in den Niederlanden unbehelligt. Vgl. Häpke, a. a. O.

⁷⁰⁾ Br. A. b. 4. a. Konz.

⁷¹⁾ So in der Bra. Kopie. Bra. A. 17. 80. a. a. O.

c) Verhandlungen um die Jahreswende 1546/1547

Der Schmalkaldische Bund war erheblich zusammengeschrumpft; der oberländische Kreis war praktisch aufgelöst; die Last des Krieges, die großen Schulden der bisherigen Kriegführung lagen auf den Schultern der Bundeshauptleute und der sächsischen Städte. Philipp von Hessen verhielt sich ziemlich untätig; er war seit November zum Frieden entschlossen und war nicht geneigt, etwas zu unternehmen, was ihn beim Kaiser weiter in Mißkredit gebracht hätte. Der Kurfürst, der zu Beginn des Krieges „ein seltsames Gemisch von Beschränktheit, Phlegma und Gottvertrauen“¹⁾ gezeigt hatte und gewiß nicht unschuldig an dem Verlauf des Donaukrieges war, zeigte sich jetzt als der Aktivere. Für die Städte seines Kreises war aber auch von ihm keine große Hilfe zu erwarten; denn er sah sich allein dem Ansturm des Kaisers, Ferdinands und des Herzogs Moritz gegenüber und war vielmehr auf die Unterstützung der See- und Hansestädte angewiesen.

Von zwei Seiten her wurden die Städte um die Jahreswende belastet, durch die Aufbringung der in Giengen bewilligten eilenden Hilfe und durch die Flut von Verweisungsschriften, die über sie hereinbrach. Die Bundeshäupter hatten das Problem der großen Soldrückstände trotz des Gienger Abschieds auf diese Art zu lösen versucht. Von November ab datieren die Schriften, erschienen die Rittmeister und Hauptleute in den Städten, um ihre Forderungen zu präsentieren. Die ersten kleineren Beträge von etwa 3000 Talern beglich die Stadt Bremen²⁾ und empfahl auch Braunschweig, ein Gleiches zu tun, um den Landgrafen nicht zu verärgern³⁾. Als die Summen aber immer mehr anstiegen, in Bremen wie in Braunschweig auf 60 000 bis 70 000 fl aufliefen⁴⁾, sahen sich die Städte außerstande, die Forderungen zu befriedigen. Nach den ersten Mißerfolgen, die die Kriegsleute bei den Städten hatten, nahmen die Verweisungen, die zunächst nur von Haftung der Stände gesprochen hatten, einen so scharfen Ton an, daß nichts besser illustrieren könnte, wie weit der Bund schon innerlich zerfallen, ja daß er in der bisherigen Form nur noch eine Fiktion war. Die Verweisungen erhielten die Klausel (hinter der wir wohl Philipp von Hessen vermuten dürfen), daß den Rittmeistern und Hauptleuten im Falle der Weige-

¹⁾ Hasenclever, K. V., S. 58.

²⁾ Vgl. die Empfangsbestätigungen und Verweisungsschriften Br. A. b. 4. a. 1546, Nov. 23 (zweimal) Or.; Dez. 8, Or.; 1547, Jan. 16, Or.; Jan. 31, Or.; Febr. (Jan.) 1, Or.; Febr. 12, Kop.; Febr. 16, Or.; März 1, Or. Noch Jahre nach dem Krieg hat Br. solche Forderungen beglichen: Br. A. b. 4. a. 1548, Jan. 7, Or.; Br. A. b. 4. d. 1550, Apr. 19, Or.

³⁾ Bra. A. 21. 247. 1547, Jan. 21: Br. an Bra. Or.

⁴⁾ Die bei Gerber (XXXIII, S. 233, Anm. 1) genannten 14 435 fl als der Br. zuge teilten Verweisungssumme sind schon von einer einzigen Forderung überschritten.

rung das Recht zustände, die Städte anzugreifen, sich ihrer Bürger und Güter zu bemächtigen, bis ihre Forderungen erfüllt seien⁵⁾. Hamburg richtete auf einem Tag zu Magdeburg im bitteren Ton eine Beschwerdeschrift gegen diese „hochbeswerliche Clausel“. Es wäre kläglich und zum Erbarmen, wenn die Stände ihr Bestes getan hätten, daß sie dann zuletzt ihre eigenen Freunde und Verbündeten zu Verfolgern und Feinden hätten⁶⁾. Tatsächlich waren ein Bürger von Braunschweig und zwei von Hannover niedergeworfen und ihrer Habe beraubt worden. Die Folgen dieses rücksichtslosen Vorgehens auf die Stimmung der Bürger sind gar nicht hoch genug zu veranschlagen⁷⁾.

In seiner Antwort auf diese Beschwerden machte Philipp den sächsischen Städten schwere Vorwürfe. Wenn sie ihre Schuldigkeit getan hätten, „were des abzugs, der sich volgets (nach Giengen) zugetragen, nicht von nothen gewesen“. Da die Fürsten und die oberländischen Städte bis zu zwanzig und mehr Doppelmonate erlegt hätten, die sächsischen Städte aber nur zwei bis acht, hätten sie sich erboten, einen Teil der Schuld der Reiter und Knechte auf sich zu nehmen, ehe sie das Geld mit Unsicherheit zum Oberland schafften. Auf die bedenkliche Form dieser Verweisungen ging Philipp nicht ein: er bestand nur darauf, daß die Verwiesenen zufriedengestellt würden⁸⁾. Eine Verständigung war hier nicht möglich. Beide Parteien beharrten auf ihrem vermeintlichen Recht; von einem höheren gemeinsamen Ziel, dem man dies Recht hätte opfern können, war in diesem Stadium des Krieges wenig zu spüren. Philipp lehnte daher auch jede Hilfe ab, sei es durch Truppen, durch Geld oder Stellung von Hauptleuten, als es darum ging, das belagerte Bremen zu entsetzen⁹⁾.

Die Verpflichtung zur eilenden Hilfe für den Kurfürsten einzuhalten, waren die Städte dagegen entschlossen, wenn es auch hier langer Ermahnungen und häufiger Mahnungen bedurfte, die nicht frei waren von Erbitterung auf beiden Seiten. Im Dezember richtete Braunschweig deswegen an die beteiligten Städte ein Schreiben, daß der Kurfürst der Hilfe dringend bedürfe, da seine Truppen schon zwei Monate unbezahlt seien. Der sächsische Gesandte von Denstedt erwarte umgehende Erklärung, wann mit der Zahlung zu rechnen sei¹⁰⁾. Ebenso wie Hamburg hatte Bremen bisher noch nichts von seinen 20 000 Gulden erlegt; beide versprachen aber in den nächsten Tagen wenigstens 15 000, bzw. 10 000 Gulden aufzubringen. Eine Forderung an

⁵⁾ Br. A. b. 4. a. 1547, Jan. 7: Bra. an Br., Or. Anlage: Kop. einer Verweisung, Dez. 19. Sie sollten „macht vnd gewalt haben, oberuerter Stett eine . . . mit oder one recht vff zu halten, antzugreifen, einzuziehen vnd zu schatzen“.

⁶⁾ Bra. A. 17. 195. 1547, ohne Datum. Magdeburg.

⁷⁾ Bra. A. 21. 303 ff. 1547, März 6: Ges. der Städte in Bra. an Joh. Fr. Kop.

⁸⁾ Br. A. b. 4. a. 1547, März 12: Ph. an die Gesandten in Bra. Kop.

⁹⁾ Bra. A. 17. 398 f. 1547, März 23: Ph. an (Ges. in Bra.), Or.?

¹⁰⁾ Bra. A. 21. 99 f. 1546, Dez. 19, Konz.

Magdeburg übertrug Bremen sofort an den Kurfürsten¹¹⁾. Es wurde aber Mitte Januar, bis Bremen an die 5000 Gulden abgehen ließ¹²⁾. Der Rest der Summe solle so schnell wie möglich folgen, schrieb Bremen an Braunschweig, an den kurfürstlichen Gesandten dagegen, daß es unmöglich sei, die ganze Summe aufzubringen. In der Versammlung der Räte hätten sie das nicht angezeigt, um nicht das ganze Werk zu stören¹³⁾. Es drückt sich in dieser sehr diplomatischen Haltung Bremens eine genaue Kenntnis der Schwächen des Bundes aus. Kraß ausgesprochen, war es so, daß in Fällen der Gefahr jedes Mitglied tat, als ob gerade ihm das Messer an der Kehle säße; galt es aber, anderen zu helfen, tat niemand etwas, wenn nicht der andere sich zu gleicher Hilfe verpflichtete. Wäre nicht der Hintergrund so bitter ernst gewesen, könnte es fast belustigen, die Protokolle der Bundesverhandlungen zu verfolgen und immer wieder ein unermüdliches Tauziehen darum festzustellen, welche der Städte sich zu einem Punkt als erste erklären sollte, bis sich endlich ein Mutiger fand und — wenn auch recht vorsichtig — Stellung nahm¹⁴⁾.

Dieser klug-berechnenden Haltung Bremens müssen wir es zuschreiben, wenn der braunschweigische Gesandte von Plauen aus Magdeburg an seinen Rat schreiben konnte: „Nu hebben sick de von Bremen vnd Magdeborch darup beraden, vnd finden, dat churf. g. mit widerer hulpe nicht tho vorlaten sin wille, hebben sick ock albereit tho 10 000 fl^a bis Ostern (April 10) zu erlegen erboten und „wehren wol nicht vngeneigt“, ein jeder für sich 20 000 Gulden oder mehr zu zahlen¹⁵⁾. Dieses großzügige Angebot erfolgte im Februar, als Minden vom Feind bereits eingenommen, Bremen unmittelbar bedroht war und umfangreiche Rüstungen für seine eigene Verteidigung betrieb, wie es selbst Braunschweig berichtete¹⁶⁾, also keinen Pfennig Geld entbehren konnte. Tatsächlich hat die Stadt auch keine Zahlung mehr geleistet, und auch ein Versuch des Landgrafen, in Bremen Geld aufzubringen, konnte keinen Erfolg haben¹⁷⁾. Der Schauplatz der langwierigen Verhand-

¹¹⁾ Bra. A. 21. 122 ff. 1546, Dez. 24. Or. 1500 Ridergulden.

¹²⁾ Bra. A. 21. 142 ff. 1547, Jan. 18: Br. an Bra., Or. — Br. A. b. 4. a. 1547, Jan. 25: Quittung über 1000 Thl., 1500 Goldgulden, 350 doppelte Dukaten, 100 Engelloten, 400 Rider (gulden), 100 gold. Kronen, 100 Gulden Münze, 7 Portugaleser. Bra. A. 17. 318 f., März 2: Empfangsbestätigung Georgs von Denstedt.

¹³⁾ Br. A. b. 4. a. 1547, Jan. 18: Br. an (kurfürstliche Ges. in Bra.), Konz.

¹⁴⁾ Vgl. Bra. A. 17. 265 ff.: Protokoll des Braunschweiger Tages, 1547, März 4 ff.: 276 f., März 16—30.

¹⁵⁾ Bra. A. 17. 208. 1547, Febr., Or.

¹⁶⁾ Bra. A. 21. 259 ff. 1547, Febr. 12: Br. an Bra., Or. Von der Gienger Hilfe erhielt der Kurfürst insgesamt 56 183 fl 19 gr, also rund die Hälfte, wovon Br. 5256 fl 17 gr, Hbg. 17 940 fl 3 gr, Bra. 17 102 fl 17 gr, Magdeburg 8571 fl 9 gr aufbrachten, die Restsumme Hildesheim und Hannover. Vgl. Gerber XXXIV, S. 99.

¹⁷⁾ K. 1719. 1546, Dez., 1547, Jan.

lungen über diese Fragen waren der Tag in Magdeburg¹⁸⁾ und seine Fortsetzung in Braunschweig¹⁹⁾.

Das wichtigste Ergebnis der Städteversammlung in Magdeburg war der Entschluß, „sich zusammzusetzen und einander treulich zu helfen“. Es war praktisch ein neuer Bund, den die niederdeutschen Städte hier eingingen, ein Entschluß, der von beachtlichem Mut und Selbstvertrauen zeugt, in einem Augenblick, als die kaiserlichen Heere ungehindert im Anmarsch waren und selbst der Kurfürst gedroht hatte, er müsse „vor sick vmb eine verdracht by dem Keiser vnnd Hertzog Moritzen trachten“, wenn ihm keine Hilfe zuteil würde²⁰⁾.

Wenn wir das kleinliche Verhalten in Einzelfragen nicht zu hoch anschlagen, können wir Ranke zustimmen, daß „die niedersächsischen Städte die einzigen“ waren, „die von Anfang bis zum Ende einen standhaften Entschluß und einen festen Willen bewiesen“²¹⁾. Wenn Ranke weiter schreibt: „. . . es scheint, als sei (in dieser Zeit) auch von den niederdeutschen Städten einen Augenblick eine Annäherung an den Kaiser versucht worden“, so trifft das für die Gienger Verhandlungen zu; in den folgenden Monaten bis zur Gefangennahme des Kurfürsten von Sachsen ist davon aber nichts zu spüren. Man fühlte sich, ganz abgesehen von der Verfolgung eigener Ziele, als Vorkämpfer für höhere Werte: man glaubte, das Unternehmen des Kaisers sei nicht nur gegen den Schmalkaldischen Bund gerichtet, sondern auch dahin, „de gantzen dudeschen Nation, alse dat Vader Landt, von orher olden . . . Liberteten“, die von den Vorfahren mit viel Blut erhalten worden seien, „tho entsetthen vnde weddervm in ewygen Egendom vnde beswerunge tho bryngen“²²⁾, wie Bremen in diesen Tagen an Danzig schrieb.

Die Grundlage für die gemeinsamen Rüstungen der niedersächsischen Städte sollte eine einmalig aufzubringende Summe von 100 000 Gulden bilden, von der den vier großen Städten wieder je 20 000 als ihr Anteil zukamen. Mit diesem Geld sollte eine Gegengarde aufgestellt werden von 7000 Knechten und 3000 Reitern²³⁾. Daß sich die Städte zu einer solchen

¹⁸⁾ Die Versammlung wurde in Giengen für den 12. Jan. nach Frankfurt angesetzt, dann zum 18. Jan. nach Magdeburg umgelegt, da der Graf von Büren schon am 29. Dez. in Frankfurt eingezogen war (Ranke IV, S. 373). — Bra. A. 17. 137 ff., 1547, Jan. 2, Or.: Ausschreiben nach Magdeburg. Die Magdeburger Versammlung wurde am 26. Jan. eröffnet, auf Wunsch des Kurfürsten nach Halle verlegt und ab 8. Febr. wegen „Pestilenz“ wieder in Magdeburg gehalten. Bra. A. 17. 141 ff., Jan. 18—Febr. 20: Protokoll des Magdeburger Tages, Kop.

¹⁹⁾ Bra. A. 17. 128 ff. Ab 15. März.

²⁰⁾ Bra. A. 17. 141 ff. a. a. O.

²¹⁾ Ranke, IV, S. 430.

²²⁾ Br. A. b. 4. d. 1546, Dez. 16. Konz.

²³⁾ Bra. A. 17. 212. 1547, Febr. 16: Magdeburgs Gesuch an Bra., Kop.? Jede Stadt sollte sich auf ein Jahr mit Proviant versorgen. — Nach einem ersten Entwurf waren nur 1000 Knechte und 187 Pferde von den Städten in Einzelkontingenten als eilende Hilfe für den Fall einer Belagerung vorgesehen.

Summe bereit fanden, war nicht zuletzt das Verdienst des Kurfürsten. Obwohl er selbst, wie wir wissen, große Belastungen zu tragen hatte, ihm die versprochene Hilfe noch nicht gezahlt war und Bremen und Hamburg seinen Vorschlag, sich mit den Oberhauptleuten gegen den König von Frankreich für „200 000 cronengulden capital vnd dersulvigen pensionen“, zu verpflichten, hatten ablehnen müssen²⁴⁾, erlegte der Kurfürst von sich aus 10 000 Gulden als Laufgeld und stellte die Grafen Albrecht von Mansfeld und Christoph von Oldenburg zur Versammlung und Führung der Gegengarde²⁵⁾.

Wie dringend diese Maßnahmen waren, hatte das Schicksal Mindens gezeigt. Im November hatte Karl V. im Feldlager zu Witteslingen in Schwaben eine Bestallungsurkunde für Graf Philipp von Eberstein, Christoph von Wrißberg, Herbort von Langen und Friedrich Spedt ausgefertigt, nach der diese Obersten mindestens 18 Fähnlein Knechte und 500 Pferde aufbringen sollten „gegen die Widersacher und Ungehorsamen im Norden des Reiches“²⁶⁾. Alle Eroberungen an Festungen, Ländereien und dergleichen sollten dem Kaiser gehören, kaiserliche Lande möglichst nicht durchzogen werden²⁷⁾. Den Oberbefehl über die aufgestellten Truppen erhielt Jobst von Cruningen, Burggraf in Seeland²⁸⁾. Dieses Heer, das sich in Westfalen und um Essen gesammelt hatte, nahm seinen Weg, ohne Widerstand zu finden, durch Tecklenburg, Rietberg und Lippe in die Bistümer Osnabrück und Minden. Gemäß ihrer Verpflichtung forderten die Obersten und Kommissare, daß die Grafen und Herren „alle Lehenstuck, so sie vonn Lunenburg und Hessen gehabt, von der Römischen Key. Mat. vnd dem heilligen Reiche zu Lehen tragen, empfangen vnnnd habenn“ und daß „allezeit dieselbig Haus vnd Grafschafft der Key. Mat. offen Haus vnd Grafschaft sein“²⁹⁾.

Da Minden von diesem Heer bedroht war, hatte es als einungsverwandte Stadt an die in Halle versammelten Räte des Bundes am 2. Februar ein dringendes Hilfesuch gerichtet³⁰⁾. Die Antwort war wenig tröstlich. Man versicherte Minden des allgemeinen Mitleids, verwies dann auf Leipzig, das sich so mutig gegen Johann Friedrich verteidige, und empfahl im übrigen, sich in den benachbarten Städten selbst um Knechte zu bewerben³¹⁾. Fünf

²⁴⁾ Bra. A. 17. 166 f. 1547, Febr. 7. Halle: Br.'s Ges. an Bra., Or.: „Idt kunnen auer J. erb. w. gudes verstandes wol erachten, wo gelegen sodanes densulvigen Steden sin mag“, und daß die Gesandten dazu nicht ermächtigt waren.

²⁵⁾ Bra. A. 17. 255 ff. 1547, Febr. 26: Magdeburger Abschied, Kop.

²⁶⁾ Berentelg, S. 22.

²⁷⁾ Br. A. b. 4. a. 1546, Nov. 15: Verpflichtung der Obersten. Kop. — Nov. 19: Bestallungsurkunde. Kop.

²⁸⁾ Vgl. für den Zug dieses Heeres Kohlmann, S. 17 ff.; v. Bippen, Aus Br. Vorzeit, S. 139 f.; Berentelg, S. 22 ff.; zuletzt Häpke, S. 240 ff.

²⁹⁾ Br. A. b. 4. b. 1. 1547, Febr. 11: Räte zu Celle an Br. Or.

³⁰⁾ Bra. A. 17. 200 f. Kop.?

³¹⁾ Bra. A. 17. 202 f. 1547, Febr. 9. Kop.

Tage später entschloß man sich zu einem etwas tröstlicheren Schreiben: Bremen sollte ein Fähnlein Knechte senden und 1000 Gulden leihen. Außerdem empfahl man der bedrohten Stadt, da sie so viele Anleihen schuldig geblieben sei, dieses Geld jetzt zu verwenden: der Bund habe soviel Ausgaben, daß er mehr nicht helfen könne³²⁾.

Eine Hilfe wäre auch zu spät gekommen; am 10. Februar hatte sich die Stadt „mehr aus Furcht und Schrecken als aus Not und Drangsal“, wie der Kurfürst an Bremen schrieb³³⁾, dem Feinde ergeben. Für Bremen war dies eine ernste Warnung, nicht nur, weil Nachricht aus Celle kam, daß das Heer seinen Zug weiter auf Bremen und Hamburg richten wolle³⁴⁾, sondern auch, weil das Beispiel Mindens eine Lehre war, daß man nur auf die eigene Kraft vertrauen könne, da mit einer Hilfe vom Bund — wenn überhaupt — erst nach langem Besinnen zu rechnen war.

Diese Kraft aber verspürte Bremen in sich, jetzt als der Feind vor den Toren stand, nicht minder als im Sommer, da der kaiserliche Gesandte eine klare Entscheidung verlangte. Zwei Tage bevor das feindliche Heer im bremischen Gebiet erschien, wiederholte der Rat in einem Schreiben an seine Gesandten Daniel von Büren und Johann Rolwagen in Magdeburg das damalige Bekenntnis: „Dan wy sin des wyllens unde geneget, dat wy uns, vormitzt Hulpe und vorleninge des Almechtigen, van deme heylsamen Worde vnde anders nicht wyllen affstrecken unde drengen lathen; sundern tho erholdinge der gotlicken Ehr vnde wordes vnde tho vulstreckinge unser vorscryuinge dat jenne dar tho don wyllen, wes vns alse fromen unde Ernleveden lüden tosteyt vnde geboert, der hogen unde ungetwiuelden vortrostinge, Got de Almechtige werde vns darann gnediglick hanthauen unde erholden“³⁵⁾. Erst einige Tage später ging dieser Brief ab, da das kaiserliche Heer inzwischen vor der Stadt eingetroffen war. Die Nachschrift mit einem ersten Bericht aus der belagerten Stadt erinnerte die Bundesgenossen an die beschlossene Hilfe. Sie hätten alles erwogen und wären getrost, sie wollten warten, was Gott mit ihnen vorhabe, sich nicht von dem gnadenreichen Wort noch vom Bündnis drängen lassen und die Stadt „beth uppeterster . . . holden“.

³²⁾ Br. A. b. 4. b. 3. 1547, Febr. 14. Or.

³³⁾ Br. A. b. 4. b. Ohne Datum: P. S. zu einem Brief Joh. Fr.'s an Br. Vgl. die Bemerkung Rolwagens auf Br. A. b. 4. b. 3. a. a. O.: „Has litteras cum commendaremus nuncio iter facienti ad Mindenses, deficiebant a foedere et sese Wrisbergio dedebant, cum ego Joannus Rulwagen cum consule Daniele essem Magdeburgi“.

³⁴⁾ Br. A. b. 4. b. 1547, Febr. 12: Rat von Celle an Hbg. Kop.

³⁵⁾ Br. A. b. 4. b. 8. 1547, Febr. 17 und Nachschrift vom 26. Or.

d) Die Belagerung und Befreiung Bremens

Es folgte für die Stadt eine Zeit schwerer Prüfungen. Drei Monate lang war Bremen, mit kurzer Unterbrechung, belagert; drei Monate hindurch wurde immer wieder unter harten Bedingungen die Frage gestellt, was Rat und Bürgerschaft der Stadt ihre religiöse und politische Freiheit wert, wie tief aus dem Herzen ihre bisherigen Bekenntnisse gekommen wären. Es begann für Bremen eine Zeit, in der sich sein Anteil an der protestantischen Sache nicht länger wie bisher mehr oder weniger in Zahlen, in Geldsummen ausdrücken ließ. Die geldlichen Leistungen und sonstigen Opfer der Stadt waren zwar in den folgenden Monaten ungleich größer als bisher, wahrscheinlich größer als die jeder anderen Stadt im Schmalkaldischen Kriege; aber nicht das ist Bremens größte Leistung, nicht damit ließ sich in diesem verlorenen Kriege noch ein Beispiel aufrichten, das fortwirken konnte. Bewundernswert ist vielmehr die moralische Haltung, ist der monatelange siegreiche Kampf mit dem Gefühl der Sinnlosigkeit des Aushaltens, dem Gefühl, daß man auf verlorenem Posten stehen könnte. Niemand hat Bremen zunächst in diesem Kampf geholfen, wenn wir von den herzlichen Ermahnungen des Kurfürsten absehen; denn das Verhalten der sächsischen Städte, ihr genugsam bekanntes Zögern, war wenigstens in den ersten Wochen eher dazu angetan, die Bremer zu entmutigen.

Die Geschichte der Belagerung ist als ein glorreicher Abschnitt in der Geschichte Bremens vielfach im geschichtlichen Schrifttum behandelt worden, zumal die bremischen Chroniken, die oft ganze Jahre unerwähnt lassen, aus diesen Wochen fast täglich oder gar stündlich die Ereignisse verzeichnen¹⁾. Leider bleiben diese Quellen nur bei den Tatsachen stehen. Private Zeugnisse aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts liegen nicht vor, so daß die Fragen, die uns am meisten bewegen: Wie steht der einzelne Bürger zu den Ereignissen, wie erträgt er Not und Gefahr, wie den Verlust seiner Güter, was sagt sein Gewissen zu dem Vorwurf, Rebell gegen Kaiser und Reich zu sein, — daß diese Fragen, wenn überhaupt, nur sekundär aus den Ereignissen wie aus dem amtlichen Schrifttum erschlossen werden können. Das Widerstandsrecht gegen den Kaiser war bei den Protestanten eine heiß umstrittene Frage. Wir wissen, daß Luther (nach Röm. 13,1 ff.) grundsätzlich den Widerstand gegen die von Gott gesetzte Obrigkeit als widerchristlich verwarf. Seine scharfe Stellungnahme „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“, die seine ganze Volkstümllichkeit aufs Spiel setzte, war nicht zuletzt von diesem Grundsatz bestimmt. Luthers

¹⁾ Vgl. Kohlmann — eine Darstellung der Ereignisse vor allem im Bereich der Stadt auf Grund der in Br. vorhandenen Unterlagen. Ähnlich v. Bippen II, S. 120 ff., Aus Br. Vorzeit, S. 131 ff.; Wiedemann II, S. 55 ff. — vom Erzb. und Stift aus gesehen; Berentelg, S. 46 ff., Häpke, S. 244 ff. — besonders das Verhältnis zu den Niederlanden.

Bekenntnis war wirklich nur religiös gemeint: im Gegensatz zu Calvin und Zwingli war er nicht geneigt, soziale oder politische Folgerungen daraus zu ziehen, und nicht mit Unrecht fürchtete er, die Reinheit des Evangeliums dadurch zu beflecken. Aber wie in den Fragen der Kirchenordnung oder des Dogmas die politische Wirklichkeit die ursprüngliche Idee zu sich herabgezogen und sie umgegossen hatte, so zwangen auch die Forderungen der Welt in der Frage der Stellung zur Obrigkeit die neue Glaubensgemeinschaft zu Zugeständnissen. Luther blieb bis zu seinem Tode unnachgiebig in seiner Haltung: er hat damit selbst der Ausbreitung und Festigung seiner Lehre geschadet. Seine Forderung, alle Leiden und Unterdrückungen um des Glaubens willen geduldig zu tragen, war eben nur von einer religiösen Elite erfüllbar, nicht aber von der Masse des Volkes, die bald zum Träger seiner Lehre wurde und dieser langsam den eigenen Stempel aufdrückte.

Es ist daher verständlich, daß von katholischer Seite 1546 Luther selbst gegen die Schmalkaldener ausgespielt werden konnte²⁾. Luthers Art zu schreiben, der das gelehrtenhafte Abwägen des Wortes nicht lag, die zahlreichen Widersprüche in seinen Verkündigungen, besonders aber sein tiefgründiger Haß gegen den Papst gerade in unserm Jahrzehnt gaben auch den Schmalkaldenern die Waffen in die Hand, um von Luther aus die katholische Lutherdeutung in dieser Frage bekämpfen zu können. So veröffentlichten Melanchthon und Bugenhagen 1546 einen Brief Luthers (vom 8. Februar 1539), der eigens für den Schmalkaldischen Krieg geschrieben zu sein schien. Diene der Kaiser in einem Krieg dem Papst, heißt es darin, so müsse er die Folgen tragen; denn der Widerstand gegen den Papst, der schlimmer sei als der Türke, sei jedem Christen erlaubt. Weiter noch ging Melanchthon in einer unter dem Namen des Justus Menius veröffentlichten Flugschrift aus der gleichen Zeit: Sobald die Obrigkeit etwas befehle, was Gottes Geboten widerstreite, höre die Pflicht des Gehorsams auf, und es beginne die Pflicht des Ungehorsams. Die Obrigkeit sei verpflichtet, die rechte Lehre und den rechten Gottesdienst zu pflanzen und zu schützen, falsche Lehren aber zu verbieten. Da der Kaiser dies Gebot versäumt habe, sei er nicht die von Gott gesetzte Obrigkeit, sondern des Teufels Diener. Weder das römische Reich noch die kaiserliche peinliche Halsgerichtsordnung schränkten aber die Notwehr zugunsten einer frevelnden Obrigkeit ein.

Wir können den oft verschlungenen Pfaden, welche die Polemik verfolgte, hier nicht nachgehen. Allein die Tatsache aber, daß man soviel Tinte verschreiben mußte, zeigt, wie problematisch die Stellung der Protestanten in dieser Frage war, daß man noch auf Neuland stand und daß das Rechtsempfinden mit der religiösen Umwälzung nicht hatte Schritt halten können.

Die Rechtfertigungsschriften der Bundeshauptleute zu Beginn des Krieges hielten sich auf der eben gezeichneten Linie, nur daß sie auch das Politische mit einbezogen, d. h. den Vorwurf erhoben, der Kaiser habe gegen die

²⁾ Vgl. für das Folgende: Waldeck, S. 42 ff.

Wahlkapitulation, Reichsrecht und Landfrieden verstoßen, woraus sie sogar ein Absetzungsrecht herleiteten. Der religiöse Boden war aber doch die sicherste Grundlage für die Behauptung eines Widerstandsrechts, obwohl auch er schwankend war. Wir sehen daher, daß sich die Polemik weniger gegen den Kaiser als vielmehr gegen den Papst richtete. Der Kaiser habe „sick vom Antechrist tho Rome und dem Gadlosen Concilio tho Trient“ verführen lassen, schrieb der Bremer Chronist³⁾. Auch der Bremer Rat ließ zunächst den Kaiser möglichst aus dem Spiel, wie schon von Bippen bemerkte⁴⁾, wenn er zum Beispiel in der Instruktion für Ulm⁵⁾ nur vom „Papst mit sampt seinem anhang“ sprach. Das ließ sich im Frühjahr 1547, als der Papst zum großen Zorn des Kaisers seine Truppen aus Deutschland abberief, nicht mehr aufrechterhalten. Man mußte sich nun offen gegen die geheiligte kaiserliche Majestät erklären. Der Stadt Bremen kam hierbei das stolze Bewußtsein zu Hilfe, eine geachtete Stellung im Norden Europas ohne Rückhalt durch den Kaiser errungen und durch viele Geschlechterfolgen hindurch behauptet zu haben. Daneben aber war das religiöse Bewußtsein — vielleicht aus dem gleichen Grunde — politischer, aktiver, als es im Grunde im Luthertum angelegt war. Vielleicht können wir hier schon einen ersten Hauch des calvinistischen Geistes verspüren, der bald hernach von Bremen Besitz ergreifen sollte⁶⁾.

Das Heer Cruningens wurde von Bremen nicht als reguläres kaiserliches Heer anerkannt. In seiner Antwort auf die erste Übergabeforderung lehnte der Rat es grundsätzlich ab, sich „mit den mothwylligen mordtbarners vnde boseswichtern“ in eine Verhandlung einzulassen, „darauer wolden se erdragen, dat de vnderste steen bauen queme“⁷⁾. Diese Haltung war nicht unberechtigt, da Karl nur eine verhältnismäßig geringe Summe zu dem Unternehmen gegeben hatte und erst dann das Heer in regelrechten Sold nehmen wollte, wenn er die eroberten Gebiete selbst übernehme⁸⁾. Anders war die Sache gegenüber Herzog Erich von Braunschweig, der die zweite Belagerung der Stadt leitete.

Gegen ihn berief sich die Stadt einmal darauf, daß sie „deme Ertze Stiffte Bremen tostendich vnd der Key. Mayt. dermaten, wo andere Stede des Rickes, nicht vorwandt“⁹⁾; dann betonte sie grundsätzlich ihre Unschuld. Sie lehnte es ab, gegen den Kaiser konspiriert oder ihm in Dingen, wo sie Gehorsam schuldig sei, diesen verweigert zu haben. Daß sie sich in eine

³⁾ Renner II, S. 305.

⁴⁾ Aus Br. Vorzeit, S. 137.

⁵⁾ Br. A. b. 4. a. a. a. O.

⁶⁾ Daniel v. Büren, in dieser Zeit Br.'s Bürgermeister, studierte schon 1533 in Heidelberg, der Universität, wo calvinistische Strömungen zuerst Eingang fanden (Vgl. Graf, Bremer Ratsfamilien v. 1300—1700, Masch. Diss., Münster 1944).

⁷⁾ Rienesberg-Schene 1547, Febr. 25.

⁸⁾ Vgl. Hähpe, S. 240 f. Er nennt den Feldzug eine „Art Freibeutefahrt“.

⁹⁾ Kohlmann, S. 69.

„defensive verstandnuss“ eingelassen, wie sie ihren Vorfahren „van veelen vndechtigen (undenklichen) Jahren je vnd allewege frieg gestanden“ und auch jetzt den Bürgern noch freistände, das könnte man nicht als Verschwörung bezeichnen. Es hätte auch nicht in ihrem Sinne gelegen, Krieg oder Unruhe zu erwecken. Daß sie „tho der naturlicken vnd in Rechten vorlouden (erlaubten) Jegenwher vnd Defension“ ihren Mitverwandten beigestanden hätten, könne ihnen mit Billigkeit niemand verdenken. Es ginge aber nicht an, jemand ungehorsam zu schelten „na vermoge des Keysers synen egen Rechtenn, Landtfreden vnd Ordnungen des Rickes“, ohne ihn vorgeladen, verklagt und im Prozeß überwunden zu haben. Ohne Rechtsvorgang sie „myt Swerde vnd Für tho uorfolgen“, wie Erich gedroht hatte¹⁰⁾, hätten sie keineswegs erwartet. Sie mußten „dat dem Almechtigen beuelen, de datt tho syner Tidt, also ein rechter Richter, woll richten vnd finden vnd syn Göttlickes Wort“, um dessentwillen ihnen der Krieg allein zugeschoben sei, „wol erholden werdet . . . Wo dem auer alle, offte de Keys. Mayt. edder ock J. F. Durchl . . ., unss worumme vormeinde tho besprecken“, fährt der Rat fort, hätten sie sich mehrmals erboten, „jedermanne vor Chor-Försten vnd gantzen gemeinen Stenden des Hilligen Rykes vor gebörliken Rechte tho stahnde“¹¹⁾.

Wie weit die lutherischen Prediger an dieser Haltung Anteil hatten, wissen wir nicht. Wir hören aber zum Beispiel, daß die Prediger in Leipzig von der Kanzel gegen den Kaiser polemisierten und auf das Verbot von Herzog Moritz erklärten, sie seien kraft ihres Amtes verpflichtet, des Kaisers „in Ungutem zu gedenken“. Gegen den Papst mußten sie „schreien, schreiben, leren und beten“¹²⁾. Wir wissen ferner, daß in Bremen täglich während der Belagerung in den Kirchen für die gerechte Sache gebetet wurde¹³⁾. Wie diese Gebete etwa aussahen, davon mag uns eine im Bremer Archiv erhaltene „Klagrede vnde Klaggebet Der Gedröveden (betrübten) Statt Bremen an Ehren leuen Gott“ einen Eindruck geben, die zwar erst nach dem Erlaß des Interims, also wohl auf 1548 zu datieren ist, aber die Bedrängnis wie das Gottvertrauen der bremischen Bürger in diesem Kriege ergreifend schildert und trotz der biblischen Formensprache an vielen Stellen als seltenes Zeugnis einen Blick in die Herzen tun läßt¹⁴⁾.

Nach einer langen Einleitung mit einer Fülle biblischer Zitate, Psalmen und dergleichen, die zeigen, wie Gott seit jeher den bedrängten und unter-

¹⁰⁾ Br. A. b. 4. b. 37. 1547, Apr. 20: Herzog Erich an Br., Or.

¹¹⁾ Br. A. b. 4. b. 39. 1547, Apr. 22. Zeitgenössischer Druck. Ähnlich sprach sich der Rat gegen Anton von Oldenburg aus. Vgl. Br. A. b. 4. b. 32/33, 1547, Apr. 4, Kop.

¹²⁾ Christmann, S. 66.

¹³⁾ Rienesberg-Schene 1547, Apr. 8: „ . . . de Stadt Bremen war in godt woll getrostet; dat maket dat se eine gude rechte sake hadden, beden godt vlitich dachlikes (täglich) in allen sermonen“.

¹⁴⁾ Br. A. b. 4. a. Ohne Datum.

drückten Völkern geholfen habe, folgt ein Bekenntnis der eigenen Schuld und Fehlbarkeit: „Na desser diner nothlidenden Kinder hillige exempelen und vorbilden komen(?) wy arme sunders und elende bedrouede Minschen diner Statt Bremen vor de ogen diner Majestät, bekennen, stahn to und klagen am ersten auer unse(?) grote mennigfoldige sunde und undankbarkeit, dat wy dine gebaden (Gebote) auergetreden . . . und nach diner lere unse leuend nicht gerichtet, uns nicht gebetert. Derhalben wy dy thom billicken thorn erwecket vnd allerley strafe des Krieges, Schwerdes, Achtes, pestilentie redelick woll verdenet hebben.“ Nach der Bitte um Vergebung der Sünden folgen die Klagen „auer de grote schwarze, tyrannische unbilligkeit und beschweringe“ ihres „Zennacheribs und Bennadadts“¹⁵⁾. Sie hätten sich nach dem Gebot zu richten versucht, man solle dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, aber nicht was Gottes ist. „Ock nicht alles, sundern wat des Keyzers is, dat is, wat em . . . billickes tokumbt und nicht dar bauen (nichts darüber).“ Im Hinblick auf die hohen Strafgeelder¹⁶⁾ und die Lasten des Krieges fährt das Klaggebet fort, Karl habe sie so hoch beschwert, daß seine ganze Stadt und heilige christliche Gemeinde in eine „ewige besweringe und nadeel geraden moht, dat den Kindern Ihr brod uht den mundt genohmen, den ehrlicken Junkfrowen, thor ehe duchtig, eren brudschat verrucket, ein jeder siner neringe und handteringe (Verdienst und Handel) entsettet“ werde. Nicht aus Gerechtigkeit, aus Barmherzigkeit möge ihnen Gott Gnade schenken. Selbst wenn die kaiserlichen Forderungen erfüllt würden, bestände keine Gewißheit, „off Se uns ock dy und dyn saligmachendes wort mit frede wollen lahten und mit dem Interim, ein bock vor erdohms (voll Irrtums), unrechter lere und afgaderi (Abgötterei) nicht beschweren“, heißt es weiter. „Se vorswigen ehre lose gedanken beth se uns sick sine conditione vorstrickt hebben. Darna folget Sic volo, sic jubeo, sic pro ratione voluntas. Und off men schuldig ist, dem Keyser gehorsam to syn, . . . So ist wedderumme en verflockede gehorsam, wen wy Gade dat sine nehmen.“ Nach der Berufung auf den Märtyrer Laurentius, der dem Kaiser Decius¹⁷⁾ den Kirchenschatz verweigert habe, schließt das Gebet: „Help Du uns Gott, unse Helper, umme Dines nahmens ehre willen“.

Dies etwa war die Grundhaltung, das Bewußtsein des Rechtes vor Gott und den Menschen, mit der Rat und Bürger der Stadt Bremen der schweren Zeit der Belagerung entgegengingen und sie durchstehen konnten. Natürlich werden wir Schwankungen in der Stimmung bemerken können, je nachdem der Stadt Erfolg oder Mißerfolg, Glück oder Unglück beschieden war; denn reich an Wechselfällen waren diese Wochen.

¹⁵⁾ Karl V., Sennaherib = Sanherib (2. Könige 18, 13 ff.), Benhadat (1. Könige 15, 18 ff.), tyrannische Könige von Assyrien, bzw. Syrien.

¹⁶⁾ Vgl. unten S. 104, Anm. 173.

¹⁷⁾ Muß heißen: Valerianus.

Am 19. Februar war Cruningen vor der Stadt erschienen und hatte sich unterhalb derselben zwischen Gröpelingen und Burg gelagert. Zur völligen Umschließung war das Heer zu schwach: es mochte etwa 6000 Knechte und einige Hundert Reiter zählen¹⁸⁾. Für einen Handstreich war die Stadt zu stark, zumal Cruningens Truppen nicht in der besten Verfassung waren, „ein arm ungerüstet Volk“, „bloss und übel bewehrt“, wie die Quellen berichten¹⁹⁾. Der Rat der Stadt hatte zunächst auch keine hohe Meinung von diesem Haufen. Minden, meinte er, hätte durch zwei oder drei Geschwader Reiter vor dem Fall bewahrt werden können²⁰⁾, und auch die eigene Gefahr schätzte er am Anfang nicht zu hoch ein: Wenn „man sick . . . tor wehre stellet, wert men im wercke finden, dat ohnen (ihnen) de möth en groth deel entfallen“²¹⁾.

Die Stadt war gegen einen Angriff wie gegen längere Belagerung wohl gerüstet, hatte man doch das Unwetter schon einige Wochen lang heraufziehen sehen. Neben den Lebensmitteln, welche die eigenen Schiffe bei der Heimkunft mitbrachten, hatte sich Bremen bei den befreundeten Städten nach Getreide umgesehen²²⁾ und ziemliche Mengen davon und einige Hundert Stück Vieh in die Stadt eingeführt²³⁾. Waffen werden wohl in der Stadt selbst hergestellt worden sein; daß Geschütze gegossen wurden, wissen wir sicher²⁴⁾. Mit Knechten versah sich die Stadt ebenfalls rechtzeitig, da die eigene Bürgerschaft kaum zum Schutz ausreichte²⁵⁾. Schon Ende Januar sollen sich 1976 Knechte und 260 Reiter in der Stadt befunden haben, und die Werbungen waren damals noch keineswegs abgeschlossen. Hinzu kamen 1578 Bürger und bewaffnete Bauern aus den Bremen an der Niederweser unterstehenden Kirchspielen Lehe und Blumenthal²⁶⁾. Sechs Rotten Kriegsknechte wurden unter Führung von Arendt Ulcken, dem „dat hus vp sin eidt to holdende beualen worth“, zu Schiff nach Bederkesa geschickt, zur Verstärkung der Besatzung²⁷⁾.

Flihende Bauern, Bootsleute und Knechte, die in Bremen Schutz suchten,

¹⁸⁾ Die Zahlen werden abweichend angegeben. Renner, der sonst eher zu hoch greift, nennt 18 Fähnlein und an die 500 Reiter, ebenso Dilich, Goos 21 Fähnlein und 1000 Reiter (sicher zu hoch), Berentelg 23 Fähnlein.

¹⁹⁾ Nach Häpke, S. 243.

²⁰⁾ Br. A. b. 4. b. 8. a. a. O.

²¹⁾ Bra. A. 17. 308 ff. 1547, Febr. 26: Br. an Bra., Or.

²²⁾ Bra. A. 21. 250 ff. 1547, Jan. 1: Bra. an Br., Konz.: Bra. kann kein Korn entbehren.

²³⁾ Vgl. Wiedemann II, S. 63 f.

²⁴⁾ Bra. A. 17. 308 ff. a. a. O.

²⁵⁾ Br. A. b. 4. a. 1547, Febr. 3: Br. an Anton, Kop.: Br. bittet, den Knechten, die der bremischen Werbung folgen, nichts in den Weg zu legen.

²⁶⁾ Nach einer Liste von Bürgermeister Hoyer, angeführt bei Duntze III, S. 201, Wiedemann II, S. 55.

²⁷⁾ Rienesberg-Schene; Renner II, S. 314. Es geschah erst am 21. Febr., die Niederweser muß also da noch vom Feinde frei gewesen sein. Verstärkt wurde diese Abteilung noch durch die Besatzung eines der bremischen Ausleger an der

vergrößerten noch während der Belagerung die bremische Streitmacht²⁸⁾, so daß die Wälle, Türme und Zwinger der Stadt sicher ausreichend besetzt werden konnten. Auch diese waren noch vor dem Eintreffen des Feindes bereit, ihn gebührend zu empfangen; denn es „geschach düsser tid groht Arbeit mit buwende und de Stad tho bevestende wedder de viende“²⁹⁾. Von dem Umfang dieser Vorbereitungen, von dem emsigen Leben und Treiben in der Stadt, aber auch von den heimlichen Sorgen, mit denen man dem Feind entgegensah, können wir uns heute keine wahre Vorstellung machen. Die Bremer wußten aus den vergangenen Jahren, was es hieß, feindliche Haufen vor der Stadt zu haben, und konnten es sich ausmalen, was sie zu erwarten hatten, wenn die Stadt in feindliche Hände fiel. Da die Geldmittel erschöpft oder doch zumindest stark angegriffen waren³⁰⁾, hatte der Rat schon im September des Vorjahres begonnen, die goldenen und silbernen Kirchenggeräte einschmelzen und vermünzen zu lassen. Dies wurde während der Belagerung fortgesetzt; die erlösten Summen wurden vor allem für die Besoldung von Knechten und Reitern verwendet³¹⁾.

Gleich in den ersten Tagen der Belagerung gelang den Feinden ein empfindlicher Schlag gegen Bremens wertvollsten Besitz, seine Handelsflotte. Wir erinnern uns, daß Bremen im Sommer 1546 seine Schiffe zurückgerufen hatte. Sie lagen zum größten Teil auf der Lesum, bzw. der unweit ihrer Mündung befindlichen Reede von Mittelsbüren und wurden hier im Winter vom Eis eingeschlossen. Diese Schiffe, die glücklicherweise größtenteils unbeladen und ohne Takelage waren, fielen den Belagerern in die Hände, da das Eis des Stromes erst am 20. Februar aufbrach. Häpke³²⁾ gibt die Zahl dieser Fahrzeuge mit ungefähr 35 größeren und 40 kleineren oder gar 64 nebst 20 Bojern³³⁾ an. Diesen kostbaren Fang benutzten die Kaiserlichen als Druckmittel gegen die Stadt und drohten die Verbrennung

Wesermündung auf der Reede von Blexen, die infolge der Belagerung eingezogen wurden. Vgl. H. Smidt, Zur Geschichte des Fleckens Lehe usw., Brem. Jb., Bd. 8 (1876).

²⁸⁾ Vgl. Renner II, S. 316, März 1, S. 325, März 18.

²⁹⁾ Renner II, S. 312, Febr. 14.

³⁰⁾ Wenn wir von Erschöpfung der Geldmittel sprechen, heißt das nicht, daß jeder Bürger seinen letzten Groschen gegeben hätte. Mancher hatte sein Geld rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Vgl. Hamelmann, S. 332: „Und als die reichen Bürger von Bremen sich befruchteten (!), daß Bremen sollte ingenommen werden, haben ihre etzliche ihren Schatz auf Delmenhorst gebracht“.

³¹⁾ Br. A. b. 4. a. 1546, Sept. 4 — 1547, Juni 22. Rechnung des Rats Herrn Arnold von Bobart über empfangenes Kirchenggerät aus St. Wilhadi, U. L. Frauen, St. Stephani, St. Ansgarii, St.-Pauls-Kloster. Vermünzung des Silbers und Auslieferung des Geldes. Der Erlös betrug 3376 Thl. 24 $\frac{1}{2}$ Gr.

³²⁾ Häpke, S. 245. Berentelg, S. 46: 64 Schiffe. N. A. 518: Bericht Spedts an die Regentin (1547, Febr. 27): „64 große Schiffe“ und „20 zimlicher Schiff“. Lanz II, S. 544, Cruningen: „environ cinquante grosses navieres“. Chytraeus 2. Teil, Lib. XII, p. 418: „circiter quadraginta“.

³³⁾ Kleines Fahrzeug mit einem Mast.

der Schiffe an, falls Bremen in seinem Widerstand verharre. Damit wäre der bremische Handel, der Lebensnerv der Stadt, auf Jahre hinaus aufs schwerste geschädigt worden³⁴). Um so mehr muß die Antwort des Rates verwundern. Weder der Verlust der Flotte noch die Verwüstung der bremischen Meiergüter oder die Beschlagnahme des städtischen Besitzes in der näheren und weiteren Umgebung³⁵) konnten Bremen bestimmen, klein beizugeben. Unmittelbare Verhandlungen wie auch die Vermittlung des Erzbischofs lehnte der Rat ab³⁶). Es war eine bittere Enttäuschung für die Belagerer, die die Stadt bereits in ihren Händen glaubten³⁷). Immerhin waren die Schiffe eine beachtliche Beute, von der die Kaiserlichen so viel zu lösen meinten, um „noch 3 oder 4 monat lang kriegen zu können“, oder aber für den Kaiser ein Zuwachs an Macht, der ihnen sicher mit Gold aufgewogen werden würde³⁸). Man brauchte nur ein Schiff mit Segeln und Tauwerk, ein paar Hundert Bootsleute und Geld, und darum baten die kaiserlichen Kommissare beim Heer die Regentin der Niederlande, der am meisten an dem Raub der bremischen Handelsflotte gelegen sein mußte³⁹). Marias Haltung gegen Bremen war seit dem Ausbruch des Krieges sehr feindlich geworden. Gleich zu Beginn der Belagerung schrieb sie an ihren kaiserlichen Bruder mit der Bitte, den Vorteil der Niederlande im Falle der Übergabe der Stadt im Auge zu behalten, und machte ihn dabei darauf aufmerksam, daß Bremen sich stärker als jeder andere seiner Majestät widersetze, alle Vagabunden bei sich aufnehme und den Warenverkehr nach den Niederlanden zu behindern bestrebt sei⁴⁰). Dem Wunsche Cruningens konnte sie aber nicht sogleich stattgeben, zumal sich kein Käufer für die Schiffe fand, und selbst Amsterdam, das auf die Weserstadt aus Handelsneid nicht gut zu sprechen war, ging auf ein solches Angebot von Cruningen nicht ein⁴¹), da eine ernste Feindschaft mit Bremen die Folge gewesen wäre, die zu wecken nicht ratsam schien.

³⁴) Als Vergleichszahl vgl. Schäfer, Die Sundzollisten (Hans. Gesch.bl., Jg. 1908, S. 11), wonach im Durchschnitt jährlich 86 bremische Schiffe den Sund passieren, d. h. im Ost-West-Handel beschäftigt waren.

³⁵) Br. A. b. 4. b. 8. a. a. O.: „Die unsen werden überall zwischen Lankwedell und Bremen, im Amt Delmenhorst, im Stedingerland . . . ehre Haus und Güter tho prizse erkannt“. ³⁶) Br. A. b. 4. b. 8. a. a. O. — Bra. A. 17, 308 ff. a. a. O.

³⁷) N. A. 518, a. a. O.: „... zu dem wissen wir die statt Bremen alle stont zu erobern, wan wir ine die schiff wollen widergeben“.

³⁸) N. A. 518, a. a. O.: „Durch nemung der schiff is kaye. mayt. der sehe mechtig“.

³⁹) N. A. 518, a. a. O.

⁴⁰) N. A. 517. 1547, Febr. 22.: „Toutesfois pour icelle avoir esté fort contraire à vostre mate plus que nulle aultre, ayant refusé la neutralité . . . et receu tous vagabondes et désiré empescher le train de marchandise (Häpke führt dies auf Br. Stapelrechtsbestrebungen zurück), il plaira à vostre mate, en cas qu'elle se rende, avoir bon regard et pourvenir à la seurté de vosdits pays“.

⁴¹) N. A. 519. 1547, März 1: Cruningen an Amsterdam. — Vgl. für diese Verhandlungen wie für die Haltung der Niederlande während der Belagerung überhaupt Häpke, S. 244 ff.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen vor Bremen tauchte in den Niederlanden der Gedanke der Annektion der Wesermündung wie des Harlinger Landes ernsthafter auf als je: die Regentin selbst suchte diese dem Kaiser schmackhaft zu machen⁴²⁾. Die Bedeutung, die man Bremen besonders in dem Briefverkehr zwischen den Belagerern und den Niederlanden beimaß, wuchs mit dem Mangel an Geld beim Belagerungsheer. Cruningen versuchte damit seinen Marsch auf Bremen zu rechtfertigen, da er nach dem Willen des Kaisers ursprünglich auf Hildesheim oder Braunschweig hatte marschieren sollen⁴³⁾, und dann hoffte er dadurch die für ihn dringend notwendige Unterstützung zu erlangen. Eine gelegentliche Äußerung des Bremer Rats, daß man auch gegen die Niederlande vorzugehen wisse⁴⁴⁾, hielt Cruningen für diese Zwecke für besonders wirksam und sandte sie in Abschriften an die Niederlande und den Kaiser selbst⁴⁵⁾, obwohl es doch auf der Hand lag, daß die Mittel, eine solche Drohung zu verwirklichen, nicht vorhanden waren. Daß der Kaiser zu diesem Zeitpunkt so wenig begeistert auf solche Winke einging, mag daran liegen, daß der Krieg noch nicht gewonnen war, im Augenblick also dringendere Aufgaben auf ihn warteten. Hinzu kommt, daß Karl V. kaum einen Sinn für Fragen der Seemacht und des Seehandels im Norden gehabt hat.

Die Lage des Belagerungsheeres war von Anfang an keineswegs besonders günstig. Die Stadt Bremen verharrte nämlich nicht vor lauter Gottvertrauen in Untätigkeit, sondern unternahm alles, um den Feinden das Leben möglichst schwer zu machen. Einen ernsthaften Angriff auf die Stadt hatten die Kaiserlichen nicht gewagt, da zunächst auch Belagerungsgeschütz fehlte⁴⁶⁾. Die Niederungen um Bremen, aus denen sich nur der Dünenzug etwas erhebt, auf dem die Stadt angelegt ist, boten einem Angreifer kaum Schutz. Gebäude vor der Stadtmauer, wie die Reste des Paulsklosters oder die Rembertikapelle, rissen die Bürger selbst nieder, um den Vorteil der Land-

⁴²⁾ N. A. 523. 1547, März (8 und) 15: Regentin an K.: Es scheine ihr, „que . . . cest exploit par eulx fait estoit de grand importance et consequence pour les affaires de vostre mate en l'empire, seurté et preservation de tous voz pays. Lesquelz estans renforchez des villes de Esens, Witmond et Lingen et oultre ce de Bremen, . . . seront merueilleusement assurez tant par mer que par terre . . .“ Durch Bremen beherrsche man auch Hamburg, „pays que le passage pour naviger audit Hambourg seroit clos, estant la ville de Bremen au pouvoir de vostre mate“.

⁴³⁾ Vgl. Wolters, S. 76.

⁴⁴⁾ N. A. 521. 1547, März 8: „ . . . und up die Nedderlande die jegenschantze gnugsam tho gebuicken wusten“.

⁴⁵⁾ N. A. 529. 1547, März 22.

⁴⁶⁾ Zwar schreibt Friedrich Spedt am 27. Februar sehr zuversichtlich und nennt 23 grobe Geschütze, Mauerbrecher und 8 Falkonetten (N. A. 518., a. a. O.); die ständigen Bemühungen der Obersten bei Erzbischof Christoph, Anton von Oldenburg u. a. um Geschütz sprechen aber gegen das Vorhandensein eines ausreichenden Geschützparkes.

schaft voll ausnutzen zu können⁴⁷⁾. Erleichtert wurde dadurch aber auch dem Feinde, mit seiner überlegenen Reiterei die Zugänge der Stadt zu kontrollieren, überhaupt Bremens Verkehr mit der Außenwelt abzuschneiden. Um so höher ist es daher zu werten, daß fast täglich Bürger, Bootsleute und Knechte in kleinen Gruppen von vielleicht 200 Mann Ausfälle unternahmen und mehrfach bis Delmenhorst im Westen, bis Sulingen (das sind etwa 50 km) nach Süden in die Grafschaft Hoya⁴⁸⁾, bis Lilienthal im Nordosten oder zu Schiff bis oberhalb Verdens vorstießen, dabei Gefangene machten und für den Feind bestimmte Lebensmittel und Kaufmannsgüter in die Stadt einbrachten⁴⁹⁾. Wichtig war von diesen Unternehmungen Anfang März ein Angriff vom linken Weserufer aus auf eine Schiffsbrücke, die der Feind unterhalb Bremens über die Weser geschlagen hatte, um die Truppen aus dem Oldenburgischen mit Proviant versorgen zu können. Der Überraschungsangriff gelang völlig: die Brücke wurde zerstört, und wir hören nicht, daß die Kaiserlichen eine Wiederherstellung versucht hätten.

Schon zu Beginn der Belagerung scheint die Verproviantierung des Heeres schwierig gewesen zu sein. Denn in den damals aufgestellten Übergabebedingungen erscheint neben den üblichen Forderungen wie Fußfall vor dem Kaiser, was die Stadt vom Ehrenstandpunkt aus besonders unannehmbar dünkte, Übergabe der Stadtschlüssel, Lösung vom Schmalkaldischen Bund und Aufnahme von einigen Fähnlein Knechte die Verpflichtung, Lebensmittel in das Lager zu schaffen⁵⁰⁾. Auch bei den Verhandlungen mit den benachbarten Fürsten spielt neben dem Bedarf an Geld und Geschütz die Proviantfrage immer eine wichtige Rolle.

In den kriegerischen Verwicklungen der Vorjahre war die feindliche Haltung des Grafen Anton von Oldenburg und besonders des Erzbischofs gegen die Stadt immer wieder hervorgetreten. Mit der Abfertigung des Heeres im November hatte der Kaiser an die Fürsten Befehle ausgehen lassen, seinen Feldherrn „Defensivhilfe“ zu leisten. Eine besondere Aufforderung dieser

⁴⁷⁾ Vgl. f. d. Folgende Renner II, S. 314 ff.

⁴⁸⁾ Br. A. b. 4. b. 26. 1547, März 26: Landschaftsverordnete der Grafschaft Hoya an Br., Or.: Beschwerde.

⁴⁹⁾ N. A. 520. 1547, März 8. Verden: Bericht des dänischen Gesandten Hans Barnekouw an König Christian: Einige, die vom burgundischen Hof kamen, seien „hier hart vor dem Tore“ niedergeworfen worden. Die Bremer fielen ostwärts aus und legten nieder, was in das Lager wolle oder von dort käme. Nur 4 kleine Meilen seien es bis Br., aber wer zum Lager wolle, müsse wohl 17 große Meilen reisen. — Wrißberg sagte auf dem Augsburger Reichstag 1548 aus, ihre Marketender, Kriegsleute, ihr Proviant und was sonst vom Lager ab und zu gehen wollte, seien im Steyerland (Stedingerland) und im Flecken Delmenhorst allenthalben niedergeworfen, geplündert und in Br. hinein gefänglich geführt worden (Berentelg, S. 55, Anm. 4).

⁵⁰⁾ Br. A. b. 4. b. 4. 1547, Febr. 20. Konz.

Art erging am 10. Februar an Christoph durch die kaiserlichen Kommissare von Langen und Spedt⁵¹). Einige Tage vor dem Beginn der Belagerung bot der Erzbischof dem kaiserlichen Heer daher umfangreiche Hilfe an, versprach auf eigene Kosten 200 Reiter und 1000 Knechte auszurüsten, während Anton sich zur Stellung von 300 Fußknechten bereitfand⁵²). Dem Eifer des Erzbischofs lag besonders daran, einer Sequestration der Stifter wie einer Brandschatzung vorzubeugen. Daß seine Absichten aber noch wesentlich weiter gingen, zeigt ein voreiliger Brief an den Kaiser, in dem er den bevorstehenden Fall der Stadt ankündigte und sich zur Belohnung die stadtbremischen Bezirke Blumenthal, Bederkesa und Lehe, sowie eine Erhöhung der Zölle ausbat⁵³). Christoph verscherzte sich damit die letzten Sympathien in der Stadt, wie sie anscheinend besonders Bürgermeister Vasmer noch für ihn hegte. „Vaszmer und sein anhang sein nu seiner auch moede“, schrieb jedenfalls der dänische Gesandte an seinen König⁵⁴). Bezeichnend ist wohl, daß man den Erzbischof für den Zug des Heeres auf Bremen in der Stadt verantwortlich machte und daß hier, als man hörte, Christoph käme ins feindliche Lager nach Burg, ein eifriges Rüsten begann, um ihn in einem mit starken Kräften geführten Ausfall abzufangen⁵⁵).

Christophs Pläne scheiterten freilich an seinen geringen Machtbefugnissen; denn die Stände des Stifts weigerten sich immer wieder hartnäckig, irgend etwas zur Unterwerfung Bremens beizutragen. Erst als auch ein von ihrer Seite unternommener Vermittlungsversuch fehlschlug, da sich keine Bedingungen finden ließen, die Bremen ohne Verletzung von Ehre und Gewissen hätte annehmen können⁵⁶), erklärten sich die Landstände nach Drohungen bereit, eine „Defensivhilfe“ von 5000 Talern zu leisten⁵⁷). Noch Ende März aber weigerten sie sich, selbst für Geld und Besoldung gegen die Stadt Truppen zu stellen⁵⁸). Geschütze dagegen lieferte der Erzbischof, ebenso

⁵¹) Vgl. Wiedemann II, S. 58.

⁵²) Lanz II, 573. 1547, Febr. 27. Cruningen an K.: „Ce mesme jour (16.) leuesque de Bremen at enuoye deuers nous soy offrant nous assister en toutes choses en quoy pourrions auoir de luy besoing; et combien que les desobeissans de Bremen demeurent obstinez, nous at promis ayder a layde promise a vostre maieste“.

⁵³) Vgl. Wiedemann II, S. 67.

⁵⁴) N. A. 520, a. a. O.

⁵⁵) Vgl. Renner II, S. 322 f. 1547, März 11. Der Ausfall wurde verraten und unterblieb.

⁵⁶) Br. A. b. 4. b. 13/14. 1547, März 8, Kop.: Br. an die Edelleute des Stifts.

⁵⁷) Vgl. Wiedemann II, S. 68. Das Geld wurde auf Kredit der Landschaft in der belagerten Stadt selbst aufgebracht. Ob die Geldgeber den Zweck des Geldes kannten? Möglich wäre das schon, bedenken wir doch, daß die Fugger, Bürger der schmalkaldischen Stadt Augsburg, praktisch allein K.'s Donaufeldzug finanzierten. Vgl. Kirch.

⁵⁸) Br. A. b. 4. b. 27. 1547, März 29, Or.: Instruktion des Erzbischofs für den Landtag „auf dem Steingraf“.

wie die Grafen von Hoya, die sie in Stolzenau und Nienburg auf Schiffe verladen ließen, und Graf Anton von Oldenburg⁵⁹⁾.

Auch der Oldenburger handelte nicht aus Loyalitätsgefühlen oder Liebe zum katholischen Glauben; auch er hielt die Zeit für geeignet, verbotene Früchte in Nachbars Garten zu pflücken. Im Feldlager vor Bremen schloß er am 26. Februar einen Vertrag mit den Kriegsräten, wonach er sich verpflichtete, Proviant zu liefern, den Bremern den Durchzug durch sein Gebiet zu verwehren und ihre Güter einzuziehen, Geschütze und ein Fähnlein Knechte zu stellen und, „wan die not ervordert“, in eigener Person zuzuziehen. Dafür versprachen die Kriegsräte dem Grafen Schutz gegen Angriffe, das in bremischem Besitz befindliche Dorf Lehe nahe der Geestemündung, die Fischereigerechtigkeit auf Weser und Hunte und Rückerstattung des ihm von Bremen auferlegten Akzise- und Tonnengeldes⁶⁰⁾. In Ausführung des Vertrages wurden noch am gleichen Tage Vogt und Gemeinde des Gerichts und Kirchspiels Lehe wegen verwirkter Acht von allen Pflichten gegen die Stadt Bremen entbunden und im Namen des Kaisers an Graf Anton von Oldenburg übergeben⁶¹⁾. Etwa vierzehn Tage später sagte sich Johann von Rietberg für das Harlinger Land von der bremischen Lehnherrschaft los. Nehmen wir die Forderungen des Erzbischofs hinzu, waren die Aussichten, den bremischen Einfluß an Weser und Nordseeküste zu wahren, im Fall einer Niederlage recht trübe, mußte die Stadt doch mit einer völligen Neuordnung der Verhältnisse zu ihren Ungunsten rechnen. Graf Anton gab sich mit den genannten Punkten aber nicht zufrieden; in einem besonderen Abkommen stimmten Cruningen und Spedt zu, daß Anton das Haus Delmenhorst, dem Bischof von Münster zugehörig, im Geheimen erobern dürfe, wenn er dafür einstehe, dieses Haus „aus ihrer Majestät handen . . . nicht kommen zu lassen“, „weil hoch und viel an diesem Haus gelegen“ sei. Als Begründung für diesen Gewaltakt stellte man die gewagte Behauptung auf, ohne das Haus Delmenhorst könnte man die Bremer Rebellen nicht bezwingen⁶²⁾; denn Bischof Franz von Waldeck und der Drost von Delmenhorst seien den Bremern zugetan, unterstützten sie von Delmenhorst aus, ließen ihnen freien Durchzug und machten dadurch die Belagerung unwirksam. An der letzten Behauptung war sicher etwas Wahres. Der Bischof von Münster hatte auf die Aufforderung Cruningens, den Bremern die Pässe zu sperren, ausweichend geantwortet: Bremen hätte sich gegen ihn stets nachbarlich benommen⁶³⁾. Im übrigen war die Bedeutung

⁵⁹⁾ Br. A. b. 4. b. 12. 1547, März 6, Or.: Br. an Rolwagen und Gercken in Bra.; ebenso Bra. A. 17. 343 f. Hier liegt wohl Doppelausfertigung vor, da die Boten wiederholt aufgegriffen wurden. Unter dem Geschütz des Erzbischofs war ein besonders großes Stück, das von 18 Paar Pferden gezogen wurde.

⁶⁰⁾ O. U. 769. 1547, Febr. 26.

⁶¹⁾ O. U. 770. 1547, Febr. 26.

⁶²⁾ O. U. 771/773. 1547, Febr. 27/März.

⁶³⁾ Vgl. Berentelg, S. 54.

Delmenhorsts für das Belagerungsheer übertrieben worden⁶⁴). Um solchen Anschlägen vorzubeugen, war Franz von Waldeck an einer Beendigung des Kriegszustandes vor Bremen gelegen. Doch auch seine Räte holten sich bei einem Vermittlungsversuch von der Stadt eine Absage, obwohl sie den Belagerten die Erhaltung ihres Gotteswortes und ihrer Freiheit zusicherten und nur die Lösung vom Bund zur Bedingung machten⁶⁵).

Die Zwecklosigkeit solcher Versuche sah man langsam auch im kaiserlichen Lager ein. Seit Mitte März, nachdem man schon drei bis vier Wochen erfolglos vor der Stadt zugebracht hatte, gedachte man den Krieg schärfer zu führen. Von Anton forderte Cruningen daher den Rest der versprochenen Geschütze an, „dieweil nun die gutlichkeit mit den, so sich vermeintlich stadt Bremen nennen, ent schlagen“⁶⁶); die Obersten versprachen etwa gleichzeitig dem Kaiser, die Belagerung so schlimm wie nur möglich zu machen, da Bremen mehr und mehr verhärtet sei⁶⁷). Je weiter der März fortschritt, um so dringender wurden auch die Mahnungen an die Regentin und den Kaiser, schnelle Hilfe, vor allem Geld und Pulver, zu übersenden. In einem Schreiben vom 19. März betonten die Obersten schon, wie nachteilig es sein würde, von Bremen ohne Erfolg abzuziehen. Dem Kriegsvolk sei man schon einen Monat den Sold schuldig; an dem Ort sei nichts zu holen außer die Stadt selbst. Acht Tage später berichtete Cruningen von Unzufriedenheit der Knechte, die nun sechs Wochen ohne Bezahlung seien, während Bremen die Lage zu nutzen scheine und durch Bestechungsgelder Meutereien anzuzetteln versuche⁶⁸). Noch ein letzter Hilferuf an Karl vom 30. März liegt uns von Cruningen vor⁶⁹). Die Truppen drohten mit Aufruhr, schreibt er darin, und doch sei ohne Schande von Bremen nicht abzuziehen; überdies verwies er auf den damit verbundenen Schaden für den Kaiser wie für die Niederlande.

Die belagerte Stadt machte sich diese Zustände im Lager zunutze, von denen sie sicher unterrichtet war, wenn sie nicht sogar wirklich ihre Hand

⁶⁴) Die Straße über Huchting—Delmenhorst wurde von den Bremern bis ins 17. Jh. wenig benutzt, da sie zu häufig überschwemmt war. Man bevorzugte die Straße durch Stedingen bis Huntebrück. Wahrscheinlich war dieser Weg aber während der Belagerung besonders gefährdet. Vgl. Hamelmann, S. 329: „... deshalb (Belagerung) zu Delmenhorst viel Durchreisens war durch die Straße für der Festung Delmenhorst über...“

⁶⁵) Vgl. Renner II, S. 321. 1547, März 9.

⁶⁶) O. U. 772. 1547, März, 17.

⁶⁷) Lanz II, 576. 1547, März 19: „... de plus en plus se sont endurcis“. Vgl. Br. A. b. 4. b. 22/23. a. a. O.

⁶⁸) N. A. 532. 1547, März 25: Cruningen an die Regentin: „... les pietons n'ont eu d'argent en six semaines... les communs pietons sont mal à contenter, et avons entendu que ceulx de Bremen ont semé quelque argent entre eulx, pour les faire mutiner“.

⁶⁹) Lanz II, 578. 1547, März 30: „Et nest possible de plus demeurer icy sans argent; car noz gens se mutinent journallement...“ Er bittet zu erwägen, „que, sil nous fault partir dichy (d'ici) de telle sorte, de combien il importerat au dommaige de vre. ma^{te} et des pays bas“.

dabei im Spiel gehabt hatte. In der Nacht vom 30. zum 31. März rüsteten die Belagerten vier Schiffe⁷⁰⁾ aus, die sie mit Kriegsvolk und Geschützen besetzten. Mit diesen unternahmen sie morgens um vier Uhr einen Angriff auf die feindliche Schanze, die zur Sperrung des Verkehrs auf der Niederweser am rechten Ufer errichtet war. Vier Fähnlein unterstützten dabei das Unternehmen von Land aus und lenkten den Feind durch einen Angriff auf sein Lager von der Wasserseite ab. Bei nebligem Wetter kam es an Land zu einem zweistündigen Gefecht mit Verlusten auf beiden Seiten, während die Schiffsbesatzungen die Schanzen stürmten, sie zerstörten und die Geschütze daraus wegführten. Den damit gewonnenen Weg weserabwärts nutzten die Schiffe anschließend gleich zu einem Vorstoß aus, wobei ihnen Kähne mit Proviant und anderen Versorgungsgütern für das feindliche Lager in die Hände fielen.

Der Erfolg dieses kühnen Handstreichs war größer, als man erhoffen konnte. Cruningen war im Gefecht gefallen. Doch damit nicht genug, der Feind, der weitere ernsthafte Angriffe befürchten mochte und dessen Versorgung nun noch stärker in Frage gestellt worden war, setzte am nächsten Tag (1. April) sein Lager und zur Empörung der Bremer die bremischen Schiffe in Brand und zog unter der Führung Wrißbergs nach Norden über die Lesum ab. Mit der Vernichtung der Schiffe war der Stadt ein Schaden erwachsen, den sie selbst auf über 100 000 Gulden bezifferte, wobei der dadurch bedingte Handelsverlust kaum berücksichtigt worden ist⁷¹⁾. Dafür war Bremen nun nach sechswöchiger Belagerung frei, „erredet van deme Almechtigen vth sunderlicker gnade“, wie der Rat schrieb⁷²⁾. Die Entschlossenheit der Stadt, ihr „einmodich begirig volck vnd borgere“, das sein „liff vnd vormogen darby vptosetten“ bereit war⁷³⁾, und die Schwäche und Unentschlossenheit der Feinde hatten diesen ersten Erfolg erringen lassen.

Am Tage des Abzuges liefen in die Wesermündung sieben Hamburger Schiffe ein, mit Geschützen bestückt und mit Kriegsknechten besetzt, die das Belagerungsheer von der Weser her hatten beunruhigen sollen, aber wegen

⁷⁰⁾ 3 Seidenschiffe (kleine Kriegsschiffe, häufig im 16. Jh.) und 1 Buk (flachgehend, Bockschiff).

⁷¹⁾ 20 große Schiffe und einige kleinere hatte Cruningen schon im Laufe des März verbrennen lassen. Vgl. N. A. 533. 1547, März 26: Amsterdamer Nachrichten aus dem Lager vor Br.: „... le seigneur de Cruninge avoit faict brusler vingt navires, que l'on dit boyers, avec autres petites vasselles...“; Calendar of State Papers: „They have burned all ships of Bremen, except 36, which they have taken“ (Mitteilung aus Brügge, 1547, April 15). — Einige Schiffe verblieben in der Hand Antons von Oldenburg, vgl. O. U. 778. 1547, April 7: Wrißberg an Anton: Es sollten „die noch ungebranten der Bremer vorhanden wesende schiff nit ausgefuehrt, sondern zu keys. meyt. . . . besten ligen beleiben, oder wa das nit möglich, lassen die euer l. und gn. alle zu grund verbrennen“.

⁷²⁾ Br. A. b. 4. b. 34. 1547, April 5. Or.: Br. an Ges. in Bra.

⁷³⁾ Bra. A. 17. 308 ff. 1547, Febr. 26: Br. an Bra., Or.

schlechten Wetters an der Elbmündung aufgehalten worden waren⁷⁴). Zusammen mit den Bremer Seidenschiffen brachten sie auf der Weser und den Nebengewässern auf, was für das Belagerungsheer an Fahrzeugen unterwegs war, und bewachten in Zukunft erfolgreich den Unterlauf des Flusses⁷⁵).

Die Ankunft der Hamburger Schiffe läßt die Blicke wieder auf die Verbündeten richten. Was war aus den großen Hilfsplänen der niedersächsischen Städte geworden? Warum war kein protestantisches Heer vor Bremen erschienen, um die Stadt aus ihrer mißlichen Lage zu befreien? Die Antwort darauf geben die wochenlangen Verhandlungen, die mit dem Tag von Magdeburg nicht abgeschlossen waren, sondern erst richtig begannen.

Die Städte hatten in Magdeburg beschlossen, zur Errichtung einer Gegengarde 100 000 Gulden aufzubringen; eine Ratifizierung dieser Abmachung stand aber noch aus. Für weitere Verhandlungen war daher Braunschweig ausersehen, wohin alle Stände zum 15. März einkommen sollten⁷⁶). Vertreter der vier großen Städte Bremen, Braunschweig, Hamburg und Magdeburg verhandelten aber auch in den ersten Märzwochen ständig in Braunschweig, da die Belagerung Bremens eine neue Sicht ergeben hatte⁷⁷). Der Syndikus der Stadt Bremen, Johann Redarius (d. i. Rolwagen), und die Gesandten von Hamburg und Magdeburg traten zunächst entschieden dafür ein, dem Kurfürsten weiter treulich zur Seite zu stehen. Von ihm abzufallen, wäre ihren „pflichten vnd verwandtnus enkegen, ein ewige schande vnd verterben“. Der Rest der giengeschen Hilfe (es standen noch etwa 50 000 Gulden aus) müßte unbedingt erlegt werden⁷⁸). Der Bremer Sekretär Jodocus Gercken forderte dann „temelige“ (ziemliche) Hilfe von den Städten für Bremen. Dabei verwarf er die geplante Gegengarde als ungeeignet, da zu ihrer Verwirklichung zu viel Zeit verginge; an ihrer Stelle forderte er eine eilende Hilfe⁷⁹). Dieses Vorgehen Bremens muß überraschen; denn für

⁷⁴) Beneke, S. 83; Gaedechus, Mitteilg. des Vereins für Hbg. Geschichte 8 (1885); Häpke, S. 257.

⁷⁵) Vgl. N. A. 535. 1547, April 4: Der Rentmeister von Jever an den Lieutenant von Groningen usw.: Die Bremer und Hamburger Schiffe hätten „de Weser thogelecht . . . also dat men den krigesvolck henforder, so anher geschein, kene victalie oder nottrufft thotoschicken moiglich“. Wenn der Strom nicht für den Kaiser oder das Haus Burgund freigemacht würde, müßten die Kriegsräte und ihre Leute „kummers noith liden“. Dieses Schreiben läßt den Einfall der Hamburger Schiffsbesatzungen ins Jeverland berechtigt erscheinen und widerspricht Renners Ansicht (II, S. 329), daß des „Froichen Land to Jever“ Wrißberg nicht geholfen habe, da es gut bremisch war.

⁷⁶) Br. A. b. 4. b. 21. 1547, März. Or., chiffriert: Br. Ges. in Bra. an Br.

⁷⁷) Vgl. für das Folgende Bra. A. 17. 265 ff. 1547, März 4 ff.: Protokoll der Braunschweiger Verhandlungen.

⁷⁸) Es überrascht wieder, daß gerade Br. und Magdeburg diese Werbung vertraten, da sie doch zu den Säumigen zählten.

⁷⁹) „... de Jegengardung mochte ethwas beswerlig fallen vnd in de lenge gespelet werden“.

die Gegengarde waren die vorbereitenden Beratungen abgeschlossen; es stand nur die Ratifizierung aus, während für den neuen Vorschlag die Gesandten nicht einmal Vollmachten hatten und somit eine bedeutend längere Zeit bis zu einem neuen Entschluß vergehen mußte. Bremens Erfahrungen waren groß genug, um das voraussehen zu können. Wir müssen daher vermuten, daß die Stadt insgeheim hoffte, bei einem neuen Anschlag in Anbetracht seiner großen Belastungen durch die Belagerung von einem eigenen Anteil an der Hilfe befreit zu werden, während sie nach dem Magdeburger Abschied ja 20 000 Gulden für die Gegengarde zu stellen hatte.

Diese Ansicht wird bestätigt durch einen Entwurf der Stadt Bremen für die vorgeschlagene eilende Hilfe aus diesen Tagen. Danach sollte ein Heer von 5400 Knechten und 310 Pferden aufgestellt werden, ohne daß Bremen daran beteiligt sein sollte. Dieses Heer sollte sich am 14. oder 15. März „vp dat Kukenmor“ an der Grenze des Stifts Verden versammeln und dann über Langwedel nach Bremen stoßen. Dieses gedachte, Feldgeschütze zu stellen und den Zug von der Wasserseite her durch Seidenschiffe zu decken. Als Oberbefehlshaber schlug die Stadt Christoph von Oldenburg vor, falls er in Bremen wäre, als Leutnant den bremischen Hauptmann Andres Lübbecke oder den braunschweigischen Hauptmann⁸⁰⁾.

Wie vorauszusehen führte diese bremische Forderung zu langwierigen Erörterungen. Alles, was Bremen in diesen Tagen erreichte, war die Versicherung, daß sich die Städte, „wen eine dreglige (erträgliche) tax vorgelagen“, zur Errettung Bremens nicht „untrostlich“ zeigen wollten. Vorerst aber sollte die bedrängte Stadt in Celle und bei Herzog Franz von Lüneburg (Gifhorn) um Hilfe und Durchmarscherlaubnis für die Truppen nachsuchen. Im übrigen wollten Hamburg, Goslar und Magdeburg erst Instruktionen einholen und verweigerten eine „trostlige vngeverlige erclerung“, um die Rolwagen dringend gebeten hatte. „So mote he idt ock darby laten“, meldet das Protokoll lakonisch.

Jodocus Gercken verließ am 5. März Braunschweig und versuchte sein Glück in Celle. Hilfe an Mannschaft konnte er hier nicht erlangen; doch war er schon froh, daß bei der zweifelhaften Haltung Lüneburgs⁸¹⁾ wenigstens der Durchzug der Truppen gestattet wurde. Da weitere Verhandlungen erst Mitte März zu erwarten waren, ritt Gercken von Celle aus zur Berichterstattung nach Bremen⁸²⁾, wohin Daniel von Büren schon einige Tage früher aus Magdeburg zurückgekehrt war, während sich Rolwagen in Braunschweig weiter um Hilfe abmühte.

Da mit der eilenden Hilfe wie mit der Gegengarde noch alles in der

⁸⁰⁾ Bra. A. 17. 311. Ohne Datum, Konz.

⁸¹⁾ Br. A. b. 4. b. 1. 1547, Febr. 11: Räte zu Celle an Br. Or. Entschuldigen sich, daß sie Gesandte beim feindlichen Kriegsvolk hätten. Angeblich Verhandlungen wegen der Grafschaft Hoya.

⁸²⁾ Br. A. b. 4. b. 10. 1547, März 6. Or.: Gercken an Rolwagen in Bra.

Schwebe war, entschlossen sich die Gesandten der vier Städte wenigstens, dem Kurfürsten zu empfehlen, auf alle Fälle die Grafen von Mansfeld und von Oldenburg mit den Werbungen beginnen zu lassen⁸³).

Christoph von Oldenburg war Anfang März im Auftrage Johann Friedrichs mit 30 Pferden in die belagerte Stadt gekommen⁸⁴), hatte die Befestigungen rund um die Stadt besichtigt und manchen guten Rat erteilt⁸⁵). Der Kurfürst bestellte deshalb den Grafen Albrecht von Mansfeld allein zum obersten Feldherrn⁸⁶). Er nahm seine Aufgabe sehr ernst und setzte sich rege für Bremen ein. „Solte dyse Stat erobert werdenn, so wer wol zv bedenkenn, was vor Schrecken bey dem gemeynen man darauss erfolgen vnnd wie es alsdenn den andren steten gehen werde“, ließ er die Gesandten in Braunschweig ermahnen⁸⁷). Denn daß auch ihr Schicksal vor Bremens Mauern entschieden würde, schien den Städten nur ungenügend klar zu sein.

So waren am 16. März, als die Verhandlungen erneut in Braunschweig begannen, nur ein Teil der Stände erschienen. Da man ohne die Abwesenden nichts zu beschließen gedachte, kam erst am nächsten Tag auf Drängen der bremischen Gesandten die Bremer Hilfe zur Sprache. Die Antworten liefen daraus hinaus, daß jeder zuerst wissen wollte, was der andere zu tun gedenke. Erst die Ankunft des Hamburger Gesandten brachte etwas frischen Wind in die Versammlung, als er erklärte, seine Herren hätten sich um Reisige und Fußvolk beworben, sechs Schiffe für die Weser seeklar verordnet und in ihrer Stadt bereits ein Fähnlein Knechte und etliche Bootsleute bereitliegen, „alles vp erfordern der von Bremen“. 300 Pferde würden auf Lätare (30. März) anreiten⁸⁸).

Als sich am 18. März die Versammlung wieder auflöste, um neue Instruktionen einzuholen, hatten außer Hamburg wenigstens noch Braunschweig 1000 Mann und 50 Reiter und Goslar 100 Knechte angeboten. Es hingen jedoch so schwere Bedingungen daran, schrieben die bremischen Gesandten an den Rat, daß sie nicht glaubten, daß selbst diese Hilfe zustande käme.

⁸³) Bra. A. 17. 260. 1547, März 7, Kop. Vermutlich mit den 10 000 fl Laufgeld, die Jo. Fr. erlegt hatte.

⁸⁴) Br. A. b. 4. b. 22/23. a. a. O.: am 4. März mit 5 oder 6 Kartaunen; Renner II, S. 316: am 1. März. Renner schreibt dazu: „Dusse Chorforste(!) hadde Bremen sehr leef“ und pflegte zu sagen, „dat negest Gad sin üterste thoflucht tho der Stadt Bremen were, und wen öhme schon alle Stede affellen, so vorsege he sick doch desen der Stad Bremen nicht, den de wurde vaste holden“. — Christoph bestätigt bei diesem Aufenthalt in einem Schreiben an Ph. (v. 6. März 1547) unsern Eindruck von der Haltung Br.'s: „Die vor Bremen haben großen Schaden erlitten, ihre Dörfer zum Teil verbrannt, die Felder verwüstet; aber die in Bremen sind guten Mutes, sind unerschrocken, befestigen ihre Stadt zum Besten, wollen ihre Stadt männlich verteidigen und sind ganz willig, für ihre gerechte Sache zu sterben“ (Nach Berentelg, S. 50).

⁸⁵) Vgl. Renner II, S. 320, 1547, März 6.

⁸⁶) Bra. A. 17. 394 f. 1547, März 13: Jo. Fr. an die Gesandten in Bra., Or.

⁸⁷) Bra. A. 17. 376. 1547, März 13. Or.

⁸⁸) Bra. A. 17. 276 ff. 1547, März 16—30: Protokoll der Verhandlungen in Bra.

Voraussetzung wäre nämlich, daß der Kurfürst, der Landgraf, Pommern und Lüneburg etwas dazu beitragen. Es sei aber gewiß, daß Lüneburg und Pommern nichts tun würden, bei Hessen sei es zweifelhaft, und der Kurfürst habe selber genug zu schaffen. Daher sei leicht zu sehen, daß die Dinge nur darauf hinausliefen, Zeit zu gewinnen und die Verhandlungen zu verschieben. Die Stände hatten sich schließlich dahingehend geäußert, wenn der Kurfürst das „Haupt ordnet“, was durch den Auftrag an Mansfeld ja geschehen war, und aus dem Land Braunschweig-Wolfenbüttel ein paar Tausend Landleute aufgeboden würden, ließe sich vielleicht auch etwas ausrichten.

Der Weg zu den Bundeshauptleuten in dieser Angelegenheit schien den bremischen Gesandten nicht erfolgversprechend; den Kurfürsten fürchteten sie zu verfehlen, da der Weg gefährlich und unsicher sei, und vom Landgrafen glaubten sie nur spöttische Worte zu ernten, da er einen „ser wunderlickten breff“ nach Braunschweig geschrieben habe. Gercken versuchte jetzt, Magdeburg zu der vorgeschlagenen Leistung von 1000 Knechten und 50 Pferden zu bewegen, konnte das aber nur zum Teil durchsetzen⁸⁹⁾.

Wenn wir an die Lage Bremens während der ersten Belagerung denken, könnten die unermüdlichen Verhandlungen der bremischen Gesandten und die häufigen Mahnungen der Stadt um schnelle Hilfe unberechtigt oder zumindestens übertrieben erscheinen. Große Menschenverluste hatte die Stadt nicht erlitten, und ein erfolgreicher Sturm des Feindes oder gar eine Hungersnot in der Stadt waren sobald kaum zu befürchten. Gerade die verhältnismäßige Schwäche des Feindes war es aber, die Bremen auf schnelles Handeln drängen ließ. Ein besonders starkes Heer konnten die Städte sicher nicht zusammenbringen; es galt also zu schlagen, so lange man dem Feind noch überlegen oder doch ebenbürtig sein konnte. Und Meldungen, daß Cruningens Heer verstärkt werden sollte, nicht nur durch benachbarte Fürsten, deren Treiben Bremen mißtrauisch verfolgte, kamen täglich in die Stadt. Schon am 17. Februar berichtete der Rat von umfangreichen Werbungen über 20 Fähnlein und 7 Geschwader Reiter in Geldern. Von Köln und Münster sollten weitere Reiter angefordert sein. Obwohl es zwischen dem Kaiser und Herzog Erich von Braunschweig-Calenberg erst am 14. März zum Vertrage kommen sollte, wurde er hier schon als oberster Feldherr genannt⁹⁰⁾. Weiter fürchtete die Stadt bedeutende Hilfe für die Belagerer aus den Niederlanden, dann wieder 3000 Mann aus dem Stift Osnabrück, die zum Heere stoßen sollten⁹¹⁾.

Die bremischen Gesandten trieb besonders die häufige Ungewißheit über

⁸⁹⁾ Br. A. b. 4. b. 24. 1547, März 23, Or.: Gercken aus Magdeburg an Rolwagen in Bra.: 600 Knechte u. 30 Pferde. Gercken bat Rolwagen, niemandem etwas von dieser Antwort zu verraten, da dann auch die anderen Städte ihre Leistungen heruntersetzen würden.

⁹⁰⁾ Br. A. b. 4. b. 8., a. a. O.

⁹¹⁾ Bra. A. 17. 308 ff., a. a. O.; Br. A. b. 4. b. 25. 1547, März 25: Br. an die bremischen Gesandten in Bra. Or., z. T. chiffriert.

die Lage in der Vaterstadt zur Eile an. Der Briefverkehr mit ihr war sehr erschwert, und obwohl er auf Umwegen über Oldenburg oder Hadeln geschah, fielen doch immer wieder Boten den Feinden in die Hände. Die Schreiben mußten daher chiffriert und häufig im Doppel ausgefertigt werden, und sie erreichten den Empfänger erst, wenn sich die Lage am Absendeort schon wieder ganz anders gestaltet hatte.

Als am 27. März die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten, war die Lage noch verfahrenener als am 15. Selbst am 29. war außer den Gesandten von Hamburg und Magdeburg noch niemand in Braunschweig eingetroffen. „Vergeuet onen Got!“ schrieben die Vertreter Bremens erbittert nach Hause. Sie drängten trotzdem zusammen mit den beiden Grafen (Christoph war inzwischen von Bremen nach Braunschweig gekommen) auf eine Entscheidung, natürlich ohne Erfolg. Man sandte Boten an die fehlenden Städte, und selbst, wenn diese zustimmende Antwort bringen sollten, fürchtete man, daß die bewilligten Mittel zu gering sein würden, um damit etwas Entscheidendes ausrichten zu können. Der Landgraf hatte erneut jede Hilfe abgelehnt; die Antwort des Kurfürsten stand noch aus⁹²⁾. So hoffnungslos war die Lage noch in Braunschweig, als der Ausfall der Bremer die Kaiserlichen zum Aufbruch zwang, und die Stadt wenigstens für kurze Zeit aufatmen konnte. Daß Hamburg ohne einen Bundesbeschluß und daher ohne Verpflichtung von dorther Schiffe zur Unterstützung ausgesandt hatte, ist besonders hoch anzurechnen.

Daß der Stadt nur eine kurze Frist gegeben war, bis der Feind mit verstärkten Kräften seinen Versuch erneuern würde, darüber herrschte völlige Klarheit. Nur wenige Tage nach dem Abzug schrieb Wrißberg aus seinem Feldlager zu Gyhum (südlich Zeven) an Anton von Oldenburg, sie hätten die Knechte nur eine Zeitlang weggeführt, um sie beieinander zu halten und etwaigen Meutereien vorzubeugen. Der Kaiser habe geschrieben, daß Geld und weitere Bestallung, um neue Truppen anzunehmen, unterwegs seien. An diese Nachricht knüpfte Wrißberg die Bitte um ein Darlehen von 12 000 Talern⁹³⁾. Etwa zur selben Zeit meldete der Rat der Stadt Hameln die Ankunft von 17 Fähnlein Knechten aus den Niederlanden unter Oberst Packemor im Stift Minden. Ihr Ziel sei Bremen⁹⁴⁾.

Vielleicht waren es ähnliche Nachrichten, welche die Stände zur Eile mahnten; vielleicht aber war es auch die Drohung Rolwagens, wenn sie nicht helfen wollten, würde Bremen mit den Feinden unterhandeln und sie dann gegen Braunschweig und alle, die sie im Stiche ließen, unterstützen⁹⁵⁾.

⁹²⁾ Br. A. b. 4. b. 27. 1547, März 29, Or.: Bremische Ges. an Br., chiffriert.

⁹³⁾ O. U. 776. 1547, April 6.

⁹⁴⁾ Br. A. b. 4. b. 29. 1547, April 2. Kop.

⁹⁵⁾ Br. A. b. 4. b. Ohne Datum. Bemerkung Rolwagens zu den Braunschweiger Verhandlungen (nicht vor 1552 geschr.): „Braunschweig hielt die Sache auf mit großem Geschwätz . . . Ist alles falsch und erlogen Ding mit den Menschen. Allein der liebe Gott hat geholfen und will vort helfen.“

Jedenfalls entschlossen sich die Stände, die nach und nach in Braunschweig eingetroffen waren, schon Anfang April überraschend schnell zu Hilfsmaßnahmen. Mit dem Volk der Städte allein hatten sich die Grafen nicht zufriedengeben wollen. Man wählte daher einen Mittelweg. Die vier Städte verpflichteten sich zunächst für 60 000 Gulden, erhöhten diese Summe auf Drängen der Grafen aber auf 64 000, so daß Braunschweig, Bremen, Hamburg und Magdeburg je 16 000 aufzubringen hatten. Von diesem Geld sollten die Städte etwa 24 000 Gulden zur Unterhaltung von eigenem Kriegsvolk abziehen, das übrige an die Grafen gehen lassen, und zwar 8000 Gulden sofort, 32 000 auf dem Musterplatz. Geschütz und Munition hatten die Städte auf eigene Kosten zu stellen. Das Recht, im Falle eigener Not ihre Truppen abzufordern, sollte den Städten gewahrt bleiben, eine in diesem Abschnitte des Krieges verständliche, aber bedenkliche Einräumung. Die Sammlung der Truppen sollte nach dem Braunschweiger Abschied vom 2. April sofort um Alfeld und Bockenem (a. d. Leine) erfolgen. 2000 Mann gedachte man zusätzlich im Lande Braunschweig aufzubieten⁹⁶⁾.

Bremen wurde also in diesem Anschlag trotz der Belagerungskosten wie die anderen Städte belastet. Die bremischen Gesandten hatten immer und immer wieder angezeigt, daß ihre Stadt dazu nicht in der Lage sei; aber weder Flehen noch Klagen hatten geholfen. „Dem dat Vür am negesten ist, de schole billicke vor andern dat meyste dar tho don“, war die Antwort der Verbündeten, und die Bremer Gesandten mußten die Sache hingehen lassen, um nicht die ganze Hilfe zu gefährden. Hier fällt ein Widerspruch auf. Während die Bremer Gesandten Christoph von Oldenburg wohl unter vier Augen erklärten, daß Bremen die Summe nicht gleich erlegen könne⁹⁷⁾, und der Rat in einer Stellungnahme zu den Verhandlungen den Eindruck der mangelnden Zahlungsfähigkeit noch verstärkte⁹⁸⁾, heißt es im Abschied, daß Bremen sich erbiere, über die „Taxa“ hinaus Geld und Volk aufzubringen.

Nach einer dem Abschied angehängten Liste verteilten sich die von den Städten zu stellenden Truppen folgendermaßen: Bremen 1000 Knechte und 100 Reiter⁹⁹⁾, Braunschweig 1000 Knechte und 50 Reiter, Hamburg 1000 Knechte und 200 Reiter, Magdeburg 400 Knechte. Darüber hinaus versprach Hamburg, die schon erwähnten Schiffe mit 400 Knechten und Bootsleuten

⁹⁶⁾ Bra. A. 17. 425. 1547, April 2: Bra. Abschied, Or.

⁹⁷⁾ Br. A. b. 4. b. 31. 1547, April 3: Bremische Ges. an Bra. Or.

⁹⁸⁾ Br. A. b. 4. a. 1547, April 12: Br. an Rolwagen und Gercken, Kop.; Bra. A. 21. 222 ff. Or. und dechiffriertes Schreiben.

⁹⁹⁾ Diese Anzahl wird auch von den Grafen und den bremischen Gesandten für Br. genannt (Bra. A. 17. 430. Ohne Datum; Br. A. b. 4. b. 31. a. a. O.). Davon abweichende Angaben sind, wenn sie höhere Zahlen aufweisen (H. A. 16. Ohne Datum, Konz.: 4 Fähnlein oder 2000 Knechte und 60 Pferde), sicher vor dem Abschied, wenn sie geringere Zahlen nennen (Bra. A. 17. 436. Ohne Datum: 800 Knechte und 100 Pferde) oder Br. gar nicht aufführen (H. A. 16. Ohne Datum) später zu datieren.

auf der Weser zu unterhalten. Goslar und Hildesheim sicherten je ein Fähnlein Knechte zu; die Grafen wollten 5200 (vyffe twe?) Knechte und 1500 Reiter annehmen, so daß man mit dem Braunschweiger Aufgebot etwa 13 000 Mann zur Verfügung gehabt hätte, die Bremer Gesandten also mit Recht schreiben konnten, „dat id ein geweldich toch wolde werden“. Es würde aber in 14 Tagen kaum schon so weit sein, fügten sie vorsichtig hinzu¹⁰⁰). Ob das Wirklichkeit werden würde, was jetzt auf dem Papier stand, mußte die Zukunft erweisen.

Am schwierigsten war es wohl für Bremen, seinen Teil dazu zu tun. Wegen der gesperrten Straßen war es schlecht möglich, das Geld zum Musterplatz zu schaffen — nicht einmal ein Brief konnte mit Sicherheit befördert werden —, und die Summe bei bundesverwandten Ständen aufzunehmen, wie die Grafen vorschlugen, gelang der Stadt wohl nicht, wenn sie es überhaupt versucht hat. Der Rat bat daher, das Geld zu fristen, bis das aufzustellende Heer näher an Bremen herangerückt sei. Was sich nicht abhandeln ließe, wären sie bereit zu geben, hatte der Rat an seine Gesandten geschrieben, nur müßten sie die Gewißheit haben, daß ihnen auch geholfen würde. Besonders schwer empfand Bremen die feindselige Haltung des Erzbischofs und hoffte, daß durch das Heer „der besen noberschop afgehulpen“ werde¹⁰¹). Wenn es also ungewiß ist, ob Bremen seinen Anteil an Geld überhaupt erlegt hat, so ist es doch sicher, daß bremische Truppen nicht beim Heer des Grafen waren; denn ehe die Aufstellung wirklich begann, war die Stadt schon wieder belagert, so daß jeder Mann auf den eigenen Wällen benötigt wurde¹⁰²).

Der Kaiser hatte ja ein zweites Heer für Norddeutschland aufstellen lassen wollen und damit den jungen Herzog Erich von Braunschweig-Calenberg beauftragt. Der am 14. März in Nördlingen geschlossene Vertrag wies dem Herzog unter anderem die Aufgabe zu, für Herzog Heinrich das Land Braunschweig-Wolfenbüttel zurückzugewinnen und zu bewahren¹⁰³). Die Voraussetzung für ein solches Unternehmen war die Unterwerfung der niedersächsischen Städte, vor allem die Bremens, das ja den Bundesverwandten gerade ein Beispiel erfolgreichen Widerstandes gegeben hatte. Die Kunde von der Lage Wrißbergs, der schon im März den Kaiser dringend um Entsendung Herzog Erichs nach Bremen gebeten hatte¹⁰⁴), unterstützte sicher diese Überlegung, wie auch die Nachrichten von den Rüstungen der Städte eine Vereinigung mit Wrißberg ratsam erscheinen ließen. Diese er-

¹⁰⁰) Br. A. b. 4. b. 31. a. a. O.

¹⁰¹) Br. A. b. 4. a., a. a. O.; Bra. A. 21. 222 ff. a. a. O.

¹⁰²) Bra. A. 17. 430. Ohne Datum (April): Die Grafen rechnen nicht mit den bremischen Knechten, da die Stadt belagert sei.

¹⁰³) Druffel I, Nr. 88.

¹⁰⁴) Br. A. b. 4. b. 22/23. a. a. O.

folgte auch Mitte April bei Verden unter dem Oberbefehl Erichs, den der Kaiser nach dem Tode Cruningens damit betraut hatte¹⁰⁵). Schon vor dieser Vereinigung, noch fast 100 Kilometer von Bremen entfernt, hatte der Herzog am 10. April die erste Übergabeforderung an die Stadt ausgehen lassen. Er teilte der geächteten Stadt in noch sehr gemäßigtem Ton mit, daß er als oberster Feldherr des Kaisers Befehl habe, die „Stadt Bremen in Ihrer Mayt. Gnad vnd ungenad einzufurdern vnd zu nhemen“, und forderte sie auf, sich ihm zu ergeben¹⁰⁶). Wie Bremen auf solche Aufforderung zu antworten pflegte, ist uns bekannt. Es klingt fast wie Spott, wenn der Rat dem Herzog schrieb, daß ihnen solches schon vorher von anderen Kriegsleuten zugemutet worden sei¹⁰⁷).

Zornig über den ersten Mißerfolg zog Erich vor die Stadt, wo er mit Wrißberg am 19. April eintraf, um diesmal oberhalb der Stadt und zu beiden Seiten der Weser das fortzusetzen, was Cruningen versucht und Wrißberg vor drei Wochen erfolglos abgebrochen hatte.

Die Lage Bremens hatte sich seitdem nicht grundsätzlich geändert. Zwar hatte man die kurze Zeit der Handlungsfreiheit tatkräftig genutzt, die Befestigungen der Stadt nach den gewonnenen Erfahrungen erheblich verstärkt, die Häuser gegen Brandgeschosse mit Löschwasser versorgt¹⁰⁸) und die Proviantbestände in der Stadt wie in Bederkesa ergänzt¹⁰⁹). Die Befestigungsarbeiten wurden noch während der Belagerung fortgesetzt, vor allem die Weser mit Mastbäumen, die an Ankern und Ketten befestigt waren, und einer doppelten Pfahlreihe gesperrt, das unbefestigte rechte Flußufer mit einer Schanze versehen und die Weserbrücke gegen Brandgefahr mit feuchten Laken geschützt¹¹⁰). Zum Schutz der Stadt die umgebenden Niederungen unter Wasser zu setzen, wie man es 1539 gemacht hatte, als gardende Knechte Bremen bedrohten, erlaubte in diesem Jahr eine ungewöhnliche Trockenheit und ein entsprechend tiefer Wasserstand nicht¹¹¹).

¹⁰⁵) Vgl. v. Bippen, *Aus Br.'s Vorzeit*, S. 147; Kohlmann, S. 67 ff.

¹⁰⁶) Br. A. b. 4. b. 38. 1547, April 10, Feldtlager zu Brelingen (nördl. von Hannover), Kop.; ebenso H. A. 105b. 11.; gedruckt bei Kohlmann, S. 68.

¹⁰⁷) Br. A. b. 4. b. 36. 1547, April 12. Druck.

¹⁰⁸) Renner (II, S. 337) berichtet ausführlich davon, von doppelten Staketen, von 1000 scharfen Pfählen, die vor die Gräben in die Erde gesetzt wurden, von Sturzkuhlen und Zwingern, Pfannen mit siedendem Wasser, Teer- und Pechkränzen, Steinen und Mastbäumen auf den Wällen und Brustwehren usw.; Rienesberg-Schene, Apr. 8: „... alle Kumpe, boden, pannen“ wurden mit Wasser gefüllt.

¹⁰⁹) Vgl. Renner II, S. 330.

¹¹⁰) Vgl. Renner II, S. 344.

¹¹¹) Br. A. b. 4. b. 50: Kurze Beschreibung vom Bremer Krieg 1547. Ms., ohne Datum (zeitgenössischer Bericht). „Wenn das Wasser ghar wenich gewachsen, hat man die teiche vffstechen vnd sie alle merenteil erseuffen können.“ 1539: Br. habe „das Wasser fließen lassen“. (Aus einem Schreiben Ernsts von Lü., nach Schmidt, S. 193).

Andererseits hatte Anton von Oldenburg die ihm von den Kaiserlichen gegebenen Freiheiten ausgenutzt und am 2. April das feste Haus Delmenhorst erobert und den Drost und die übrigen Beamten wegen ihrer freundlichen Haltung Bremen gegenüber gefangen nach Oldenburg geführt. Anton ließ die Festung verstärken; eine kaiserliche Besatzung von etwa 300 Knechten¹¹²⁾ wird aber erst während der zweiten Belagerung Delmenhorst besetzt haben. Denn bis dahin verhielt sich der Graf sehr zurückhaltend und legte Käufen und Verkäufen der Bremer in Delmenhorst nichts in den Weg¹¹³⁾, so daß Wrißberg und Langen sich genötigt sahen, ihm ihr Befremden auszudrücken, daß er mit Bremen „gemeinschaft und verwantnus“ suche¹¹⁴⁾. Dies änderte sich sofort, als die kaiserlichen Heere erneut vor der Stadt lagen. Der Graf ließ sich jetzt von den Feldherren ausdrücklich bestätigen, daß er „mit der that und werck“ den Kaiserlichen „zum sterkestem zugezogen“ und durch die Einnahme von Delmenhorst die Hoffnung bestärkt habe, Bremen zu bezwingen. Für den Fall, daß das Heer von Bremen abziehen müßte, erhielt er die Versicherung, daß der Kaiser ihn in seinem Besitz, besonders gegen die Ansprüche des Bischofs von Münster, zu schützen wisse¹¹⁵⁾. Dafür zeigte Anton der belagerten Stadt an, daß er kraft des kaiserlichen Mandats sich genötigt sehe, die Acht an Bremen zu vollstrecken¹¹⁶⁾.

Während sich also auf dem linken Weserufer die Lage für die Stadt verschlechtert hatte, ja dieses durch Erichs Heer schließlich fast ganz gesperrt wurde, blieb die Niederweser diesmal frei, und im Schutze der hamburgischen Schiffe konnte von der Wasserseite her, wenn auch nicht gefahrlos, die Versorgung der Stadt erfolgen¹¹⁷⁾.

Als Erich in schärferem Tone erneut Ergebung auf Gnade und Ungnade forderte, sich über die „spitzige vnnnd ungebührliche Antwort“ auf die erste Aufforderung beschwerte und drohte, mit „Schwert und Fewers, so viel Got Gnad gibt, nit sparenn“ zu wollen, erhielt er nur eine schärfere Ablehnung¹¹⁸⁾, obwohl sein Heer sicher mehr zu fürchten war als das Crueningens. Herzog Erichs Heer war stärker¹¹⁹⁾ und besonders mit Geschützen

¹¹²⁾ Vgl. Frese, S. 240.

¹¹³⁾ Vgl. Rütthing I, S. 369 f.

¹¹⁴⁾ O. U. 778. 1547, April 7, Feldlager zu Kirchwalsede.

¹¹⁵⁾ O. U. 779/780. 1547, April 13 und 30.

¹¹⁶⁾ Br. A. b. 4. b. 43/44. 1547, Mai 2: Br. an Anton, Kop. Der Rat weist darauf hin, daß sich Anton trotz rechtmäßiger Ächtung an der Exekution gegen Balthasar von Esens auch nicht beteiligt habe.

¹¹⁷⁾ Vgl. Wiedemann II, S. 80.

¹¹⁸⁾ Br. A. b. 4. b. 37. 1547, April 20: Erich an Br., Or.; Br. A. b. 4. b. 39. Antwort, vgl. oben S. 75, Anm. 11.

¹¹⁹⁾ Der genannte Vertrag mit dem Kaiser sah 17 Fähnlein zu je 400 Knechten und 1500 Pferde vor. Diese Zahlen wurden wohl nicht erreicht. Hinzu kamen Wrißbergs Truppen, die sicher durch Abgänge vermindert waren. Häpke (S. 268, Anm. 2), der diese Frage ausführlich bespricht, schätzt die Gesamt-

gut ausgerüstet. Dazu war der Feldherr von jugendlichem Eifer beseelt, ein grimmiger Löwe, wie ihn der Chronist nennt, der gekommen sei, um Bremen zu verschlingen¹²⁰).

Gleich am 19. April hatte ein Teil der feindlichen Knechte die Stadt berannt; sie wurden aber „dermaten von den . . . wellen, twengeren vnd murn wedder affgederiget, dat se ethlicke vp der stede tho pande (?) gelaten (sich gefangengegeben) vnd de andren wedder aff tom hupen geilet“¹²¹).

Der Herzog ging nun planmäßiger vor. Er schlug oberhalb der Stadt eine Brücke über die Weser, um eine ständige Verbindung mit Wrißbergs Heerhaufen auf dem rechten Ufer zu schaffen. Dann unternahm er es, auf seinem Ufer für das Geschütz eine hohe Schanze aufzuwerfen, von wo aus er die zum Fluß hin nur behelfsmäßig geschützte Stadt auf dem anderen Ufer beschießen wollte. Die Weser war hier im Bereich der Stadt durch einen Nebenarm, die kleine Weser, erheblich verbreitert, trotzdem war die Reichweite der Geschütze groß genug, um diese Strecke zu überbrücken. Die Schanze war also eine wirkliche Gefahr für die Stadt: der Krieg schien jetzt vernehmlicher an ihre Tore pochen zu wollen als bei der ersten Belagerung. Die Ausfälle des städtischen Kriegsvolks waren zwar in dieser Zeit ebenso waghalsig wie vorher; sich meilenweit von der Stadt zu entfernen, konnte man aber nicht mehr wagen. Als größeres Unternehmen ist hier nur ein Angriff über die Weserbrücke auf die im Bau befindliche Schanze zu erwähnen, an dem etwa 1000 Mann beteiligt waren. Die Bremer konnten das Werk wohl stören, auch Gefangene einbringen, die Fertigstellung aber auf die Dauer doch nicht verhindern. Der Feind bewachte diese Stel-

stärke auf etwa 8000 Knechte und 1400 Pferde, wobei er je Fähnlein Knechte 250 Mann ansetzt. Nach dieser Berechnung beziffert er Erichs Heer bei Drakenburg, das übereinstimmend mit 15 Fähnlein Knechten und 5 Fähnlein Reitern angegeben wird, auf 3750 Knechte und 1000 Reiter. Nach den gleichen Berichten (abgedruckt bei Häpke) wurden rund 2500 Gefangene gemacht; an die 3000 (nach Renner 3500, Dilich 2500, Beninga 3000) fielen in der Schlacht oder ertranken in der Weser. Da die Reiterei Erichs zu Beginn der Schlacht floh, hat sie kaum Verluste erlitten; denn eine Verfolgung fand nicht statt. Die Verluste beziffern sich damit auf mindestens 5000 Mann; wir müssen also je Fähnlein Knechte sicher 300 Mann ansetzen. Die Gesamtstärke wäre demnach rund 6000 Mann, was sich mit den bei Häpke genannten Quellen und der üblichen Stärke durchaus deckt (Vgl. Avila Kjjj: „Und ist zu wissen, das ein Fendlein Knecht, gemeinem Teutschem Kriegsgebrauch nach, gemeinlich mit drey, vier oder fünfhundert Personen stark auffgericht vnd bedeckt wirdet“). Wrißberg soll nach der Schlacht 15 Fähnlein Knechte und (mindestens) 2 Fähnlein Reiter gehabt haben. 2 Reiterfähnlein ließ er in Verden zurück (Spangenberg C. V. 1547). Er wird also vor Br. nur wenig schwächer als Erich gewesen sein, so daß wir die Gesamtstärke des Belagerungsheeres auf 11 000 bis 12 000 Mann beziffern dürften.

¹²⁰) Rienesberg-Schene, 1547, April 19.

¹²¹) Bra. A. 21. 450 ff. 1547, April 20: Br. an Bra.

lung in Zukunft so stark, daß ohne große Verluste an eine Wiederholung des Ausfalls nicht zu denken war¹²²). Erobern konnte man die Stadt durch Artilleriebeschuß indes nicht, wohl aber die Bevölkerung zermürben und sie dadurch vielleicht zur Übergabe zwingen. Dies befürchtete auch der Rat, als er an Rolwagen in Braunschweig von der Gefahr schrieb, daß das Volk ungeduldig werden könnte, wenn Bremen mit Feuer und großem Geschütz bedrängt würde und sich mit bloßen Worten nicht hinhalten ließe, obwohl „dorch sunderlich vorlehninge Gots des Almechtigen“ ihr „volck wente (bis)her duldich vnd eindrechtig gewest“ und Gott sei Dank noch sei¹²³).

Erich wußte diese Gelegenheit nicht zu nutzen: die Beschießung der Stadt war ungenügend, richtete kaum Schaden an und brachte der Bevölkerung nur einen Mann Verlust bei. „Dut was de erste unde leste, so in der Stad geschaten is“, konnte Renner^{123a}), zum Glück für die Bremer, schreiben. Das gilt natürlich nur für die Artillerie; bei den Ausfällen traten häufiger Verluste ein. Daß die Bremer Geschütze in den Kampf eingriffen und etwa die feindliche Schanze beschossen, hören wir nicht¹²⁴).

Erich unternahm indes ein gewaltiges Experiment; er versuchte die Weser von Bremen abzuleiten, um durch das trockene Flußbett an der einzig verwundbaren Stelle in die Stadt hineinstoßen zu können. Ein Nebenfluß der Weser, die Ochtum, die unterhalb der Stadt in den Strom mündet und oberhalb dicht an die Weser herankommt, war dazu ausersehen, das neue Flußbett zu bilden¹²⁵). Tagelang war die in Massen aufgebotene Landbevölkerung mit der Ausführung dieses Planes beschäftigt, bis sich herausstellte, daß das Bett der Ochtum höher als das der Weser ist.

Daß Erich auf solche Weise erzwingen wollte, wozu der Mut seiner Knechte und die Kraft seiner Waffen nicht ausreichte, das lag neben seiner jugendlichen Ungeduld an den bedrohlichen Nachrichten, die von dem Fortgang der Gegenrüstungen berichteten. Hamburg hatte schon am 24. April der belagerten Stadt Kundschaft geschickt, daß die „bewußten Anschläg“ nun ernstlich ins Werk gesetzt würden. Sie hätten von Christoph von Oldenburg Bescheid, daß ihr Kriegsvolk „erstes dages affgefertigt werden“ sollte. Sie würden mit Entsatz und Errettung der Stadt, deren „Christlichs vnnnd wolgemutet Hertz“ sie lobten, nicht säumen¹²⁶). Diesmal waren es keine leeren Versprechungen. Wenige Tage nach dem Abgang des

¹²²) Br. A. b. 4. a. 1547, April 26: Br. an Rolwagen. Kop.; Or. wohl chiffriert gewesen.

¹²³) Br. A. b. 4. a. 1547, April 26, a. a. O.

^{123a}) II, S. 353.

¹²⁴) Was wir von der Treffsicherheit und Wirkung der Belagerungsgeschütze hören, läßt nicht vermuten, daß man auf diese Entfernung (vielleicht 1000 m) mit Aussicht auf Erfolg eine Schanze beschießen konnte.

¹²⁵) Das Abgraben von fließenden und stehenden Gewässern bei Belagerungen ist nicht ungewöhnlich; bei einem Strom wie der Weser war solch ein Unterfangen aber wohl einmalig.

¹²⁶) Br. A. b. 4. b. 40. a. a. O.

Schreibens zog das Hamburger Kontingent unter Oberst Cordt Penning aus, um sich zum Sammelplatz des Entsatzheeres nach Groß-Lafferde (südlich Peine) zu begeben¹²⁷⁾. Am 1. Mai erhielt die Stadt Gewißheit, daß die Braunschweiger Pläne endlich Gestalt gewannen¹²⁸⁾.

Schon während der ersten Belagerung hatte Bremen den Bundesverwandten einen Feldzugsplan vorgelegt, der Versammlungsort, Zeitpunkt, Marschroute und Angaben über bremische Unterstützung enthielt¹²⁹⁾. So geschah es auch jetzt wieder. Im Grunde wurde der frühere Entwurf dabei sicher beibehalten, nur ging es diesmal um die Frage, welches Weserufer das Entsatzheer wählen sollte, d. h. ob man es erst mit Wrißberg oder mit Herzog Erich aufnehmen sollte. Denn man hoffte in der belagerten Stadt, die Heere einzeln schlagen zu können, da der trennende Strom eine Vereinigung erschwerte¹³⁰⁾. Bremen entschied sich für das rechte Weserufer. Einmal hielt man Wrißberg für ungefährlicher als Erich; wenn er vielleicht auch zahlenmäßig nicht viel schwächer war, die Moral seiner Truppen war es aber sicher. Denn auch bei dieser Belagerung war es zu kleinen Meutereien¹³¹⁾ unter den Truppen gekommen. Andererseits konnte man sich auf diesem Ufer unter Umständen auf die stiftbremische Festung Langwedel stützen. Der Rat dachte ursprünglich, bis dorthin einen Ausfall zu unternehmen und sich mit dem Heer der Grafen dort zu vereinigen¹³²⁾. Diese waren im großen und ganzen mit den bremischen Vorschlägen einverstanden und teilten die Ansicht, daß man ein Heer schlagen könne, bevor das andere heran sei¹³³⁾. Die Wahl des Weserufers hatten sie jedoch am 11. Mai noch nicht getroffen, versprachen aber, die Stadt rechtzeitig in Kenntnis zu setzen¹³⁴⁾. Bremen hatte schon früher darum gebeten, damit es für den Ausfall das Kriegsvolk aus Bederkesa, verstärkt durch Wurster Bauern, hinzuziehen könnte¹³⁵⁾.

Die Aufgabe, die der Stadt zugewiesen wurde, das feindliche Kriegsvolk zu beobachten und über dessen Bewegungen, etwaige Veränderungen der Stärke oder der Stimmung unter den Knechten die schmalkaldischen Feldherrn auf dem laufenden zu halten, konnte sie nicht voll erfüllen. Während bei der ersten Belagerung etwa Graf Christoph von Oldenburg mit einer

¹²⁷⁾ Vgl. Goos, S. 163.

¹²⁸⁾ Vgl. Renner II, S. 346.

¹²⁹⁾ Vgl. S. 87.

¹³⁰⁾ Man muß annehmen, daß die bei der Stadt angelegte Brücke nicht stark genug war, um Geschützen, Troßwagen u. dgl. den Übergang zu ermöglichen: sonst wäre die Vereinigung der Heere in kürzester Zeit möglich gewesen und der Bremer Plan nicht verständlich.

¹³¹⁾ H. A. 105b. 11. 1547, Mai 6: Br. an die Grafen, Or. Meuterei aus Geldmangel in einem Teillager am 5. Mai.

¹³²⁾ Br. A. b. 4. a. 1547, April 12 a. a. O.

¹³³⁾ Bra. A. 21. 457. 1547, April 26.

¹³⁴⁾ H. A. 105 b. 11. 1547, Mai 11: Die Grafen an Br., Konz. Lager zu Groß-Laffer(de).

¹³⁵⁾ Br. A. b. 4. a. 1547, April 12. a. a. O. Wohl auf dem Wasserweg.

Reiterschar in die belagerte Stadt hatte hineinkommen und sie ungefährdet wieder hatte verlassen können, waren diesmal alle Straßen viel schärfer bewacht. Der bremische Sekretär in Hamburg konnte weder auf dem Landwege Bremen erreichen noch Aufträge an die Grafen gelangen lassen¹³⁶). Die Grafen ließen am 11. Mai einen ausführlichen Bericht abgehen, der über den Stand der Rüstungen und den baldigen Aufbruch des Heeres den Belagerten tröstliche Nachricht gab¹³⁷); sie selbst aber blieben lange ohne Kunde, wie es um Bremen stehe, und versuchten solche am 17. Mai über Braunschweig einzuholen¹³⁸). Der Bremer Rat hatte ursprünglich vorgeschlagen, das Land Erichs, Braunschweig-Calenberg, gründlich zu brandschatzen und zu verwüsten; er zog diesen Vorschlag jedoch bald zurück und drängte jetzt auf schnellsten Entsatz. Es erforderte jetzt die hohe Not, das Belagerungsheer zu schlagen; denn einmal kamen Kundschaften von Truppenwerbungen im Münsterschen¹³⁹), so daß man erneut eine Verstärkung des Heeres befürchten mußte; dann rechnete die Stadt damit, daß sich Wrißberg über die Weser begeben würde, womit sich die Aussichten auf Erfolg sehr verringert hätten.

Wenn auf dem Papier für das Entsatzheer nach den Braunschweiger Verhandlungen eine Stärke von etwa 12 000 Mann zu errechnen gewesen war, so machte die Wirklichkeit, wie vorauszusehen, hier starke Abstriche¹⁴⁰). Anfang Mai, als sich alles, was von den Städten an Truppen zu erwarten war, versammelt hatte, auch die Hamburger eingetroffen waren, zählte das Heer 13 Fähnlein Knechte und 3 Geschwader Reiter¹⁴¹). Die Hamburger mit 5 Fähnlein Fußvolk, von denen drei aus Bootsleuten gebildet waren, 217 Reitern und 6 größeren Geschützen machten einen bedeutenden Teil dieses kleinen Heeres aus¹⁴²). Während Hamburg damit als einzige Stadt seine Verpflichtungen überschritten hatte, dafür allerdings kein Geld zahlte¹⁴³), riefen die Magdeburger wegen eigener Bedrohung ihre Knechte zurück und zahlten statt der damit fälligen 16 000 Gulden nur 9000¹⁴⁴).

¹³⁶) H. A. 105 b. 11. 1547, Mai 6. a. a. O.

¹³⁷) H. A. 105 b. 11. 1547, Mai 11. a. a. O.

¹³⁸) Bra. A. 17. 468. 1547, Mai 17: Grafen an Bra. Or.

¹³⁹) H. A. 105 b. 11. 1547, Mai 6 a. a. O.

¹⁴⁰) Vgl. für das Folgende, die Zusammensetzung und den Zug dieses Heeres, Häpke, S. 262 ff., der ganz besonders sorgfältig nach den Braunschweiger und Bremer Quellen auf diese Fragen eingeht.

¹⁴¹) Bra. A. 21. Bericht des Jacobus Einmyk an den Braunschweiger Syndikus Prutz. 1547, Mai 3, gedruckt bei Häpke, Anlage II, 1.

¹⁴²) Vgl. Kämmererechnung. VI, S. 287/288. 1547: „... turma ducentorum et septendecim equitum . . . duce Casparo Tobingen Luneburgensi . . . sub duce Nicolao Langen nauarcho, cive nostro, tres cohortes nautarum, sub duce Jacobo Hintschen duae cohortes peditum . . . sex tormenta bellica majuscula cum exercitu mittenda“.

¹⁴³) Vgl. N. A. 537. 1547, April 25: Auftrag für Cordt Penning, Alexander Spieß und Claus Lange als Befehlshaber des Hamburger Kontingents.

¹⁴⁴) Der Abmarsch der Magdeburger erfolgte vor dem 11. Mai. Vgl. H. A. 105 b. 11. 1547, Mai 11, a. a. O.; ob sie bei den am 3. Mai genannten Truppen noch dabei waren, ist nicht bekannt.

Die übrigen 8 Fähnlein Knechte und 2 Reiterfähnlein wurden aus Kontingenten Braunschweigs, Hildesheims und Hannovers gebildet¹⁴⁵⁾ und von Truppen, welche die Grafen selbst erworben hatten. Deren Zahl konnte nicht groß sein, da außer den Magdeburgern nur Braunschweig Geld erlegt hatte.

Mit diesem Heer von etwa 4000 Mann ließ sich Bremen nicht befreien. Die ganze Planung wäre wohl wieder im Nichts zerronnen, wenn nicht unerwarteter Zuzug das Heer verdoppelt hätte.

Als in das belagerte Bremen am Abend des 8. Mai plötzlich Artilleriegeschosse fielen, war es ein Triumphschießen des Feindes. Er hatte eben die Nachricht vom Siege des Kaisers bei Mühlberg (April 24) und der Gefangennahme des Kurfürsten von Sachsen erhalten. Wenn auch der Chronist in diesem Zusammenhang von den Bremern schreibt: „. . . animo tamen non sunt fracti“¹⁴⁶⁾, wird diese Niederlage und das Schicksal Johann Friedrichs, der ihnen selbst im April noch aufmunternde Briefe geschrieben hatte, den Bremern sehr nahe gegangen sein. Der Ausgang dieser Schlacht, der die Hoffnung der Schmalkaldener, dem Kaiser noch widerstehen zu können, restlos zerstören mußte, hatte für Bremen selbst aber eine entscheidende Folge; denn ihm verdankt die Stadt im gewissen Sinne ihre Befreiung. Nicht alle Truppen des Kurfürsten hatten an der Schlacht teilgenommen. Ein etwa 5000 Mann starker Haufe unter dem Obersten Thumbshirn hatte ziemlich selbständig operiert, war nach Böhmen gestoßen und hatte Joachimsthal besetzt. Nach der Niederlage seines Herrn gelang es dem Obersten, seine Truppen nach Norden, nach Gotha zu führen, wo des Kurfürsten Sohn Johann Friedrich (der Mittlere) zunächst die Fortsetzung des Krieges beschlossen hatte¹⁴⁷⁾. Dieser sandte Thumbshirn mit seinen Truppen nach Niedersachsen. Bei Einbeck konnte er sich am 15. Mai mit den Grafen von Mansfeld und von Oldenburg vereinigen¹⁴⁸⁾. Die sächsischen Offiziere versuchten vergeblich, Philipp von Hessen zu bewegen, sich an ihre Spitze zu setzen, Bremen zu befreien und den Krieg weiterzuführen¹⁴⁹⁾. Philipp erschien die Lage aussichtslos. Er, der früher als Erster zum Schlagen bereit war, schrieb in diesen Tagen: „Das ich wieder krieg anfahen solt, des sinns bin ich ganz nit; bin dem krieg so veint . . .“¹⁵⁰⁾.

Groß war dies letzte schmalkaldische Heer trotzdem nicht, aber in guter Verfassung. „Einen feinen hauffen reuther vnd fußuolck“¹⁵¹⁾ nannten es

¹⁴⁵⁾ Bra.: 2 Fähnlein Knechte und Reiter; Hannover und Hildesheim haben ihre Verpflichtung von je einem Fähnlein sicher nicht überschritten. Auch Helmstedt hatte Bürger und Knechte beim Heer — Vgl. D. Lichtensteins Beytrag z. d. Gesch. d. Smalcald. Bundes usw., Helmstedt 1750, S. 39.

¹⁴⁶⁾ Dilich 1547.

¹⁴⁷⁾ Vgl. Egelhaaf II, S. 483 ff.

¹⁴⁸⁾ Vgl. Hüpke, S. 265.

¹⁴⁹⁾ K. 949. 1547, Mai—Juni.

¹⁵⁰⁾ 1547, Mai 4: Ph. an seine Tochter (Nach Glagau, S. 55, Anm. 3).

¹⁵¹⁾ Bra. A. 17. 468, a. a. O.

die Grafen, mit dem sie ihre Aufgabe wohl zu erfüllen dachten, ohne sich von der hoffnungslosen Gesamtlage beeindrucken zu lassen. „Ist es aber nicht, als müßten die Norddeutschen erst ein großes Mißgeschick erleben, um sich der tieferen Antriebe ihres geistigen Lebens vollkommen bewußt zu werden?“, schreibt Ranke in bezug auf die Standhaftigkeit Bremens und die Haltung dieses Heeres. „Dieser Haufe, der einzige, der die protestantischen Fahnen noch aufrechthielt, war auch der erste, der von dem Gefühl der Sache, die er verfocht, durchdrungen war“¹⁵²⁾.

Am 21. Mai brach das Heer mit 26 Fähnlein und 7 Geschwadern Reiter, also etwa 8000 bis 9000 Mann¹⁵³⁾, nach Norden auf, um über Hannover und weiter wohl Verden nach Bremen zu ziehen.

Im Rahmen des gemeinsamen Kriegsplans und in Erwartung des Entsatzheeres war am 14. Mai in Bremen ein Haufe Landsknechte aus Bederkesa eingetroffen, der ein neues Fähnlein in der Stadt aufstellte¹⁵⁴⁾. Die sehnlich erwartete Befreiungsstunde, in der man die Belagerer zusammen mit dem Heer der Bundesverwandten in einem letzten Ausfall in die Zange nehmen wollte, ließ jedoch noch einige Tage auf sich warten und verlief dann anders, als man geplant hatte.

Durch die ihm überkommenen Nachrichten, daß das Entsatzheer in seinem Lande plündere und brandschatze, war dem Herzog seine Lage vor der hartnäckigen Stadt immer unbehaglicher geworden. Noch einmal versuchte er auf dem Verhandlungswege, Bremen zu gewinnen, indem er sich verpflichtete, alle Privilegien und Gerechtigkeiten der Stadt zu erhalten¹⁵⁵⁾. Als auch dies unerwartet großzügige Angebot, wie zu erwarten, abgewiesen wurde, er auch fürchtete, beim Herannahen des Entsatzheeres zwischen zwei gefährliche Feuer zu geraten, beschloß Erich die Aufhebung der Belagerung und den Abmarsch nach Süden, dem Feind entgegen. Wrißberg war gezwungen, sich ihm anzuschließen; denn allein war die Lage vor der Stadt für ihn hoffnungslos. Der Abmarsch schien allerdings auch nicht ungefährlich; denn Meutereien, vielleicht sogar Auflösung des Heeres, waren zu befürchten, da der ewige Geldmangel die Manneszucht der Truppen weiter gelockert hatte. Im kaiserlichen Lager erwog man, ob man vielleicht die festen Plätze wie Nienburg, Langwedel, Verden, Ottersberg und Delmen-

¹⁵²⁾ Bd. IV, S. 432.

¹⁵³⁾ Häpke (S. 265 f.) ist auch hier wieder sehr vorsichtig und gibt den Fähnlein im Durchschnitt, entsprechend der Stärke der Hamburger Fähnlein, höchstens 250 Mann. Nach Egelhaaf (II, S. 487) hatte Thumbshirn in Gotha 5000 Mann. Nach dem Bericht Joh. Fr.'s des Mittleren erwarteten die Grafen Thumbshirn mit 11 Fähnlein und 1000 Pferden (H. A. 105 b. 11. Mai 11, a. a. O.); es kämen bei ihm demnach etwa 360 Mann auf ein Fähnlein.

¹⁵⁴⁾ Vgl. Renner II, S. 353. Die Gesamtstärke des bremischen Kriegsvolks in dieser Zeit werden wir mit 4 Fähnlein Knechten und 1 Fähnlein Reitern nicht zu hoch veranschlagen. Bürger und Bootsleute bildeten aber sicher den Hauptteil der bremischen Truppen.

¹⁵⁵⁾ 1547, Mai 18. Vgl. Kohlmann, S. 83.

horst besetzt halten sollte, da man auch nach einem Abzug von Bremen die Stadt von dort aus niederhalten könne¹⁵⁶). Der Gedanke an das heranahende protestantische Heer ließ aber eine solche Schwächung nicht ratsam erscheinen; nur in Verden ließ Wrißberg daher eine Besatzung zurück.

So erlebte es die belagerte Stadt, daß der Feind zum zweitenmal ohne eine entscheidende Schlacht von ihren Mauern abzog, daß ihre Standhaftigkeit also endgültig belohnt wurde.

Wie sie vor der Stadt gelegen hatten, Wrißberg auf dem rechten, Herzog Erich auf dem linken Ufer, so marschierten die beiden Heere in der Nacht vom 22. zum 23. Mai von Bremen ab, nachdem sie die selbst errichtete Brücke zerstört hatten. Der Marsch der beiden Heerhaufen, der Zusammenstoß Erichs mit den protestantischen Truppen bei der Drakenburg an der Weser (nördlich Nienburg), die Schlacht vor allem selbst, die die Protestanten in einem kurzen, aber von innerer Kraft getragenen Angriff für sich entscheiden konnten, bevor Wrißberg heran war — diese Ereignisse sind genugsam dargestellt worden¹⁵⁷), da die Schlacht für den Schmalkaldischen Bund ein tröstliches Finale bildete zu dem Trauerspiel dieses Krieges.

Bremen konnte an dieser Schlacht, die über 50 Kilometer von seinen Stadtmauern entfernt auch sein Schicksal entschied, nicht teilnehmen¹⁵⁸). Trotzdem ist dieser Sieg von den Zeitgenossen wie von den Geschichtsschreibern als Ruhmesblatt auch für die bremische Geschichte in Anspruch genommen worden; denn die Tatsache, daß „Bremen . . . sich . . . in großartiger Verteidigung heldenhaft bewährt“ hatte¹⁵⁹), die kaiserlichen Truppen so lange vor seinen Mauern aufgehalten wurden, hatte die Aufstellung

¹⁵⁶) N. A., S. 465, Anm. 1. 1547, Mai (20): Viglius van Zwichem an die Regentin: „Wrißberg schreit nach Geld!“ — Die kaiserliche Besatzung in Delmenhorst zog erst nach der Schlacht von Drakenburg am 25. Mai ab. Vgl. Rühning I, S. 373; Frese, S. 240. — Ottersberg und Langwedel hatten sicher erzbischöfliche Besatzungen.

¹⁵⁷) Vgl. besonders Häpke, S. 262 ff.; ferner Kohlmann, S. 84 ff.; Goos, 166 ff.; Renner II, S. 354. Vgl. dazu: v. Bippen, Die Abbildungen der Schlacht bei Drakenburg, Jb. d. bremischen Sammlungen, Jg. 1, Bd. II (1908); Ehmck, Dramat. Gedicht von der Schlacht bei Drakenburg, Brem. Jb., Bd. 1 (1864); Der Wöchentlichen Historischen Müntz-Belustigung 32. Stück (19. Aug. 1747) über eine Gedenkmünze von der Schlacht bei Drakenburg.

¹⁵⁸) Wenn Duntze (III, S. 216) von der Schlacht schreibt: „ . . . worauf die Oldenburger unter dem Grafen Christoph mit den eben noch zeitig genug angelangten Bremern im Sturmschritt nachrückten“ usw., so widersprechen dem nicht nur alle uns bekannten Quellen; sondern auch die Wahrscheinlichkeit. Unmöglich kann der Bremer Haufe dem vielfach überlegenen Heer Erichs 1½ Tage ohne Gefechtsberührung so dicht gefolgt sein, daß er in die Schlacht eingreifen konnte, zumal sie nur wenige Stunden dauerte und selbst Wrißberg zu spät kam.

¹⁵⁹) Brandi, K. V., S. 490.

des siegreichen Heeres erst möglich gemacht und die Nachbarstädte vor dem Feind bewahrt und gerettet. Die Zermürbung der Belagerungstruppen durch die erfolglosen Unternehmungen vor Bremen und die Schlappen, die sie dabei erlitten, werden ihren Teil dazu beigetragen haben, daß des Herzogs Heer beim ersten Ansturm auseinanderstob.

Zur Verfolgung der Kaiserlichen wurden die bremischen Truppen aber eingesetzt. Schon den von der Stadt abziehenden Heeren hatten sie durch Reiter und Knechte Verluste beigebracht und eine Anzahl Gefangener, sicher Abgesprengte und Nachzügler, in die Stadt geführt¹⁶⁰). Das Gleiche mußte Wrißberg erleben, als er am Tage nach der Schlacht in eiligem Marsch durch das Oldenburgische nach den Niederlanden zog. Während die Sieger auf dem Schlachtfeld verblieben und ihm nicht nachsetzten, wurde er von bremischen Fähnlein bei Bassum angegriffen und soll dabei 500 Mann als Gefangene verloren haben¹⁶¹), was unsern Eindruck von einer Demoralisierung der Truppe nur unterstreicht. Auf dem rechten Weserufer setzte sich die Stadt durch drei Fähnlein Knechte in den Besitz der Festung Langwedel. Über diesen Ort nahm das siegreiche Heer mit 17 erbeuteten Geschützen¹⁶²) seinen Weg nach Bremen, wo es am 28. Mai abends eintraf. Befreier und Befreite begingen am nächsten Tag das Pfingstfest in einer frohen und stolzen Stimmung wie wohl nirgends zu dieser Zeit sonst in einer protestantischen Stadt.

Die Schlacht war wirklich ein Finale. In letzter Minute war dieser Schlag erfolgt, bevor der Bund der sächsischen Städte unter dem Eindruck der kaiserlichen Überlegenheit auseinanderbrach. Am 20. Mai, drei Tage vor der Schlacht, schrieb der Rat der Stadt Hamburg an Oberst Penning, seine Befehlsleute und Kriegsknechte: Da Christian von Dänemark sich für sie um Friedensverhandlungen mit dem Kaiser bemüht und einen Frieden erreicht habe, den sie „uth bewegenden orsaken“ angenommen hätten, fordere er sie bei Mahnung an Eid und Pflicht auf, daß sie mit ihrem Geschütz „stracks vnd ahne vertoch . . . afftehen“ und zurück nach Hamburg

¹⁶⁰) Br. A. b. 4. b. 50. a. a. O.: „Do sie wider inn dy Stadt kamen, brachten sie der feinde viel, einer hette offte X, ich schweige mher, gefangen“.

¹⁶¹) Vgl. Renner II, S. 359. Br. A. b. 4. b. 50. a. a. O.: Es „war inen also der muth . . . ghar entfallen, die doch zuuor dorfften schimpflich sagen, der Bremer Godt were schir so alt, das er nicht mher up dem stule sizen konde. Item sie wolten Bremen haben, were es auch oben zu uber welweth (überwölbt)“.

¹⁶²) Wahrscheinlich wurden sie auf dem Wasserwege durch Bremer Schiffe befördert. Die Grafen hatten deswegen vom Schlachtfeld an Br. geschrieben (Häpke, Anlage II, 3.).

kämen¹⁶³). Man muß annehmen, daß dieses hochwichtige Schreiben die Truppe nicht mehr vor der Schlacht erreichte; es hing also selbst der einzige Sieg der Schmalkaldener an einem Faden. Nachdem er errungen war, zogen die Hamburger Knechte heim, ebenso wie die Braunschweiger, die auch schon in Verhandlungen mit dem Kaiser stehen sollten, und die Hildesheimer und Hannoveraner schlossen sich sicher an¹⁶⁴). Das Heer war schneller zersplittert, als es zusammengekommen war. Selbst wenn Philipps plötzlicher Entschluß, sich an die Spitze dieses Heeres zu stellen, falls seine Verhandlungen mit dem Kaiser scheiterten¹⁶⁵), ernst gewesen wäre, hätte er es kaum noch schlagkräftig vorgefunden¹⁶⁶). Schon Anfang Juni aber unterwarf er sich dem Kaiser auf Gnade und Ungnade und wurde am 19. Juni, als er in Halle vor dem Kaiser den Fußfall vollzog, in Gefangenschaft geführt. Die niedersächsischen Städte beugten sich nacheinander, als erste Hamburg (20. Juli), dessen Truppen eben noch zum Siege einen wertvollen Beitrag geleistet hatten.

So scheint es, als ob das Ergebnis der Drakenburger Schlacht gleich Null gewesen sei, und es erhebt sich die Frage, ob dieser einzige protestantische Sieg eine im Grunde bedeutungslose Randerscheinung war und auf den Fortgang der Ereignisse keinerlei Einfluß ausgeübt hat. Ganz so ist es nicht¹⁶⁷). Am deutlichsten sind wohl die Auswirkungen im norddeutschen Raum, vor allem für Bremen selbst. War Bremen nicht von feindlichen Landesherrn umgeben, die nur auf den Fall der Stadt warteten, um sich zu bereichern? Solchen Gelüsten war mit den Mißerfolgen der Kaiserlichen vor der Stadt und der endlichen Niederlage ein für allemal ein Ende bereitet, ebenso wie den burgundisch-habsburgischen Ausdehnungsbestrebungen hier ein deutliches Warnungszeichen gesetzt wurde. Für den Fortgang der Reformation im Erzstift Bremen war die Vertreibung der kaiserlichen Truppen entscheidend; nur im Stift Verden hielt der Erzbischof in Zukunft auf die Innehaltung der Zeremonien¹⁶⁸).

Auf die Entschlüsse des Kaisers hat der Ausgang der Schlacht, den er in Wittenberg erfuhr, insofern Einfluß gehabt, als er sich entschloß, auf eine gewaltsame Unterwerfung der sächsischen Städte zu verzichten, da ihm die

¹⁶³) Hbg. A. Mc. 1. 1547, Mai 20, Kop.

¹⁶⁴) Vgl. Goos, S. 170; N. A., S. 465, Anm. 1. 1547, Mai (20), a. a. O.: Hbg., Hildesheim und Bra. sollen bei K. um ein Abkommen nachsuchen.

¹⁶⁵) Vgl. Berentelg, S. 81; Glagau, S. 46.

¹⁶⁶) Es reichte wohl noch aus, zunächst mit Unterstützung Br.'s das Erzstift Br. zu erobern. Albrecht v. Mansfeld betrachtete dies Territorium als Ersatz für seine ihm von K. genommenen Lehen; halten konnte er es aber auf die Dauer nicht. Vgl. v. Bippen II, S. 134 ff.

¹⁶⁷) Vgl. die eingehende Würdigung der Schlacht durch Häpke, S. 278 ff.

¹⁶⁸) Vgl. Wolters, S. 81. Herzog H.'s Interesse an den Stiftern erlosch nach der Schlacht bei Sievershausen (1553), wo zwei seiner Söhne fielen.

dafür nötigen Opfer größer schienen als der Gewinn¹⁶⁹). So zog er von Sachsen aus wieder zum Süden ab. Besonders Magdeburg hat das in diesem Sinne gewürdigt: „Dan wan die Schlacht vor Brehmen nach Gottes willen nicht wehr erobertt, so wurden wir dasselbige widerwertige kriegesfolck und den keyser selbst noch woll in diesen landen haben“¹⁷⁰). Nicht zu übersehen ist dabei, daß die außenpolitische Lage, besonders Karls Verhältnis zum Papst, seine Anwesenheit in Oberdeutschland und einen schnellen Frieden erforderlich machten¹⁷¹).

Die starre Ablehnung, die die niedersächsischen Städte dem Kaiser im folgenden Jahre entgegensetzten, als dieser versuchte, den Städten das Interim aufzuzwingen, mag nicht zuletzt aus der Erinnerung an Bremen und Drakenburg ihre Kraft gezogen haben. Ganz besonders aber hatte die Stadt Bremen an Selbstvertrauen gewonnen. Sie wagte — wie Magdeburg — jahrelang trotz Androhung erneuter Ächtung, die Unterwerfungsforderungen des Kaisers auszuschlagen¹⁷²), weil die Bedingungen ihr unannehmbar schienen. Erst vom 15. September 1554 ist der Versöhnungsbrief des Kaisers datiert. Während die anderen Bundesglieder durchweg hohe Straf gelder zu zahlen hatten¹⁷³) und auch Bremen anfänglich 100 000 Gulden entrichten sollte, erreichte es die Stadt durch ihre beinahe unglaubliche Hartnäckigkeit, daß sie weder Geldzahlungen noch Geschützlief erungen zu leisten brauchte und ihr selbst der Fußfall erspart blieb. Seine Oberlehensherrschaft über Esens, Stedesdorf und Wittmund ging Bremen zwar verloren; seine Handelsprivilegien, wie das Stapelrecht, blieben ihm jedoch im Harlinger Land erhalten¹⁷⁴):

¹⁶⁹) Lanz II, Nr. 586. 1547, Juni 1: K. an Ferdinand: Gerüchte über den Ausgang der Schlacht. „Ceste incertitude detient la resolution du chemin que je devrai prandre ung petit en suspens, jusques j'entendis certainement ce que s'est passé en ce coustel (côté) la; mais si le dernier advertissement est veritable et que les ennemys prosperent, l'on peut doubter que les villes saxoniques demeureront plus obstinées et que si j'aloye en ce coustel la, ils pourroient estre plus forts de ses chevaulx, que je ne seroye, y allant avec mes gens seullement, et ne pourroye exploicter ny ranger lesdites villes à la raison, et recouvrer les amendes d'icelles, si non avec grant temps...“ Deswegen gedenke er nach Süden (Koburg-Ulm) zu ziehen. Vgl. Häpke, S. 280 f.

¹⁷⁰) 1547, Juli 10 (Nach Häpke, S. 279, Anm. 1): Der päpstliche Legat Verallo bestätigt in einem Schreiben an Farnese, daß die Expedition gegen Magdeburg infolge der Niederlage bei Drakenburg aufgegeben wurde. N. B. 10. 1547, Juni 7.

¹⁷¹) Vgl. Ranke IV, S. 434.

¹⁷²) Vgl. für die Verhandlungen v. Bippen II, S. 135 ff. Egelhaaf (II, S. 493) ist im Irrtum, wenn er schreibt: „Magdeburg beugte allein den stolzen Nacken nicht“.

¹⁷³) Hbg. z. B. 200 000 fl. Die Summe wurde im Londoner Kontor aufgenommen — Egelhaaf II, S. 493; Bra. 50 000 fl — v. Heinemann II, S. 378.

¹⁷⁴) A. A. 2. 1554, Sept. 15, Kop. — Stedesdorf im Kreise Wittmund.

„Also wurt der Schmalkaldische bunt zertrennet“, schließt ein Hamburger Chronist diesen Zeitabschnitt, „und es ließ Got die leute sehen, daz er . . . den rum inen nit verhängen wolte, als solten sie durch ire menschliche macht und gewalt sein wort beschützt und erhalten haben. Es mag sich auch ein ider daran spiegeln, was es sei, wider die obrigkeit streben“¹⁷⁵).

Ein ganz anderer Geist aber weht aus den wenigen Worten, mit denen der Bremer Chronist dies Kapitel überschreibt und mit denen wir es beschließen wollen:

„Wo Bremen mit dem Kaiser gekrieget und de averhand (Oberhand) beholden hefft“¹⁷⁶).

¹⁷⁵) Tratziger, S. 290.

¹⁷⁶) Renner II, S. 311.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Quellen und Literatur	7
1. Bremens allgemeine Lage in den vierziger Jahren des 16. Jahrhunderts und sein Verhältnis zu den Nachbarstaaten	13
2. Das Ergebnis der esensschen Fehde und die Verhandlungen auf dem Reichstag zu Regensburg 1541	18
3. Bremen und die Praktiken Herzog Heinrichs des Jüngeren von Braunschweig- Wolfenbüttel bis zu seiner Vertreibung 1542	23
4. Die Rückeroberungsversuche Herzog Heinrichs 1543—1545	32
5. Bremen im Schmalkaldischen Krieg	
a) Vorgeschichte	49
b) Die Entwicklung bis zum Abzug aus dem Oberland	54
c) Verhandlungen um die Jahreswende 1546/1547	66
d) Die Belagerung und Befreiung Bremens	72

Gesamtherstellung Carl Schünemann Bremen

